

Heimatschutz  
Reservisten  
Wehrpflicht  
Wohin geht die Entwicklung?

# Dokumentation

## 15. Internationaler Sicherheitspolitischer Kongress

14. und 15. November 2008  
Best Western Queens Hotel Karlsruhe

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V.  
Landesgruppe Baden-Württemberg



Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e. V.  
Landesbereich Baden-Württemberg



# Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis, Anmerkungen zur Bearbeitung, Bildnachweis .....	2
Grußwort des Schirmherrn Ministerpräsident Günther H. Oettinger, MdL .....	3
Programm .....	4
Begrüßungsrede des Landesvorsitzenden Michael Sihler .....	5
Eberhard Wurster: Grußwort.....	6
Wolfgang Kopp: Einführung in die Tagung .....	8
Ernst-Reinhard Beck: Heimatschutz - Reservisten - Wehrpflicht - Wohin geht die Entwicklung? .....	11
Johann-Georg Dora: Heimatschutz - Reservisten - Wehrpflicht - Wohin geht die Entwicklung? .....	16
Johann Berger: Aktueller Sachstand zu Fragen der territorialen Aufgaben und Reservistenarbeit im Wehrbereich IV - Süddeutschland - sowie Erfahrungen nach einem Jahr als Stellvertretender Befehlshaber .....	22
Ekkehard Richter: Operativer Bedarf an Streitkräften für die Aufgaben der Bundeswehr .....	28
Pressespiegel .....	34
Teilnehmerliste .....	36

Fotografien von den Vortragenden – vom Vortrag selbst – finden sich jeweils am Anfang der hier zusammengestellten Texte. Weitere Fotografien von der Veranstaltung sind am Ende der Vortragstexte auf den Seiten 10, 15, 21, 27 und 33 zu finden. Durch die Presse verbreitete Bilder finden sich auf der Seite 38.

---

## Anmerkungen zur Bearbeitung

Von den Referenten erhielten wir die Redemanuskripte oder Präsentationen sowie Texte als Computerdateien. Typografie und Layout wurden einer Dokumentation angemessen vereinheitlicht. Fotos, Grafiken oder Texte aus den Präsentationen wurden nur übernommen, wenn dies zum Verständnis notwendig war. Inhaltliche Veränderungen wurden nicht durchgeführt.

Unterschiedliche Schreibweisen – wie etwa Masar-e Scharif, Mazâr-e Sharîf, auch Mazar-e-Sharif, Mazar-i Sharif oder Mazar-i-Sharif – wurden beibehalten.

Johann Michael Bruhn, Dipl.-Päd.

## Bildnachweis:

Staatsministerium Pressestelle der Landesregierung Baden-Württemberg (Grußwort),  
Johann Michael Bruhn

Redaktion und Layout:  
Johann Michael Bruhn, Dipl.-Päd.  
Lembergerweg 23  
74392 Freudental  
Hauptfeldweibel@jmbruhn.de

Druck:  
Mauser + Tröster GbR Offsetdruckerei, Mössingen

# Grußwort des Schirmherrn Ministerpräsident Günther H. Oettinger



Zum 15. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress begrüße ich alle Reservistinnen und Reservisten und alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehr herzlich. Sehr gerne habe ich auch in diesem Jahr die Schirmherrschaft für diesen gemeinsamen Kongress der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik und der Landesgruppe Baden-Württemberg im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. in Karlsruhe übernommen.

Mit hochkarätigen und kompetenten Referenten zum Thema "Heimatschutz - Reservisten - Wehrpflicht Wohin geht die Entwicklung?" kann der Kongress einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der Bundeswehr als Teil einer europäischen und globalen Sicherheitsarchitektur leisten. Die Bundeswehr wird hierbei im Kontext von Europäischer Union und NATO eine größere Rolle spielen und zukünftig ein noch wichtigerer Akteur im Bereich des Krisenmanagements und in Fragen der internationalen Sicherheit werden.

Der Kongress bietet die Chance, auch die Anforderungen an den Heimatschutz und damit an den Schutz Deutschlands und der Bevölkerung unter dem besonderen Blickwinkel der sich dramatisch verändernden weltweiten terroristischen Bedrohungslage zu analysieren und auf die neuen Herausforderungen auszurichten.

Cyber-Terrorismus, nukleare Proliferation und andere Bedrohungen sind real und gegenwärtig und machen es notwendig, auch über eine stärkere Vernetzung von innerer und äußerer Sicherheit nachzudenken. Deshalb ist es schlüssig, dass sich der Kongress über den Heimatschutz hinaus auch mit der zukünftigen Rolle der Reservisten und der Entwicklung der Wehrpflicht und damit mit zwei gleichermaßen aktuellen wie anspruchsvollen Themen beschäftigen wird.

Die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik und die Landesgruppe Baden-Württemberg im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. unterstützen mit der Durchführung der Internationalen Sicherheitspolitischen Kongresse seit Jahren die Bundeswehr in deren Arbeit zur Gewährleistung der nationalen und internationalen Sicherheit und tragen mit ihrem breiten Engagement auch zum partnerschaftlichen Miteinander zwischen Bundeswehr und Zivilgesellschaft bei. Dafür bin ich Ihnen sehr dankbar und hoffe, dass Ihre Arbeit in der Öffentlichkeit noch stärkere Beachtung finden wird.

Ich wünsche dem 15. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress einen guten Verlauf und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern zwei schöne Tage in Baden-Württemberg mit interessanten Begegnungen und erfolgreichen Gesprächen.

A handwritten signature in black ink, which appears to read "Günther Oettinger". The signature is stylized and written in a cursive-like font.

# Programm

Freitag, 14. November 2008

- 17:30 Uhr Eintreffen der Teilnehmer
- 18:00 Uhr Begrüßung  
Landesvorsitzender VdRBw Baden-Württemberg Oberstleutnant d.R. Michael Sihler  
Grußwort
- 18:15 Uhr Einführung in die Tagung  
Landesvorsitzender GfW Baden-Württemberg Brigadegeneral a.D. Wolfgang Kopp
- 18:30 Uhr Vortrag und Diskussion:  
Präsident Reservistenverband Oberst d.R. Ernst-Reinhard Beck:  
"Heimatschutz - Reservisten - Wehrpflicht  
Wohin geht die Entwicklung?"
- 20:00 Uhr Abendessen

Samstag, 15. November 2008

- 08:30 Uhr Regelung von Verwaltungsangelegenheiten
- 09:00 Uhr Vortrag und Diskussion:  
Stellvertreter des Generalinspektors und Beauftragter für Reservistenangelegenheiten  
Generalleutnant Johann-Georg Dora  
Heimatschutz - Reservisten - Wehrpflicht  
Wohin geht die Entwicklung?
- 10:15 Uhr Kaffeepause mit Imbiss
- 10:45 Uhr Vortrag und Diskussion  
Stellvertretender Befehlshaber WBK IV - Süddeutschland -  
Brigadegeneral Johann Berger  
Aktueller Sachstand zu Fragen der territorialen Aufgaben  
und Reservistenarbeit im Wehrbereich IV - Süddeutschland -  
sowie Erfahrungen nach einem Jahr als Stellvertretender Befehlshaber
- danach Zusammenfassung  
Landesvorsitzender GfW Baden-Württemberg Brigadegeneral a.D. Wolfgang Kopp
- sowie Verabschiedung  
Landesvorsitzender VdRBw Baden-Württemberg Oberstleutnant d.R. Michael Sihler

# Begrüßungsrede des Landesvorsitzenden Michael Sihler



Sie, Herr General Dora, waren bereits im November 2006 beim 13. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress unser Gast und haben damals über aktuelle Aspekte der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorgetragen. Es ist für uns eine große Ehre und besondere Freude, Sie nun nach zwei Jahren erneut bei uns begrüßen zu dürfen. In aller Bescheidenheit wollen wir gerne annehmen, dass es Ihnen bei uns damals gut gefallen hat und Sie auch deshalb den weiten Weg nach Karlsruhe unternommen haben.

Weiter begrüße ich den stellvertretenden Befehlshaber im WBK IV -- Süddeutschland -- Herrn Brigadegeneral Johann Berger, der aus München angereist ist.

Sehr geehrter Herr Präsident,  
meine sehr geehrten Herren Generale,  
hochverehrte Gäste,  
sehr geehrte Damen und Herren,

zum 15. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress des Reservistenverbandes und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik begrüße ich Sie hiermit sehr herzlich. Es ist erfreulich, dass Sie wieder so zahlreich erschienen sind, um einen interessanten Kongress mit hervorragenden Referenten und aktuellen Themen zu erleben.

Gestatten Sie mir dabei bitte, vor den vielen hochrangigen Gästen zunächst die Vortragenden dieses Kongresses persönlich zu begrüßen. Wir haben in diesem Jahr die erfreuliche Tatsache, dass alle Referenten bereits am Freitagabend anwesend sind. Ich begrüße daher zunächst mit großer Freude diese drei Vortragenden, wobei ich in der Hoffnung, keine protokollarischen Fehler zu machen, nach der Chronologie dieser Veranstaltung vorgehe und begrüße daher zunächst sehr herzlich

- den Präsidenten des Reservistenverbandes, Herrn Oberst d.R. Ernst-Reinhard Beck, MdB,
- den Stellvertreter des Generalinspektors und Beauftragten für Reservistenangelegenheiten, Herrn Generalleutnant Johann-Georg Dora,

Ich bin mir sicher, dass Sie, sehr geehrte Referenten uns Wegweisendes zu den wichtigen und vielleicht auch brisanten Themen vortragen werden. Gerade weil die Themen für die Basis unserer Reservistenarbeit besonders wichtig sind, haben wir in diesem Jahr zusätzlich zu den Vorsitzenden der Reservistenkameradschaften und der Kreisgruppen nun auch die übrigen Mitglieder der Kreisvorstände eingeladen. Sie werden daher mit einem besonders interessierten Zuhörerkreis rechnen können.

Weitere namhafte Persönlichkeiten begrüße ich ebenso herzlich, wobei ich – wie üblich – jeweils zusammenfasse:

1. Aus dem Bereich Politik und Verwaltung begrüße ich

- Herrn Axel Fischer, MdB,

- sodann Herrn Leitenden Ministerialrat Eberhard Wurster, der uns nachher freundlicherweise ein Grußwort unseres Ministerpräsidenten und der Landesregierung überbringen wird,

- ferner freue ich mich, die Leiter der Kreiswehrrersatzämter Karlsruhe und Ravensburg, Frau Regierungsdirektorin Sylvia Jahnz und Regierungsdirektor Mathias Griebler unter uns begrüßen zu dürfen.

---

Oberstleutnant d.R. Michael Sihler ist Rechtsanwalt in Tauberbischofsheim und seit 2005 Landesvorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg im Reservistenverband. Nach Abitur und Wehrdienst studierte Sihler Rechtswissenschaften in Kiel und Tübingen. Das Referendariat leistete er in Stuttgart ab, war ab 1977 Rechtsanwalt in Bad Mergentheim und seit 1985 in Tauberbischofsheim.

1980 trat Sihler in den Reservistenverband ein, wurde 1982 Schriftführer und Pressereferent der RK Bad Mergentheim, dann in den gleichen Ämtern in der Kreisgruppe Franken und sodann in der Bezirksgruppe Stuttgart. Bevor er 1995 zum Landesschriftführer gewählt wurde, war er drei Jahre lang Mitglied des Schiedsgerichts der Landesgruppe Baden-Württemberg. 1998 wählte ihn die Landesdelegiertenversammlung zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der Landesgruppe Baden-Württemberg, wählte ihn 2001 wieder und 2004 folgte er Burkhard Ehrlich im Amt des ersten stellvertretenden Landesvorsitzenden.

2. Aus dem Bereich der Bundeswehr begrüße ich besonders

- Herrn Generalmajor a.D. Ekkehard Richter, Vorsitzender des Beirats Freiwillige Reservistenarbeit,
- Herrn Generalmajor a.D. Georg Bernhardt, nunmehr Präsident des Bundes deutscher Fallschirmjäger,
- sowie Herrn Oberst Franz Arnold, Kommandeur des Landeskommandos Baden-Württemberg.

3. Von den ausländischen Gästen ist es mir eine besondere Freude, die Herren Thierry Klein, Jean-Francois Peltier und Robert Schweickart begrüßen zu können.

4. Von den Verbänden begrüße ich zunächst

- meinen Mitstreiter Herrn Brigadegeneral a.D. Wolfgang Kopp, Landesvorsitzenden der GfW und seine zahlreich erschienenen Sektionsleiter, insbesondere den Ehrenlandesvorsitzenden der GfW, Herrn Oberst a.D. Nikolaus Schmeja sowie den Bundesgeschäftsführer der GfW, Herrn Oberstleutnant a.D. Manfred Wistuba,
- vom Deutschen Bundeswehrverband begrüße ich den Bezirksvorsitzenden von Baden, Herrn Stabsfeldwebel a.D. Karl-Heinz Bog,

- vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge den Beauftragten für Reservisten, Herrn Oberstabsfeldwebel a.D. Georg Arnold.

5. Vom Reservistenverband begrüße ich mit besonderer Freude

- den Vizepräsidenten Oberstleutnant d.R. Burkhard Ehrlich,
- den Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein, Oberstleutnant a.D. Rolf Hellriegel,
- den Landesvorsitzenden von Bayern, Major d.R. Prof. Dr. Friedwart Lender zusammen mit seinem stellvertretenden Landesvorsitzenden, Oberstleutnant d.R. Dr. Eberhard Grein,
- und last but not least den Ehrenlandesvorsitzenden der Landesgruppe Baden-Württemberg, meinen Vor-Vorgänger im Amt, Herrn Oberst d.R. Dr. Roland Idler.

Seien Sie nun alle, ob persönlich genannt oder nicht, ob hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig, nochmals herzlich begrüßt und ich gebe damit gerne Gelegenheit zum Schlussbeifall.

## Eberhard Wurster Grußwort



### I. Begrüßung

In Vertretung unserer Landesregierung überbringe ich Ihnen die besten Grüße und Wünsche von Herrn Ministerpräsident Günther H. Oettinger, dem Schirmherrn dieses Kongresses, und von Herrn Innenminister Heribert Rech. Beide bedauern sehr, heute hier in Karlsruhe nicht persönlich dabei sein zu können.

Auch mir ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und der ihr nahestehenden Verbände in unserem Land sehr wichtig. Ich schätze die Arbeit des Verbands der Reservisten und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik. Ich bin deshalb heute Abend sehr gerne zu Ihnen gekommen.

Lassen Sie mich in der kurzen Zeit, die mir im Rahmen eines Grußwortes zur Verfügung steht, auf einige mir wichtige Punkte zum heutigen Thema "Heimatschutz, Reservisten, Wehrpflicht, wohin geht die Entwicklung?" eingehen.

### II. Bedeutung der Bundeswehr

Meine Damen und Herren, wir alle wissen: Die Veränderungen nach Ende des Ost-West-Konfliktes haben keine friedlichere Welt hinterlassen, sondern neue Herausforderungen und Risiken hervorgebracht.

Der internationale Terrorismus stellt heute in Verbindung mit dem möglichen Zugang zu Massenvernichtungswaffen oder Aktionen aus so genannten "failing states" eine neue Qualität der Bedrohung für Deutschland dar, vor der unsere Bürgerinnen und Bürger geschützt werden müssen.

---

Leitender Ministerialdirektor Eberhard Wurster ist seit Oktober 2008 als Abteilungsleiter der Abteilung 5 im Innenministerium Baden-Württemberg für die Bereiche Bevölkerungsschutz, Ordnungsrecht und Verfassungsschutz zuständig.

Zuvor war er ab 2003 Regierungsvizepräsident in Karlsruhe und als ständiger Vertreter des Regierungspräsidenten und Abteilungsleiter der Abteilung 1 für die Bereiche Organisation, Information und Kommunikation, Personal, Haushalt, Kommunal- und Sparkassenaufsicht, Feuerwehr und Katastrophenschutz sowie Recht und Planfeststellung zuständig. Zuvor war er Erster Bürgermeister der Stadt Ludwigsburg.

Für die Bundeswehr bedeutet dies: Sie muss bereit und in der Lage sein, gemeinsam mit den Partnerstreitkräften im Rahmen der Bündnisverteidigung zu agieren oder internationale Einsätze zu bewältigen.

Für die Abwehr von Risiken im eigenen Land reicht dies jedoch nicht aus. Die Bundeswehr muss hier den für den Katastrophenschutz zuständigen Ländern mit ihrem hohen Wissen und ihren vielfältigen Ressourcen bei der Bewältigung von Großschadensereignissen von nationaler Bedeutung zur Seite stehen. Dies gilt namentlich beim Schutz der Bevölkerung vor den Folgen terroristischer Anschläge, insbesondere für die Bereiche biologische und chemische Stoffe, oder bei Großveranstaltungen nationalen Ranges, wie etwa der Fußball-WM 2006 oder dem kommenden NATO-Gipfel 2009.

Die Bundeswehr ist und bleibt unverzichtbarer Bestandteil und verlässlicher Partner unserer Sicherheitsstrukturen. Und deshalb brauchen wir einen modernen Heimatschutz, der noch stärker als bisher strukturell und konzeptionell auf die Abwehr und Bewältigung terroristischer Gefahren auch im Inland auszurichten ist.

Die neuen ZMZ-Strukturen mit den neuen Landeskommandos, den bei den Regierungspräsidien und den Stadt- und Landkreisen angesiedelten Beauftragten der Bundeswehr für Zivil-Militärische Zusammenarbeit sowie den ZMZ-Stützpunkten ist ein guter Schritt in die richtige Richtung getan worden. Diese Strukturen mit namentlich kurzen Laufwegen haben sich schon bei einigen Anlässen bewährt.

Die Bundeswehr leistet aber bislang immer noch lediglich "subsidiär" Hilfe. Gerade aber im Bevölkerungsschutz ist Planungssicherheit auf der Grundlage einplanbarer Ressourcen dringend geboten. Die Fähigkeiten der Bundeswehr helfen nämlich nicht, wenn die Einheiten wegen eines Auslandseinsatzes in der Krise am Hindukusch eingesetzt sind und damit im Inland nicht zur Verfügung stehen.

### III. Komponente "Heimatschutz"

Vor diesem Hintergrund sollten wir darüber nachdenken, die territoriale Komponente "Heimatschutz" dadurch weiter zu stärken, dass die Unterstützung der Bundeswehr nicht nur "subsidiär" erfolgt, sondern zu einer originären Aufgabe der Bundeswehr wird. Den bisherigen drei Aufgabensäulen "Eingreifstreitkräfte, Stabilisierungsstreitkräfte und Unterstützungskräfte" sollte daher eine vierte Säule "Heimatschutz" hinzugefügt werden.

Die Bundeswehr würde als eine Art "National Guard" auf diese Weise einplanbar in ein Gesamtsicherheitskonzept zur Stärkung der inneren Sicherheit im Bereich des Heimat- und Bevölkerungsschutzes eingebunden. Die personellen und sächlichen Ressourcen der zivilen und militä-

rischen Seite könnten damit auch im Sinne einer integrierten Hilfeleistung optimal genutzt werden.

### IV. Komponenten "Reservisten" und Wehrpflicht

Die Heimatschutztruppe könnte sich größtenteils aus Reservisten und Wehrpflichtigen zusammensetzen.

Gerade beim Aufbau solcher Heimatschutzstrukturen sind die Soldaten der Reserve zur Unterstützung und Verstärkung der aktiven Verbände unverzichtbar. Mit ihrem Erfahrungs- und Wissenspotenzial erhöhen sie die Möglichkeiten der Streitkräfte, auf zukünftige Herausforderungen angemessen zu reagieren.

Der Verband der Reservisten garantiert durch seine wertvolle Arbeit die optimale Betreuung der Reservisten. Dank seiner Arbeit werden die Soldatinnen und Soldaten auch nach dem aktiven Dienst im Hinblick auf sicherheitspolitische Aspekte und militärische Fähigkeiten aus- und weitergebildet.

Notwendig beim Aufbau von Heimatschutzstrukturen ist aber auch die Heranziehung von Wehrpflichtigen. Schon aus diesem Grund ist die Erhaltung der Allgemeinen Wehrpflicht geboten: Ihre sicherheits- und gesellschaftspolitische Bedeutung könnte im Heimatschutz ihre besondere, wenn auch nicht ausschließliche Legitimation finden.

### V. Schlussbemerkungen

Meine Damen und Herren, sowohl bei Friedenseinsätzen im Ausland gemeinsam mit den Soldaten anderer Nationen als auch bei Einsätzen zum Schutz der Bevölkerung im Inland stellt die Bundeswehr ihre Tatkraft und ihre Leistungsfähigkeit tagtäglich eindrucksvoll unter Beweis. Darauf können und dürfen Sie stolz sein.

Für diese hervorragende Arbeit möchte ich Ihnen, den Soldatinnen und Soldaten und den Reservisten im Namen der Landesregierung, aber auch persönlich Dank sagen.

Ich möchte mich auch bei der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik sehr bedanken: Mit Ihrer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit tragen Sie wesentlich dazu bei, dass das Thema "Sicherheitspolitik" im Bewusstsein der Menschen präsent ist und präsent bleibt.

Sie erwarten heute Abend und morgen spannende politische Themen mit herausragenden Referenten. Zu diesem Programm ist den Veranstaltern des 15. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongresses zu gratulieren!

Dem Verband der Reservisten, der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, den Referenten und Ihnen allen im Saal wünsche ich einen guten Verlauf dieses Kongresses!

# Wolfgang Kopp

## Einführung in die Tagung



Es gilt das gesprochene Wort

Auch im Namen der GfW begrüße ich Sie sehr herzlich, meine Damen und Herren und danke für Ihr Kommen.

Mein Dank gilt in diesem Zusammenhang besonders auch der Landesregierung, die heute hier vertreten ist, und ich freue mich über das Grußwort und über die erneute Übernahme der Schirmherrschaft durch unseren Ministerpräsidenten.

Ich freue mich ferner darüber, dass es uns wieder einmal gelungen ist, hervorragende Referenten für unseren Kongress zu gewinnen. Dafür schon an dieser Stelle herzlichen Dank. Sie, sehr geehrte Herren, werten den Kongress auf und wir als Veranstalter hoffen, dass wir, Dank Ihrer Hilfe, über die Zeitachse noch mehr Interesse im öffentlichen Umfeld finden werden.

Das Thema scheint auf den ersten Blick und angesichts der erst kürzlich aufgeflammteten Diskussion um die Verlängerung des Mandats in Afghanistan etwas sonderbar. Wie kommt man auf dieses Thema? Ein Blick ins Weißbuch ist dabei vielleicht hilfreich, denn dort steht die politische Absicht.

Heimatschutz wird im Weißbuch umschrieben als Schutz Deutschlands und seiner Bevölkerung. Dieser Schutz der Bürger wird fünfmal erwähnt, dreimal kommt Landesverteidigung vor, ebenso wie Kampfeinsatz, zehnmal finden wir Wiederaufbau und neunzehnmal den Begriff humanitär.

Das widerspiegelt den veränderten Schwerpunkt der Ausrichtung der Streitkräfte, aber spiegelt es auch die realen Herausforderungen? Auf Seite 12 im Weißbuch finden wir die Aufgaben der Bundeswehr. Dort steht der "Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger" an dritter Stelle nach "der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes

gegen den internationalen Terrorismus" und "der Unterstützung von Bündnispartnern". Erst an sechster Stelle stehen subsidiäre Hilfeleistungen.

Daraus lässt sich ableiten, dass der Schutz Deutschlands und seiner Bürger offenbar qualitativ eine von subsidiären Hilfeleistungen im Sinne Art. 35 GG zu unterscheidende Aufgabe ist.

Auf Seite 66 wird das Weißbuch etwas deutlicher:

- "Die Landesverteidigung ... bleibt unverändert eine zentrale Aufgabe der Bundeswehr ... gegen mögliche, auf absehbare Zeit aber unwahrscheinliche Bedrohungen."
- "Effiziente Landesverteidigung erfordert verlässliche regionale Strukturen sowie Zivil-Militärische Zusammenarbeit bei Nutzung vorhandener Kapazitäten."
- "Das Konzept der zivilen Verteidigung wird vor diesem Hintergrund fortentwickelt und das Konzept der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit weiter ausgebaut."
- "Die Verflechtungen zwischen innerer und äußerer Sicherheit nehmen immer mehr zu."

Daraus folgt: Es gibt offenbar ein – mir nicht bekanntes – Konzept der Zivilen Verteidigung, sonst könnte man es nicht fortentwickeln. Wie der Stand des Ausbaus der ZMZ ist, werden wir in den Vorträgen sicher erfahren.

Das Weißbuch führt weiter aus, dass zwar "die Abwehr terroristischer und anderer asymmetrischer Bedrohungen innerhalb Deutschlands vorrangig eine Aufgabe der für die innere Sicherheit zuständigen Behörden von Bund und Ländern (ist)", aber die Bundeswehr zum Einsatz kommen kann, wenn

- "nur mit ihrer Hilfe eine ... Lage bewältigt werden kann,
- nur sie über die erforderlichen Fähigkeiten verfügt,
- die zuständigen Behörden erst zusammen mit Kräften der Bundeswehr den Schutz der Bevölkerung und gefährdeter Infrastruktur sicherstellen können".

Der Schutz gefährdeter Infrastruktur ist aber nichts anderes als der alte Objektschutz, sollte man meinen. Wie dies realisiert werden könnte, werden wir mit Spannung hören, denn da gerät der Art. 35 GG relativ schnell an Grenzen. Die Lage ist vernetzt, äußere und innere Sicherheit sind nicht mehr trennbar. Die asymmetrische Bedrohung ist da, in den Auslandseinsätzen und im Inland.

Diese Art der Bedrohung erfordert Strukturen und vor allem Verfahren, mit denen auf entsprechende Lagen reagiert werden kann. Der Kongress soll uns in die Lage versetzen, Zusammenhänge besser zu verstehen, um in Diskussionen noch besser bestehen zu können.

Im Heimatschutz, also in der Militärischen Landesverteidigung liegt, wie wir wissen, das eigentlich klassische Aufgabenfeld, das Wehrpflicht begründet und für das Reservisten gebraucht werden.

Natürlich sind Reservisten auch für Auslandseinsätze wichtig, wo sie um die 10 Prozent der Personalumfänge bei

---

Brigadegeneral a.D. Wolfgang Kopp ist Landesvorsitzender der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. in Baden-Württemberg. Zuvor war er bis 31.10.2006 Stellvertretender Divisionskommandeur der 10. Panzerdivision in Sigmaringen.

Er trat 1965 in die Bundeswehr ein. Nach Ausbildung und Verwendungen als Offizier in der Panzertruppe war er im Generalstabsdienst und im Bundesministerium der Verteidigung tätig. Kopp sammelte multinationale Erfahrungen von 1988 bis 1991 als erster Chef des Stabes bei der Aufstellung der Deutsch-Französische Brigade und war 1996 bis 1999 Stellvertretender Chef des Stabes im EUOKORPS. Einsatzerfahrung erlangte er als Chef des Stabes der Multinationalen Division Süd-Ost in Mostar, Bosnien und Herzegowina von November 1999 bis August 2000 und wieder von August 2004 bis August 2005 als Stellvertretender Befehlshaber der KFOR in Pristina, Kosovo.



ISAF (7,4 %) und KFOR (9 %) stellen. Aber im heimatnahen Einsatz und im Schulterchluss mit einem ihnen durch Ehrenämter, Zugehörigkeit zu Serviceclubs, Partei- und Vereinszugehörigkeit usw. vertrauten Umfeld, sind sie ein unverzichtbares Bindeglied zwischen Bundeswehr und Gesellschaft. Aber auch ein Teil ihres Nachwuchses rekrutiert sich aus dem Grundwehrdienst. Wehrpflicht und Grundwehrdienst begründen sich aber nicht in erster Linie durch die Tatsache der Nachwuchsgewinnung, so wichtig dieser Nebeneffekt auch sein mag, sondern klassisch aus der Verteidigung des eigenen Landes.

Daher war es von Interesse, die Frage zu stellen, wie sich dieser Zusammenhang heute darstellt, am Vorabend eines Wahljahres, in dem der großen Volkspartei in der ersten Hälfte des Alphabets die Koalitionspartner ausgehen, wenn es um den Erhalt der Wehrpflicht in der gegenwärtigen Form geht. Ich erinnere Sie an die Diskussion im Frühjahr dieses Jahres, besonders auch in der Folge von Heiligendamm, über die Verschärfung der Bedrohung und den damit erforderlichen Einsatz der Streitkräfte im Inland. Dabei wurde der Zusammenhang mit den Auslandseinsätzen hergestellt.

Die populistische Ecke befand damals: Nur weil wir in Auslandseinsätze gehen, gibt es diese Bedrohung. Folglich: Wenn wir uns raushalten, ist auch die Bedrohung weg. Vogel Strauß lässt schön grüßen. Denn in der Tat hält sich im Zeitalter der Globalisierung auch die Bedrohung an keine Grenzen mehr. Das gilt gerade und ganz besonders für das Bedrohungsbild der asymmetrischen Bedrohung, das so neu gar nicht ist, sondern von Militärtheoretikern schon lange intellektuell aufgearbeitet wurde.

Ich erinnere mich an den Auftrag meines damaligen Bataillonskommandeurs, der heute auch unter uns ist, im Januar 1975, in Vorbereitung auf den Grundlehrgang, eine Offizierweiterbildung zu halten und dabei das Buch von André Beaufre "Revolutionierung des Kriegsbildes" [Stuttgart 1973] zugrunde zu legen. Zugegeben, im damaligen Zeitalter der Vorverteidigung waren das aus der Sicht eines Kompaniechefs der Panzertruppe, der ich damals war, eher intellektuelle Gedankenspiele. Heute sieht das anders aus. Oder denken Sie an Mao und seine Fische im Wasser. Ausrufezeichen, die man damals zur Kenntnis genommen hat, in der Annahme, dass sie auf Europa niemals zuträfen.

Auch das Thema Heimatschutz war im Rahmen der Gesamtverteidigung schon vor Jahrzehnten aktuell, wenn auch nicht unbedingt für uns Panzermänner. Aber als junger Generalstabsoffizier in der Erstverwendung als G3op im TerrKdoSüd – ich war bei der Eröffnung dieser Verwendung durch P nicht gerade euphorisch – war man dann mit der Anlage der Übung WINTEX/CIMEX befasst.

Der Einsatz der Bundeswehr auf eigenem Territorium, heute eine gerade erst beginnende und immer wieder abgebrochene, bzw. auf Eis gelegte Diskussion, war damals nach Verkündung des Verteidigungsfalls kein Thema, allerdings da und dort mit manchen Problemen behaftet. So z.B. im Raumschutz. Manche unter uns erinnern sich noch an die Kreation gemischter gemeinsamer Streifen zwischen Bundeswehr und Polizei, um sowohl durch Soldaten gegen Kombattanten, als auch durch Polizisten gegen Nichtkombattanten, wie z.B. zivile Störer vorgehen zu können.

Es gab auf ziviler und militärischer Seite Objektschutzlisten für Objekte ziviler und/oder militärischer Betreuung, auf militärischer Seite sogar vorbereitete Operationspläne für zu schützende Objekte. Von den zahl-

reichen nicht-aktiven Verbänden und Einheiten, die diese Aufträge zu erfüllen hatten, ganz zu schweigen. Auf ziviler Seite gab es umfangreiche, wenn auch nicht für alle ausreichende Vorkehrungen für den Katastrophenschutz bis hin zu Notkrankenhäusern. Als junger Generalstabsoffizier hat man schon gestaunt, was es da so alles gab und welches schwierige Feld vernetzter Operationen damals schon nötig war, um Krisenlagen zu begegnen. Viele dieser Erfahrungen liegen heute im Verborgenen.

Später ist mir dieses Aufgabenfeld dann als Referatsleiter wieder begegnet. Allerdings unter anderen Vorzeichen zu Beginn der 90er Jahre. Damals war ich im BMVg beauftragt mit der Erarbeitung der Konzeption der Territorialen Wehrstruktur für die Streitkräfte. Aber Anfang der 90er war Zahltag. Die Friedensdividende wurde ausbezahlt. Man begann Strukturen abzubauen und befand Übungen wie WINTEX/CIMEX als nicht mehr notwendig. Neben den Strukturen, und das gilt sicher auch für den zivilen Bereich, ging auch das know-how für Verfahren verloren.

Heute haben wir gelegentliche Anzeichen der Wiederbelebung. Wir sehen eine Diskussion über die Ergänzung des Art. 35 GG, aber sie scheint politisch sehr problematisch zu sein. Man verdrängt die Bedrohung in der Annahme, die klassische Trennung von Inlands- und Auslandsaufgaben reiche auch weiterhin aus, um alle eventuellen Lagen zu beherrschen – oder hält man sie etwa nur unter dem Deckel, weil man der Bevölkerung diese Debatte nicht zumuten will und damit eine Lawine von Nachfragen auslösen würde, wie es um die Sicherheitsvorsorge eigentlich steht?

Genau diese Bevölkerung wird allerdings nach dem Eintritt eines gravierenden Ereignisses durchaus Fragen stellen und auch politische Konsequenzen ziehen, wie es sich in einer Landtagswahl deutlich gezeigt hat, als das Thema Innere Sicherheit aufgemacht und der unbefriedigende Inhalt sichtbar wurde.

Ich komme noch einmal zurück zur Sicherung von Objekten, lebenswichtigen Objekten für die Bevölkerung, und nehme das Beispiel der Wasserentnahmestelle am Bodensee. Dort wurde vor einiger Zeit – wir erinnern uns – ein unidentifizierter Eimer gesichtet, der große Aufregung hervorrief und zu Sicherungsmaßnahmen führte.

In der positiven Annahme, dass es auch heute noch Übersichten über wichtige Objekte gibt, frage ich mich als Mensch und Staatsbürger schon, wie die Kapazitäten des zivilen Bereichs ausgelegt sind, um bei steigender Bedrohung, über einen langen Zeitraum und an mehreren Objekten durchhaltefähig zu sein. Wenn nicht – und ich blicke da doch mit etwas Sorge auf die Personalumfänge unserer Landespolizei –, so frage ich mich als ehemaliger Soldat, ob dann Art. 35 GG in der gegenwärtigen Fassung tatsächlich noch ausreicht für den Fall, dass sich der Blick dann auf die Bundeswehr richtet.

Auf fehlende Kapazitäten der zivilen Seite in der Luft und auf See will ich gar nicht erst eingehen. Die unerfreuliche Debatte haben wir um das Kleinflugzeug in Frankfurt gesehen und den Richterspruch dazu kennen wir. Aber wenigstens in diesen Punkten gibt es Bewegung. Wobei sich mir persönlich die künstliche Trennung zwischen äußerer und innerer Sicherheit, oder gar eine Trennung zwischen Aufgaben auf See, in der Luft und zu Lande nicht erschließt. Eine derartige Trennung hat wenig Nähe zur realen Bedrohung.

Auch höre ich mit Interesse aus medizinischen Kreisen, dass im Falle, dass das Vogelgrippevirus in absehbarer

Zeit mutiert und auf Menschen übertragbar wird, eine Grippewelle unerhörten Ausmaßes zu erwarten sei, welche die Dimension der spanischen Grippe von 1918 bis 1920 bei weitem übersteigt und unser Gesundheitssystem so überfordert, dass der Einlass in Krankenhäusern in Schleusen selektioniert werden muss. Von Hunderttausenden von Toten in Deutschland ist bei Medizinern die Rede. Wie soll dann die innere Ordnung aufrechterhalten werden?

Diese wenigen Beispiele kennzeichnen die Dimension des Schutzes Deutschlands und seiner Bürger und zeigen deutlich, dass die Rolle der Streitkräfte neu überlegt werden muss und nicht auf Luft und See begrenzt ist. Aber mir als Ehemaligem geht es für den Fall des Falles nicht zuerst um Kapazitäten, sondern vor allem um rechtliche Grundlagen und die Handlungssicherheit unserer eingesetzten Soldaten. Da weiß ich vor dem Hintergrund meiner Einsatzerfahrungen, wovon ich rede.

Die jüngste Vergangenheit hat das Problem der Eingriffsbefugnisse im Einsatz gezeigt. Aber auch im Inland und gerade im Objektschutz haben wir die Frage schon vor mehr als 20 Jahren diskutiert. Und wir werden im Gegensatz zu damals den Spannungs- oder gar den Verteidigungsfall heute nicht erklären. Ich spüre da eine Lücke, die wir in der angesprochenen Diskussion vor wenigen Wochen um ein Papier der Fraktionen der CDU und der SPD zur Ergänzung des Art. 35 gesehen haben. Heute gehen die Fraktionen der Großen Koalition offenbar wie-

der getrennte Wege. Auch hier werden wir vielleicht Einblicke in den Stand der Dinge auf diesem Kongress bekommen.

Sie sehen meine Damen und Herren, das Thema hat es in sich und die Betrachtung lohnt sich. Wir werden Anregungen bekommen und natürlich müssen wir Verständnis dafür haben, dass es angesichts der noch laufenden Diskussionen, der Probleme in den politischen Debatten, und der Vertraulichkeit von Gesprächen und Überlegungen im Hintergrund, Hürden gibt, die besonders auch von den Vortragenden beachtet werden müssen.

Aber – meine Damen und Herren – wir müssen zu dieser Diskussion in unserem Umfeld sicherheitspolitisch beitragen. Dies soll der Kongress anstoßen. Es gilt, auch die Rückseite der Medaille der Einsätze, den anderen Teil der Sicherheitspolitik zu betrachten und Anregungen durch Fragen in unserem Umfeld zu geben. Dabei geht es nicht um Kritik oder Vorwürfe, es geht darum, Vorsorge zumindest im Denken zu treffen.

Denn ich nehme an, keiner von uns wollte, dass ein Mitglied seiner Familie oder er/sie selbst zu den ersten Opfern gehörte, die dann erst zur Bewusstseinsbildung und zu erforderlichen Änderungen beitragen.

Mit Spannung sehen wir dem ersten Vortrag entgegen und ich freue mich, das Mitglied des Deutschen Bundestages, Herrn Ernst-Reinhard Beck, ich darf sagen, Dich, lieber Ernst-Reinhard, um seinen Vortrag zu bitten.



Bild oben:  
Nicht allein beim Kongress sind die Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle mit dem Kongress beschäftigt, auch die Beiträge zu dieser Dokumentation werden dort gesammelt (v.l.): Gisela De Gori, Oberstlt d.R. Werner Schick (Geschäftsstelle Stetten a.k.M.), Oberstlt d.R. Siegfried Wittig und Karin Vieczn.



Bild rechts oben:  
Gruppenbild für die Junge Union (v.l.): GenLt Johann-Georg Dora, Jan Döring, Präsident Oberst d.R. Ernst-Reinhard Beck MdB, Stefan Buhmann, BrigGen Johann Berger, BrigGen a.D. Wolfgang Kopp



Bild rechts:  
Erinnerungsbild für die Kreisgruppe Rhein-Neckar-Odenwald: Oberstlt d. R. Christian Stumpe, Oberstlt d.R. Gerd Teßmer, Brigadegeneral Johann Berger, Oberstlt d.R. Winfried Meissner, Olt d.R. Jürgen Schnabel, Oberstlt d.R. Steffen Maier

# Ernst-Reinhard Beck

## - Heimatschutz, Reservisten, Wehrpflicht - wohin geht die Entwicklung?



Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Landesvorsitzender General Kopp,  
sehr geehrter Herr Landesvorsitzender Sihler,  
meine Damen und Herren,  
liebe Kameradinnen und Kameraden!

Herzlich bedanke ich mich für die Einladung, bei diesem traditionsreichen und anspruchsvollen Sicherheitspolitischen Kongress als Redner mit Ihnen allen in den Dialog treten zu dürfen. Bei diesem Kongress geht es um sicherheitspolitische Information, sicherheitspolitische Diskussion, aber auch um sicherheitspolitische Bewusstseinsbildung und Ihre Tätigkeit und Ihren Willen, als Multiplikatoren für sicherheitspolitische Belange in unsere Gesellschaft hinein zu wirken.

Ich danke der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik und der Landesgruppe Baden-Württemberg im Reservistenverband, dass sie sich dieses Ziel auf ihre Fahnen geschrieben haben und diesen Kongress gemeinsam ausrichten.

Heimatschutz, Reservisten, Wehrpflicht – jeder Begriff für sich könnte in seiner Erörterung abendfüllend sein. Sie stehen aber auch in einem engen Sinnzusammenhang, dem ich in meinem Vortrag versuche, gerecht zu werden.

Wohin geht die Entwicklung? Die Beantwortung dieser Frage erfordert prognostische Fähigkeiten, über die zu verfügen ich mir nicht anmaße. Und wie schwierig Prognosen auch auf sicherheitspolitischem Gebiet sind, haben uns die vergangenen Jahre und Jahrzehnte zum Teil bitter vor Augen geführt. Deshalb werde ich die Frage "Wohin geht die Entwicklung?" modifizieren in "Wohin sollte die Entwicklung gehen?"

Meine Damen und Herren, ein Schlagwort unserer Zeit lautet "Globalisierung". Mit diesem Begriff verbinden wir Hoffnungen und Erwartungen, Ängste und Befürchtungen, je nach Naturell und Betroffenheit.

Eine multi-kulturelle Gesellschaft öffnet den Blick für andere, macht toleranter und fördert das Verständnis für und das Zusammenleben von Kulturen, Rassen und Religionen sagt man. Wirtschaftliche Verflechtungen und globale Investitionen, der freie Zugang zu allen Märkten dieser Welt und die Öffnung der Grenzen schaffen positive Abhängigkeiten, führen zu gemeinsamen Interessen, weiten den Horizont und überwinden Schranken – sagt man.

Die Welt als ein Finanzmarkt, der freie und ungehemmte Strom von harter Währung und Monopoly-Geld bildet Vertrauen, baut regionale Abhängigkeiten ab, schweißt zusammen, verringert den Abstand zwischen Reichen und Armen, zwischen Satten und Hungrigen, zwischen Privilegierten und Unterprivilegierten – sagt man.

Der Export von Menschenrechten – von wem wohin auch immer –, Menschenwürde global anerkannt und verwirklicht, schaffen eine Weltordnung und sichern den Weltfrieden – sagt man, hofft man.

Eine realistische Betrachtung der Weltlage hält aber diesen Annahmen, Vermutungen und Unterstellungen nicht Stand. Wir sind heute weit entfernt von einem Weltfrieden für eine friedliche Welt. Wir sind weit entfernt von Gerechtigkeit und Menschenrechten für alle. Wir haben die Barrieren, die durch Kulturen, Rassen und Religionen errichtet werden, noch lange nicht überwunden, auch nicht vor der eigenen Haustür oder im eigenen Haus. (Der erste schwarze Präsident in der Geschichte der USA hat hoffentlich mehr als eine Alibifunktion!)

Das Besitz- und Einkommensgefälle in vielen Regionen unserer Welt ist nach wie vor unakzeptabel groß. Die Schere zwischen Armen und Reichen wird eher größer als kleiner. Die Risiken und Bedrohungen für unseren Staat und unsere Gesellschaft sind in den letzten Jahren vielfältiger, diffiziler und unkalkulierbarer geworden. Stichworte hierfür sind: Verlust der Gewaltmonopols staatlicher

---

Ernst-Reinhard Beck ist Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises 290 (Reutlingen) und Präsident des Reservistenverbandes. Nach dem Abitur 1965 am Humanistischen Gymnasium in Sigmaringen leistete Beck seinen Wehrdienst bei der 1. Gebirgsdivision ab. 1967 – 1971 Studium der Geschichte, Germanistik und Politik in Tübingen (Examen im Fach Wissenschaftliche Politik bei Prof. Theodor Eschenburg, Examina in Geschichte und Germanistik); 1972 Zweites Staatsexamen für das höhere Lehramt an Gymnasien. 1973 – 1982 Friedrich-Schiller-Gymnasium Pfullingen. Mitbegründer und Mitglied der Redaktion von "Politik und Unterricht", hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung seit 1975. 1980 – 1992 Schöffe am Landgericht Tübingen. Gründer und Ehrenvorsitzender des Geschichtsvereins Pfullingen e. V. seit 1978. 1982 – 2002 Direktor des Friedrich-List-Gymnasiums Reutlingen. 2002 zum Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises 290 (Reutlingen) gewählt, Wiederwahl 2005. Als Reserveoffizier in verschiedenen militärischen Verwendungen, u. a. als Bataillonskommandeur und Abteilungsleiter der Generalstabsabteilung 3 des II. Deutsch-Amerikanischen Korps; seit 1996 Oberst der Reserve.

Institutionen; Asymmetrie der Bedrohung manifestiert im internationalen Terrorismus; Proliferation von Massenvernichtungswaffen trotz internationaler Verträge und Verpflichtungen; organisierte Kriminalität, für die ich die Finanzkrise nicht als Beispiele heranziehe: Piraterie; Migration; Katastrophen und Energieverknappung.

Der Eine oder Andere wird sich an dieser Stelle fragen, was für ein Miesmacher das Rednerpult bestiegen hat, der die Vorfreude auf das gute Buffet trübt und Wasser in den vorzüglichen badischen Wein schüttet.

Meine Damen und Herren, unsere Sicherheitsvorsorge ist ein zu ernstes Thema und die Verantwortung dafür ist zu schwerwiegend, als dass man sich dabei von Wunschenken, Euphorie oder naivem Optimismus leiten lassen könnte. Genau so wenig ist destruktiver Pessimismus angebracht. Gefordert sind vielmehr Ehrlichkeit und Realitätssinn, in allen Bereichen, auf allen Ebenen.

Wenn ich auf die vergangenen 18 Jahre zurückblicke, kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass uns Friedenseuphorie, die Hoffnung auf Friedensdividende, begrenzte Finanzmittel und ideologische Scheuklappen den realistischen Blick auf den notwendigen Umfang von Sicherheitsvorsorge verstellt oder aber zumindest getrübt haben.

Sie erinnern sich? "Heimatschutz?" Das ist doch Schnee von gestern! Das ist altes Denken! Davon reden die Ewiggestrigen! Die Heimat wurde kurzerhand an den Hindukusch verlegt. Manche übersehen dabei, dass Minister Struck festgestellt hatte: "Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt." Dieses "auch" bedeutet im Umkehrschluss "nicht nur".

Im Rahmen der Transformation der Bundeswehr wurden und werden die Streitkräfte optimiert auf eine Armee im Einsatz. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Befähigung für Auslandseinsätze in wechselnden Koalitionen. Flexibilität für unterschiedliche Einsatzoptionen ist dabei eine Schlüsselfähigkeit.

Meine Bewertung der Entwicklung in der Transformation: Die Bundeswehr läuft Gefahr, dass sie zu einer Armee im Auslandseinsatz optimiert wird. Flexibilität, die sich auf Auslandseinsätze konzentriert, vernachlässigt den Heimatschutz und ist dann nur noch eine eingeschränkte Flexibilität.

Eng verbunden mit dem Begriff "Transformation" ist "das erweiterte Aufgabenspektrum". Daraus abgeleitet wurden veränderte Strukturen und eine angepasste Ausbildung und Ausrüstung für die aktive Truppe. Die Strukturen für die mit Heimatschutzaufgaben beauftragten Verbände und Einheiten wurden vernachlässigt und aufgegeben. Das ist widersinnig! Das veränderte und erweiterte Aufgabenspektrum für die aktive Truppe gilt in gleicher Weise auch für die Reservetruppenteile.

Vorhin habe ich das drastisch veränderte und sich verändernde Risikopotenzial aufgezeigt. Eine realistische Betrachtung der Gefahren für unsere Sicherheit führt zwangsläufig zu dem Schluss, dass die strikte Abgrenzung zwischen äußerer und innerer Sicherheit schon seit langem überholt ist. Die Grenzen sind jetzt fließend. Darüber besteht in unserer Gesellschaft weitgehender Konsens. Der erweiterte Sicherheitsbegriff hat Eingang gefunden in die Köpfe der Strategen und Planer. Überraschend, ja, erschreckend ist dabei, dass daraus keine Konsequenzen gezogen werden. Da einigt sich der Koalitionsausschuss der Bundesregierung auf die Notwendigkeit zur Grundgesetzänderung für den Einsatz der Bundeswehr im Innern. Kaum ist diese Einigung publik, regt sich massiver

Widerstand. Hier wird mit ideologischer Brille und im Kompetenzgerangel fahrlässig oder verantwortungslos notwendige Sicherheitsvorsorge für Staat und Gesellschaft sabotiert. In einem solchen Verhalten manifestiert sich altes Denken, meine Damen und Herren! Hier ist ein Umdenken dringend erforderlich. Es darf nicht sein, dass unsere Sicherheit parteipolitischen Interessen untergeordnet wird.

Diejenigen, die seinerzeit die Auflösung der nichtaktiven Verbände und Einheiten des Heimatschutzes mit der neuen Lage und dem veränderten Aufgabenspektrum begründet und betrieben und entschieden haben, sind einer falschen Lagebeurteilung gefolgt. Sie wollten modern und fortschrittlich sein, haben aber die Konsequenzen des veränderten Bedrohungsszenarios nicht beachtet und einen erschreckenden Mangel an Weitsicht und perspektivischem Denken erkennen lassen. Mit "Diejenigen" meine ich nicht nur die militärische Exekutive, sondern auch die politische Leitung und mit Selbstkritik auch den Deutschen Bundestag. Wir haben seinerzeit die breite und tiefe Debatte über Formen und Inhalte der Sicherheitsvorsorge und den Stellenwert von Heimatschutz unter veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen verpasst.

Als Grund, nicht als Entschuldigung, sehe ich das "freundliche Desinteresse" an Sicherheitspolitik, das der Bundespräsident konstatiert hat, und das nicht nur in breiten Schichten der Gesellschaft, sondern auch bei politischen Entscheidungsträgern erkennbar ist.

Ein weiterer Grund liegt sicherlich darin, dass wir in den 90er Jahren mit schwerwiegenden Problemen wie Aufbau Ost und Arbeitsmarktlage und sozialen Sicherungssystemen zu kämpfen hatten. Wir sollten uns häufiger eine Weisheit vor Augen führen, die lautet: "Sicherheit ist nicht alles, aber ohne Sicherheit ist alles nichts." Ich will zum Thema "Heimatschutz" noch einen Aspekt anführen, den ich nicht dramatisieren will, den es aber zu beachten gilt.

Zeitgleich mit den Olympischen Spielen im Sommer diesen Jahres begann der Krieg, politisch korrekter: die Auseinandersetzung zwischen Georgien und Russland. Olympische Spiele dienen der Völkerverständigung und dem friedlichen Wettkampf. Nach dem historischen Postulat der Antike sollten während der Spiele die Waffen ruhen. Dieser Leitgedanke war für das Imponiergehabe und das Machtstreben einzelner Staaten völlig nachrangig.

Dieses Ereignis hat überdeutlich gezeigt, dass das staatliche Gewaltmonopol auch künftig zur Wahrung eigener Interessen und zur Disziplinierung unliebsamer Nachbarn rücksichtslose Anwendung findet. Dieses Ereignis zeigt auch, dass die Bandbreite des Risiko- und Bedrohungspotenzials auch die Bedrohung "alter Art" beinhaltet und das Phänomen "von Freunden umgeben" nur so lange gilt, wie Freunde auch Freunde sind. In der Antwort auf dieses überaus breite Bedrohungsspektrum müssen wir ein Höchstmaß an Flexibilität entwickeln und eine Optionsvielfalt erhalten und gegebenenfalls wieder herstellen. Ohne Frage hat in diesem Szenario der Heimatschutz in vielen Facetten und Ausprägungen einen gewichtigen Stellenwert. Ich plädiere dafür, dass wir unvoreingenommen, sachlich und konstruktiv das Thema "Heimatschutz" auf die politische Tagesordnung setzen, die Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit offen ansprechen und die notwendigen Konsequenzen ziehen. Beim Heimatschutz wurden Strukturen zerschlagen und auch viel "Porzellan", um es sehr hintergründig auszudrücken. Wir sollten diese Entwicklung nicht als irreversibel betrachten. Wir sollten alles daran setzen, das für den Heimatschutz erforderliche Potenzial an engagierten und motivierten Reservistinnen und Reservisten zu nutzen.

Natürlich ist die Bundeswehr in erster Linie daran interessiert, aus diesem Potenzial ihre Beorderungsreserve zu rekrutieren. Es ist kein Geheimnis, dass es noch bei weitem nicht gelungen ist, die 95.000 Beordnungsdienstposten mit Namen und Qualifikation zu besetzen. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Zwar ist der Gesamtbedarf als grobe Daumenpeilung ermittelt, aber von der dienstpostenbezogenen Detailausplanung sind die Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche noch weit entfernt. Das erschwert die Bemühungen der Kreiswehersatzämter und behindert die Truppenwerbung der aktiven Einheiten und Verbände, die oftmals nicht wissen, wo sie ihre qualifizierten Soldatinnen und Soldaten nach deren Dienstzeitende einplanen können.

Das Freiwilligkeitsprinzip ist sicherlich die größte Hürde bei der Überwindung der Beorderungsproblematik. Der seinerzeit sicher gut gemeinte Ansatz der Freiwilligkeit war auch ein Ergebnis von Friedenseuphorie und angeblich neuem Denken. Er hält aber den realen Entwicklungen nicht stand. Ob wir wollen oder nicht, Freiwilligkeit hat den Ruch von Beliebigkeit, von fehlender Ernsthaftigkeit.

Wenn die aktive Truppe zur Herstellung und Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft, zur Steigerung ihrer Durchhaltefähigkeit, zur Verbesserung der Führungsfähigkeit und zur Unterstützung durch Spezialisten auf die Reserve angewiesen ist, dann sollte die Bedarfsdeckung mit höherer Priorität, verstärkter Ernsthaftigkeit und nötigenfalls unter Änderung bestehender Konzeptionen betrieben werden.

Aber auch die Reservistinnen und Reservisten selbst stehen hier in der Verantwortung. Wenn wir einerseits von Millionen engagierter, qualifizierter und motivierter Reservisten sprechen, andererseits aber die Bundeswehr erhebliche Probleme hat, ihren Bedarf von 95.000 zu decken, dann muss das nachdenklich stimmen.

Ich verhehle nicht die vielfältigen Gründe, die einer Beordnung entgegen stehen: die Risiken von Auslandseinsätzen, das gegenüber früher deutlich veränderte Anforderungsprofil des Reservisten, persönliche und familiäre Prioritäten, aber auch das Spannungsfeld Reservist und Arbeitgeber. Gerade das letzte Argument hat mit dem Freiwilligkeitsprinzip bei Beorderungen an Gewicht gewonnen. Die Bundeswehr sucht zivilberuflich qualifizierte Reservisten mit einem hohen Maß an sozialer Kompetenz und Führungsfähigkeit. Dass ein Arbeitgeber auf einen solchen Mitarbeiter ohne Gegenleistung nur ungern verzichtet, ist leicht nachvollziehbar.

Weil hier dringender Handlungsbedarf besteht, will sich der Reservistenverband als Sachwalter der Interessen aller Reservisten in Zukunft dieses Themas verstärkt annehmen. Wir haben, um die Bedeutung dieses Themas zu unterstreichen, dafür ein eigenes Ressort im Präsidium eingerichtet; der verantwortliche Vizepräsident trägt die Bezeichnung "Wirtschaft und Berufsleben".

Gemeinsam mit der Bundeswehr müssen wir Lösungsansätze entwickeln, die auch unkonventionell sein können. Die Bandbreite könnte reichen von verbesserter Information und Kommunikation bis hin zu finanziellen Anreizen und steuerlichen Vorteilen. Eins ist sicher: Wir dürfen den Reservisten in seinem eigenen Interesse, aber auch in unserer Verantwortung für eine qualifizierte Sicherheitsvorsorge, in diesem Spannungsfeld nicht allein lassen. Mit Spannung erwarten wir die Ergebnisse einer vom BMVg in Auftrag gegebene Studie zu diesem Thema, die Ende des Jahres vorliegen wird. Dann wird es darum gehen, Analysen und Empfehlungen in die Realität

umzusetzen. Dabei bietet der Reservistenverband seine tatkräftige Unterstützung an.

Noch eine letzte Anmerkung zum Thema Beorderungsreserve. Mancher fragt sich vielleicht, warum der Präsident des Reservistenverbandes, der doch die beorderungsunabhängige, freiwillige Reservistenarbeit als Auftrag hat, sich so lange dem Thema "Beordnung" widmet. Semantisch bedeutet "beorderungsunabhängig", dass Beordnete wie Nicht-Beordnete die Zielgruppe unseres Auftrags im Rahmen der freiwilligen Reservistenarbeit sind. Was das in der Praxis bedeutet, ist in der Konzeption 2015 unseres Verbandes nachzulesen: Wir verstehen uns als verlässlicher Partner der Bundeswehr, der sie überall dort tatkräftig unterstützt, wo dieses unser Selbstverständnis, unsere Strukturen, unsere Organisation und unsere Kompetenz in besonderer Weise ermöglichen.

Und so zählen wir zu einer unserer Kernaufgaben die Unterstützung der Bundeswehr bei der Rekrutierung ihrer Beorderungsreserve. Wir sind auch in Zukunft mit unseren Reservistenkameradschaften und Geschäftsstellen flächendeckend präsent, wir haben den unmittelbaren Kontakt zu den Reservisten und Reservistinnen und wissen um deren zivilberufliche Weiterentwicklung nach Ende ihrer Dienstzeit. Wir wollen über Beordnungsmöglichkeiten umfassend informieren und für eine Beordnung motivieren. Das ist ein fordernder Anspruch, dessen Erfüllung engagierte und informierte Mitglieder, Mandatsträger und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Haupt und Gliedern voraussetzt. Dabei sind wir uns mit der Bundeswehr einig: Wer planungssicher und flexibel über eine Reserve von 95.000 verfügen will, muss ein Mehrfaches vorhalten.

In diesem Zusammenhang füge ich noch einen Gedanken an: Wenn wir uns zur Zeit als Werber mit Schwerpunkt auf den Beordnungsnachwuchs verstehen, könnte angesichts unmittelbar bevorstehender demografischer Entwicklungen das Werben um Nachwuchs für die aktive Truppe hinzukommen.

Meine Damen und Herren!

Das Anforderungsprofil des Reservisten hat sich in den letzten Jahren beorderungsunabhängig drastisch verändert. Der Reservist ist zwar nach wie vor in erster Linie Soldat mit militärischen Fähigkeiten und Fertigkeiten, die von der aktiven Truppe in der gesamten Bandbreite ihres erweiterten Aufgabenspektrums genutzt werden: vom Auslandseinsatz bis zum Heimatschutz in allen Facetten. Dieses Einsatzspektrum erfordert neues operationelles Verständnis, veränderte Ausbildungsinhalte und in die Zukunft gerichtetes Denken.

Der Reservist von heute ist flexibel. Er ist bereit, Veränderungen zu akzeptieren. Er ist willens, Erfahrungen aus der Vergangenheit an Gegenwart und Zukunft anzupassen. Er stellt sich mit Realitätssinn neuen Herausforderungen.

Eine dieser Herausforderungen ist die dem Reservisten weitaus stärker als früher zugeordnete Mittlerrolle für die Bundeswehr in der Gesellschaft. Bei dieser Mittlerrolle geht es nicht nur um Struktur, Ausrüstung und Auftrag der Bundeswehr, sondern auch um ihre Einbindung in den erweiterten Kontext von Sicherheitspolitik. Ich habe vorhin den Begriff "freundliches Desinteresse" erwähnt. Nach meiner Beobachtung ist unsere Gesellschaft auf dem Weg zu einem "schrecklichen Desinteresse" an sicherheitspolitischen Sachverhalten und Entwicklungen. Sicherheit wird als Selbstverständlichkeit betrachtet, für die der Staat zu sorgen hat und für die er Organe der inneren und äußeren Sicherheit bezahlt. Dass Sicherheitsvorsorge bereits einsetzt beim

Wissen des einzelnen Bürgers über Werte und Normen in seiner Gesellschaft, über Sicherheitsinteressen des Staates, die ja auch seine eigenen sind, über Risiken und Gefahren für seine Sicherheit und die Optionen ihrer Abwehr, ist in unserem Land ein wenig verbreitete oder gar verinnerlichte Erkenntnis.

Dieser gefährlichen Fehlentwicklung entgegen zu wirken, dieses Desinteresse aufzuweichen, ist eine wichtige und wesentliche Funktion der Reserve. Der Reservist ist aufgrund eigener Erfahrung und eigenen Erlebens prädestiniert für diese Mittlerrolle – ohne dadurch andere Institutionen unseres Staates wie Schulen, Universitäten oder Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen sowie Verbände und Vereine (wie zum Beispiel die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik) aus der Verantwortung zu entlassen.

Dass die Mittlerrolle anspruchsvoll und fordernd ist, steht außer Frage. Neben der Bewältigung eines mentalen Prozesses setzt sie beim Reservisten voraus, sich zu informieren, zu artikulieren und zu diskutieren. Die erfolgreiche Wahrnehmung der Mittlerrolle setzt voraus, dass wir dem Reservisten das nötige Wissen und das erforderliche Bewusstsein vermitteln, dass wir die Bereitschaft wecken, den Dialog mit Unwissenden oder Andersdenkenden zu suchen, und ihn motivieren und organisatorisch unterstützen, wenn er sich aus der behüteten Reservistenkameradschaft und dem geschützten RK-Heim auf den Weg in eine nicht sehr interessierte, oft kritische und ablehnende Öffentlichkeit macht.

Auf den Punkt gebracht: Der Reservist von heute und morgen ist nicht nur doppelter Staatsbürger Bürger und Soldat sondern dreifacher Staatsbürger: Bürger, Soldat und Mittler.

Meine Damen und Herren!

Der verdiente und bewährte Reservist aus vergangenen Jahren, der unverzichtbar war zum Aufwuchs der Bundeswehr auf Verteidigungsumfang, sieht sich heute mit einer neuen Rolle und einem geänderten Auftrag konfrontiert. Ein erheblicher Anteil hat seinen Grundwehrdienst abgeleistet, wurde beordert und konnte dann – je nach Neigung – eine "Reservistenkarriere" durchlaufen. Eine Vielzahl an Beispielen in allen Rang- und Dienstgradgruppen sitzt hier im Saal vor mir.

Sie nehmen zur Kenntnis, dass der Friedensumfang der Streitkräfte sich mehr als halbiert hat, dass der Beordnungsbedarf um nahezu 90 % reduziert wurde und dass der Wehrpflichtigenanteil am aktiven Friedensumfang drastisch abgenommen hat. Sie diskutieren Fragen wie "Ist die Wehrpflicht noch zeitgemäß?" oder "Ist unser Einberufungssystem noch mit Wehrgerechtigkeit vereinbar?"

Zunächst ein Wort zur Wehrgerechtigkeit, oder richtiger, zur Dienstgerechtigkeit. Denn wer den Anteil junger Männer, die in die Pflicht genommen werden, an der Stärke eines Geburtsjahrgangs messen will, muss dabei beide Dienstarten, den Wehrdienst und den Zivildienst, ins Kalkül ziehen. Bei dieser Berechnung und unter Berücksichtigung von Tauglichkeit, Wehrdienstausnahmen und Wehrdienstalternativen wie Polizei, Feuerwehr oder THW liegt die In-die-Pflicht-Nahme eines Jahrgangs bei über 80 %. Dieser Wert ist deutlich besser als uns vielfach aus Vorsatz oder Fahrlässigkeit glauben gemacht wird. Dass der "gefühlten" Wehrgerechtigkeit begegnet werden muss – auf verschiedene Art und Weise – ist unbestritten.

Sehr viel existenzieller ist die Frage nach der Sinnhaftigkeit der Allgemeinen Wehrpflicht. Wir haben mehr als 50 Jahre gute und beste Erfahrungen mit der Wehrpflicht und den Wehrpflichtigen gemacht. "Wehrpflicht ist das legitime Kind der Demokratie" hat der erste Bundespräsident, Professor Theodor Heuss, festgestellt. Und Scharnhorst hat bereits vor 200 Jahren konstatiert: "Alle Bewohner des Staates sind geborene Verteidiger derselben." Aus beiden Zitaten können wir entnehmen, dass die Wehrpflicht unserem demokratisch verfassten Staatswesen gut zu Gesicht steht, dass die Wehrpflicht die Verantwortung aller Bürger für ihren Schutz und ihre Sicherheit unterstreicht. Die von mir eingangs geforderte ausgeprägte Flexibilität der Bundeswehr, also ihre Reaktionsfähigkeit auf schnelle, unkalkulierbare Lageveränderungen im strategischen Rahmen, ist nur über die Wehrpflicht zu gewährleisten. Eine Wehrpflichtarmee ist sicher nicht per definitionem die klügere Armee, sie ist aber auf jeden Fall die jüngere Armee.

Was ich vor einigen Minuten zur Mittlerrolle der Reserve gesagt habe, gilt in ähnlicher Weise für die Wehrpflichtigen. Die Allgemeine Wehrpflicht sichert den immer währenden, unmittelbaren Kontakt zwischen Bundeswehr und Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Die Wehr- und ebenso die Zivildienstpflicht verdeutlicht den jungen Menschen, dass ein Rechtsstaat nicht nur Rechte gewährleistet, sondern auch Pflichten abverlangt. Die Wehrpflicht unterstreicht, dass die von uns allen so geliebte Freiheit in Frieden nicht zum Nulltarif zu haben und persönliche Opfer wert ist. Auf weitere Gründe wie Kosten, Nachwuchsgewinnung usw. will ich nicht näher eingehen, weil für mich die gesellschaftspolitische Legitimation der Wehrpflicht eindeutig an erster Stelle steht.

Allerdings mache ich mir Sorgen um den Fortbestand der Allgemeinen Wehrpflicht. Sie ist nicht mehr "trendy", sie wird mit Zahlenmanipulationen ad absurdum geführt, Bekenntnisse von Politikern und auch militärischen Führern stellen sich bei schärferer Betrachtung als Lippenbekenntnisse heraus. Aber, meine Damen und Herren, in der Diskussion um die bestmögliche Sicherheitsvorsorge für Staat und Gesellschaft, bei der Frage nach sicherheitspolitischer Bewusstseinsbildung wäre es unverantwortlich, einem Zeitgeist zu folgen, vermeintliche Trends in Wählerstimmen umzumünzen zu versuchen und fahrlässig oder vorsätzlich zum Opportunisten zu mutieren.

Darum hält der Reservistenverband ohne Wenn und Aber an der Allgemeinen Wehrpflicht fest. Diese Position haben wir im engen Schulterschluss mit dem Deutschen Bundeswehrverband und dem Beirat für Fragen der Inneren Führung bei einem gemeinsamen Forum WEHRPFLICHT vor wenigen Wochen in Berlin öffentlich bezogen und verteidigt.

Ohne ihre Wehrpflichtigen wäre unsere Bundeswehr ärmer. Eine Reihe von befreundeten Nationen, die sich von der Wehrpflicht verabschiedet haben, beneiden uns um den Beibehalt und bedauern diskret die Abschaffung im eigenen Land. Das sollte nachdenklich stimmen und vor vorschnellen Beschlüssen warnen. Bevor man sich Gedanken über eine Abschaffung der Wehrpflicht macht, sollte man viel Geist und Fleiß investieren in die Fragen:

- "Wie baue ich die gefühlte Wehrgerechtigkeit ab?"
- "Wie gestalte ich einen Wehrdienst mit positivem Erfahrungs- und Erlebniswert?"
- "Wie begründe ich die Wehrpflichtdauer in der Ambivalenz von Eingriff in die persönliche Lebensplanung und militärisch Sinnvollem und Notwendigem?"

Dabei sollten wir uns von einer Maxime leiten lassen:

"Die Wehrpflicht ist ein so hohes gesellschaftspolitisches Gut, dass alle Politiker,

militärische Führer und Betroffene bereit sein sollten, für den Erhalt Opfer zu bringen."

Meine Damen und Herren, ich habe versucht, Ihnen einzelne Gedanken zu den komplexen Themen Heimatschutz, Reservisten und Wehrpflicht näher zu bringen. Sie sollen auch Anstoß für Fragen und zur Diskussion stellen.

Bevor das geschieht, will ich die Gelegenheit nutzen, um Dank abzustatten im Namen des Präsidiums und des Reservistenverbandes

- an die Veranstalter, die GfW und der VdRBw in Baden-Württemberg,
- an die vielen Engagierten, die sich der Sache der Reserve verpflichtet fühlen, an Mandatsträger, Mitglieder und hauptamtliche Angestellte des Reservistenverbandes,
- an Generalleutnant Dora, stellvertretend für die Bundeswehr, für die Unterstützung, das Vertrauen und die Offenheit, mit der wir einander begegnen.

Ich wünsche uns allen noch informative und erlebnisreiche Stunden und angeregte Gespräche.



Erste Wortmeldung aus der Teilnehmerrunde: OstFw a.D. Paul Gäkle aus Trochtelfingen, Beauftragter Sicherheitspolitik der Kreisgruppe Neckar-Alb



Anmerkungen zum Vortrag des Präsidenten Oberst d.R. Ernst-Reinhard Beck MdB durch Oberst d.R. Arne Lücking



Erstmalig beim Kongress in Karlsruhe: Der Landesvorsitzende der Landesgruppe Bayern Maj d.R. Prof. Dr. Friedwart Lender (l.), stehend der Stellvertretende Landesvorsitzende Oberstlt d.R. Ralf Bodamer



Gewissermaßen ein Heimspiel (v.l.): der Kreisvorsitzende der Kreisgruppe Mittlerer Oberrhein StFw d.R. Klaus Brenner und sein Stellvertreter Hptm d.R. Rolf App



Auch in der zweiten Reihe aktiv (v.l.): Sachgebietsleiter SiPol Bundesgeschäftsstelle Oberstlt d.R. Volker Jungk, Stv. Landesvorsitzender Maj d.R. Karlheinz Würz, (stehend) Oberst a.D. Walter Engelhardt, Präsident Bund Dt. Fallschirmjäger GenMaj a.D. Georg Bernhardt, Adjutant Stv. Generalinspekteur Oberstlt i.G. Andreas Hoppe

# Johann-Georg Dora

## Heimatschutz - Reservisten - Wehrpflicht

### Wohin geht die Entwicklung?



Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der gemeinsame sicherheitspolitische Kongress des Reservistenverbandes und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik setzt sich nun bereits zum 15. Mal mit der Sicherheitsvorsorge für unseren Staat auseinander.

Für mich haben Veranstaltungen wie diese einen besonderen Stellenwert. Die große Resonanz zeigt, dass es in unseren bewegten Zeiten wichtiger denn je ist, den Austausch und die aktive Diskussion über den Schutz Deutschlands zu führen. Damit tragen Sie ganz erheblich zur Urteilsbildung, Entscheidungsfindung und Gestaltung im sicherheitspolitischen Bereich mit bei. Dass ich hierzu bei Ihnen in Karlsruhe einen Beitrag leisten kann, freut mich besonders.

Mir geht es heute darum, Sie aus erster Hand über einige ausgewählte Aspekte der sich stetig wandelnden Bundeswehr zu informieren. Dabei möchte ich eines gleich vorwegschicken: Dieser Wandel ist notwendig und ohne Alternative.

John Sculley, ein Manager von Apple, brachte es einmal so auf den Punkt: "Entweder du machst dich zu einem Instrument des Wandels oder du wirst von ihm überrollt."

Voraussetzung um den Wandel gestalten zu können, ist eine entsprechende Lageanalyse. Sie alle kennen die aktuellen Risiken und Bedrohungen, die konsequenterweise auch den Kern der aktuellen und künftigen Herausforderungen unserer Bundeswehr und damit auch der Reserve bilden.

Viele dieser Herausforderungen und Risiken sind nicht neu. Aber heute sind sie vielschichtiger, diffuser, komplexer und leider kaum vorhersehbar. Was meine ich konkret?

Heute ist unsere Gesellschaft mit Terrorismus, organisierter Kriminalität, Proliferation, Drogenproblemen bis hin zu Attacken aus dem Internet konfrontiert. Allein die organisierte Kriminalität verursacht mittlerweile weltweite wirtschaftliche Schäden in dreistelliger Milliardenhöhe. Sie beeinträchtigt heute schon politische Entscheidungsprozesse und führt zu gravierenden ökonomischen Fehlentwicklungen, und hier rede ich nicht von Spekulationsniederlagen einiger Großbanken, die weltweit das Finanzsystem erschüttern.

Daneben erleben wir in vielen Staaten einen Mangel an Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und an guter Regierungsführung. Teilweise reicht das bis hin zu vollständigem Staats-

---

Generalleutnant Johann-Georg Dora ist seit 2005 Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr und damit fachlich zuständig für die Einsätze sowie die Transformation der Bundeswehr, für Militärpolitik und das Militärische Nachrichtenwesen.

Johann-Georg Dora trat 1967 als Offizieranwärter in die Bundesluftwaffe ein und durchlief Offizierausbildung, fliegerische Auswahl-schulung, Grund- und Fortgeschrittenenausbildung in den USA und Deutschland. Von 1973 bis 1980 war er Jagdbomber- und Aufklärungsflugzeugführer auf dem Luftfahrzeug Fiat G-91. Von 1980 bis 1982 folgte die Generalstabsausbildung an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Von 1982 bis 1984 war er Staffelpatant der ACE Mobile Forces (AMF) Staffel des Jagdbombergeschwaders 43, Oldenburg, ausgerüstet mit dem Waffensystem Alpha-Jet. Danach folgte bis 1987 eine integrierte Verwendung als Einsatzgeneralstabsoffizier im NATO-Hauptquartier BALTOP, Karup, Dänemark.

Von 1987 bis 1989 war er Referent im Bundesministerium der Verteidigung, Führungsstab der Luftwaffe (Fu L III). 1989 wurde er in RAF Cottesmore auf das Luftfahrzeug Tornado umgeschult. Dem schloss sich eine zweijährige Verwendung als Kommandeur, Fliegende Gruppe, Jagdbombergeschwader 38 "Friesland" in Jever an.

Im Jahr 1991 kehrte er als Tutor und Dozent für Luftkriegführung an die Führungsakademie der Bundeswehr nach Hamburg zurück. Von 1994 bis 1996 war er Kommandeur des Jagdbombergeschwaders 32 (ECR) auf dem Lechfeld. Im Sommer 1995 formte er aus Teilen seines Geschwaders und des Aufklärungsgeschwaders Immelmann das Einsatzgeschwader I, das er aus Piacenza, Italien, in den ersten Einsatz der Luftwaffe im Rahmen von UNPF und IFOR auf dem Balkan führte.

1996 folgte eine anderthalbjährige Verwendung im Luftwaffenführungskommando in Köln-Wahn als Abteilungsleiter für Planung und Operation (A3). 1997 übernahm er, mittlerweile zum Brigadegeneral befördert, für weitere anderthalb Jahre den Dienstposten des Chef des Stabes, Luftwaffenführungskommando. Seine nächste Verwendung brachte ihn nach Bayern zurück wo er im Jahr 1999 Kommandeur der Offizierschule der Luftwaffe in Fürstenfeldbruck wurde. Während des Kosovokrieges (Operation ALLIED FORCE) hatte er das Kommando über die Einheiten der Bundesluftwaffe in Italien.

Im September 2000 wurde er, nunmehr Generalmajor, zum Kommandeur der NATO Airborne Early Warning & Control Force bei SHAPE ernannt. Unter seinem Kommando unterstützten AWACS-Flugzeuge der NATO die Luftraumüberwachung der Vereinigten Staaten von Amerika in der Operation Eagle Assist nach den Anschlägen des 11. September 2001.

Von Oktober 2003 bis April 2005 war er Stellvertretender Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr in Potsdam nahe Berlin.

Generalleutnant Dora verfügt über mehr als 3400 Stunden Flugerfahrung auf den Luftfahrzeugmustern T 37, T 38, Fiat G-91, Alpha-Jet, Tornado ECR und Boeing 707 / E-3A.



versagen und Staatszerfall. Sie alle kennen die Lage in Somalia.

Verschärft wird diese Situation durch religiösen Extremismus, Klimawandel, Wassermangel, Verteuerung von fossilen Brennstoffen, Migrationsbewegungen, Armut oder verschiedene Pandemien. Ein Blick nach Afrika oder Asien verdeutlicht uns die Aktualität und Brisanz sehr schnell.

Im Vergleich zur Zeit des Kalten Krieges haben die Bedrohungen heute auf der einen Seite eine neue Qualität und häufig einen nichtstaatlichen Charakter. Auf der anderen Seite sind auch im Jahr 2008 zwischenstaatliche Kriege noch möglich. Denken Sie nur an die Situation in Georgien, im Nahen und Mittleren Osten, ganz zu Schweigen von Mittel- und Südamerika.

Meine Damen und Herren,

wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass in einer globalisierten und vernetzten Welt nationale Grenzen und große Distanzen nur noch sehr bedingten Schutz gegen destabilisierende Entwicklungen und Gefahrenherde bieten. Der Erdball erscheint uns daher gleichsam kleiner und verwundbarer geworden zu sein. Heute fühlen sich mehr als 70 Prozent der Deutschen von der Zerstörung der natürlichen Umwelt und der globalen Klimaerwärmung in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht. Um auf diese Globalisierung der Risiken und Bedrohungen eine überzeugende Antwort zu finden, brauchen wir ein gewandeltes Verständnis von Sicherheit. Schon heute kann Sicherheit nicht mehr nur rein national und schon gar nicht von einem Politikbereich allein gewährleistet werden.

Nur die Vernetzung aller nationalen und internationalen Akteure der Außen- und Sicherheitspolitik und der ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente wird den heutigen und zukünftigen Herausforderungen gerecht und kann damit letztendlich Deutschland und seinen Partnern Sicherheit gewähren. Und unter diesem weit gefassten Begriff der Sicherheit hat auch der Reservist der Bundeswehr zukünftig seinen Platz und eine wichtige Funktion zu erfüllen, auf die ich später noch zu sprechen komme.

Ich denke, die politische und öffentliche Diskussion darüber, wie der wirkungsvolle Schutz unseres Landes auch im 21. Jahrhundert gewährleistet werden kann und wo die Grenzen von innerer und äußerer Sicherheit künftig verlaufen, ist noch lange nicht abgeschlossen.

Meine Damen und Herren,

während des Kalten Krieges gab es den Begriff der Gesamtverteidigung. Dieser fasste die zivile und militärische Verteidigung zusammen. Dabei wurde die militärische Verteidigung in eine bündnisgemeinsame militärische Verteidigung und in eine nationale militärische (Landes-)Verteidigung unterschieden. Der Schutz der Heimat war ein Teil des Auftrages der Bundeswehr im Rahmen der nationalen militärischen (Landes-)Verteidigung. Entsprechende Truppenteile wurden den Territorialen Kommandobehörden unterstellt und "Heimatschutzbrigaden" bzw. "Heimatschutzverbände" genannt. Heute, fast zwei Jahrzehnte nach Beendigung des Kalten Krieges, sind die Heimatschutzkräfte aufgelöst. Für den Begriff "Heimatschutz" gibt es in Deutschland keine einheitliche und abgestimmte Definition mehr. Der Begriff ist aus der Bundeswehr verschwunden.

Gleichwohl bleibt der Schutz Deutschlands und seiner Bürger weiterhin Kernaufgabe der Bundeswehr, so wie es im Weißbuch der Bundesregierung von 2006 auch bestätigt wurde. Die Bundeswehr schützt Deutschland vor militärischen Angriffen, die grundsätzlich von anderen Staaten ausgehen. Dieser Verteidigungsauftrag ist aus verfassungs-

ungsrechtlicher Sicht der Primärauftrag und wird nach neuesten Umfragen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr von 99 Prozent der Bevölkerung unterstützt.

Wie sieht es nun bezogen auf die innere Sicherheit aus? Hier ist, wie Sie wissen, die Lage nicht so eindeutig. Für die Bekämpfung von Kriminalität ist die Polizei zuständig. Diese Aufgabe obliegt grundsätzlich den Ländern. Auch die Abwehr terroristischer und anderer asymmetrischer Bedrohungen innerhalb Deutschlands ist zunächst Aufgabe der für die innere Sicherheit zuständigen Behörden. Das ist auch gut so. Die Bundeswehr kann jedoch in bestimmten Fällen zu ihrer Unterstützung eingesetzt werden und wahrscheinlich muss sie das auch.

Meine Damen und Herren,

das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung zum Luftsicherheitsgesetz entschieden, dass die Streitkräfte – da Art. 35 GG lediglich eine Befugnis zur Unterstützung der Polizeikräfte begründet – dabei keine spezifisch militärischen Waffen (z.B. Jagdflugzeuge, Schiffe und Boote der Marine) einsetzen dürfen. Es sind nur solche Mittel erlaubt, wie sie von Gesetzes wegen auch der Polizei zur Verfügung stehen.

Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus – denken Sie nur an den 11. September 2001 oder die Gefahr durch eine schmutzige Bombe – können aber heute ein drastisches Ausmaß erreichen, das in seiner Wirkung kriegerischer Gewalt gleichkommt. Diese Erkenntnis war Grundlage für den Beschluss des Kabinetts, einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Artikel 35 Grundgesetz einzubringen. Übrigens erwarten auch hier mehr als 80 Prozent unserer Bevölkerung, dass die Bundeswehr bei solchen Fällen eine Schutzfunktion z.B. für Kernkraftwerke oder öffentliche Gebäude wahrnehmen soll.

Zweck der angestrebten Änderung des Grundgesetzes ist es, die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass bei besonders schweren Unglücksfällen im Innern die Streitkräfte mit ihren spezifisch militärischen Mitteln eingesetzt werden können, um zielgerichteten Aggressionen gegen den Staat und seine Bevölkerung effektiv und schlagkräftig entgegenzuwirken. Den Streitkräften soll damit die Möglichkeit gegeben werden in extremen Situationen die Polizeikräfte zu unterstützen. Und zwar dann, wenn den Ländern die Mittel zur Abwehr fehlen. Aus meiner Sicht ein richtiger Ansatz, der nicht an Kompetenzgerangel oder Eitelkeiten zwischen Parteien, Bund und Ländern scheitern sollte. Ich denke, unsere Soldaten haben hier Rechtssicherheit verdient. Und hier sollten wir nicht erst darauf warten, dass uns ein sogenanntes Großschadensereignis die Augen öffnet.

Meine Damen und Herren,

um wirkungsvolle Hilfe und Unterstützung im Katastrophenfall leisten zu können, haben wir unsere territorialen Strukturen erneuert und weiter verbessert. Im Rahmen der Transformation der Bundeswehr haben wir ein neues territoriales Netzwerk geschaffen, dessen Kern 16 Landeskommandos und eine Vielzahl von Verbindungskommandos auf Kreis- und Bezirksebene bilden. So kann im Katastrophenfall wie beim Elbehochwasser oder der Schneekatastrophe in Bayern im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben sofort ebenengerecht beraten und bedarfsorientiert unterstützt werden.

Wesentliches Element ist dabei die Neuordnung der Zusammenarbeit auf den einsatzrelevanten unteren und mittleren Verwaltungsebenen. Die in den Bezirken, Kreisen und kreisfreien Städten aufgestellten Verbindungskom-

mandos werden ausschließlich mit regional ansässigen Reservisten besetzt. Insgesamt nehmen rund 5.300 Reservisten, davon etwa 3.500 Offiziere, die Aufgaben in den Kommandos wahr.

Die prominente und verantwortungsvolle Rolle der Reservisten im neuen Netzwerk der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit ist ein wesentlicher Aspekt und das Markenzeichen unserer neuen Struktur. Denn in der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit im Inland sind die speziellen Fähigkeiten und Qualifikationen gefragt, die der Einzelne mitbringt. Über den militärischen Hintergrund hinaus verfügen unsere dort eingesetzten Reservisten über zivilberufliches Know-How und sind in der Gesellschaft vor Ort verwurzelt.

Meine Damen und Herren,

die Anpassung der zivil-militärischen Strukturen ist nur ein Beispiel dafür, wie die Bundeswehr auch mit Hilfe der Reservisten ihre Einsatzfähigkeit erhöht.

Der Reservist von heute ist – genauso wie der aktive Soldat – in erster Linie Kämpfer, dass er dabei auch über diplomatische, vermittelnde und Spezialfähigkeiten verfügen muss, ist selbsterklärend. Ohne unsere qualifizierten Reservisten sind die Streitkräfte weder voll einsatzbereit noch durchhaltefähig. Das Potenzial der leistungsfähigen Reservisten nutzen wir künftig zielgerichtet zur Ergänzung der Fähigkeiten der aktiven Truppe. Die Unterschiede zwischen aktiven Soldaten und den Angehörigen der Reserve verblassen immer stärker.

Plakatativ lässt sich dieses grundsätzlich neue Verständnis mit den Worten: "Integration statt Nebeneinander" beschreiben. Damit bringen unsere engagierten und leistungsfähigen Reservisten ihre Fähigkeiten – und das sind generell auch ihre zivilen Kompetenzen – sowohl im Einsatz, als auch bei der Auftragsbefreiung im Inland gewinnbringend ein.

Um es noch einmal deutlich zu unterstreichen: Ohne Rückgriff auf Reservisten und oftmals auch auf ihre speziellen zivilberuflichen Qualifikationen hätte die Bundeswehr Fähigkeitslücken und wäre in der Auftragsdurchführung sowie in der Durchhaltefähigkeit eingeschränkt. Sprachmittler, Ethnologen, Bauingenieure oder Ärzte, um nur einige Beispiele zu nennen, kann die Bundeswehr in ihren aktiven Strukturen nicht im benötigten Umfang maßgeschneidert vorhalten. Hier sind wir auf die Bereitschaft der Reservisten angewiesen, sich für längere Wehrübungen im Inland und für besondere Auslandsverwendungen zur Verfügung zu stellen. So stellen Reservisten z.Z. 7 % der Soldaten im Einsatz, die Angehörigen der Wehrverwaltung eingeschlossen. Damit stehen wir nach meiner Überzeugung jedoch erst am Anfang einer Entwicklung, die, je nachdem wie sich die zukünftigen Anforderungen an die Streitkräfte entwickeln, noch viel größere Dimensionen annehmen kann. Erst kürzlich konnte ich mich bei einem Besuch in den USA über Umfang und Bedeutung der Reserve im System der US Army informieren. Über 50 % der im Einsatz befindlichen Heeressoldaten sind dort Reservisten und stehen in Ausstattung und Einsatzmöglichkeiten ihren aktiven Kameraden in nichts nach. Diese Reservisten übernehmen auch eine wichtige Funktion bei der Frage der Zustimmung der Bevölkerung zu den Einsätzen im Irak oder Afghanistan. Sie stellen eine unmittelbare Betroffenheit der Bevölkerung zu Verlusten her und sorgen gleichzeitig für eine breite Unterstützung und Zustimmung. Ich glaube auch für uns lassen sich aus dem amerikanischen System wichtige Erkenntnisse gewinnen und Folgerungen

für die zukünftige Entwicklung der Reserve ziehen. Ich habe daher eine Auswertung durch den Führungsstab der Streitkräfte angewiesen.

Meine Damen und Herren,

derzeit stellen wir mehr als 6.600 Soldaten – darunter rund 470 Reservisten [Stand 29.10.2008] – in zehn Einsätzen auf drei Kontinenten.

Das Eiserne Kreuz als Hoheitsabzeichen der Bundeswehr ist mittlerweile ganz selbstverständlicher Teil internationaler Einsätze und im Gegensatz zum Zweiten Weltkrieg ein Symbol für Freiheit, eine wehrhafte Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Das zeigen wir auf dem Balkan genauso eindrucksvoll wie im Sudan, in Georgien, oder vor der Küste des Libanons und Somalias.

Im besonderen Fokus der Öffentlichkeit steht aber unser Engagement in Afghanistan im Rahmen der "International Security Assistance Force" kurz ISAF. Die Stabilisierung, der Wiederaufbau und die Entwicklung Afghanistans bleiben vorrangiges Ziel. Es geht darum, den staatlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau fortzusetzen und abzusichern, um eine Wiederkehr der Schreckensherrschaft der Taliban nachhaltig und dauerhaft auszuschließen. Genau an diesem Punkt sehe ich auch die Verbindung zum Schutz Deutschlands. Der Satz des ehemaligen Verteidigungsministers Dr. Struck, dass die deutsche Sicherheit "nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt wird", ist heute noch genauso richtig wie im Jahr 2003.

Mit Blick auf die Entwicklung in ganz Afghanistan kann und will ich die Lage nicht beschönigen. Aber es sind deutliche Fortschritte zu erkennen, die oft in der Öffentlichkeit zu wenig wahrgenommen werden. Vielleicht auch dadurch, weil unsere Gesellschaft diese Erfolge als "Selbstverständlichkeiten" versteht.

Es gibt eine Verfassung, ein gewähltes Parlament und einen gewählten Präsidenten. Die nächsten Präsidentschaftswahlen stehen für nächstes Jahr wieder auf der Tagesordnung und derzeit findet die Wählerregistrierung statt. Fast sieben Millionen Kinder, davon ein Drittel Mädchen, gehen zur Schule, 85 Prozent der Bevölkerung hat inzwischen Zugang zu medizinischer Grundversorgung und rund 5 Millionen Flüchtlinge sind zurückgekehrt.

Aus meiner Sicht eine Bilanz, die sich sehen lassen kann. Dennoch wäre es vermessen davon auszugehen, aus Afghanistan in Kürze eine Demokratie westlicher Prägung machen zu können. Uns muss vielmehr bewusst sein, in welchem Kulturkreis wir uns dort bewegen. Wir können nicht aus einem traditionell föderalen Land nach über 20 Jahren Bürgerkrieg im Handumdrehen ein dauerhaft funktionierendes, sicheres Staatswesen mit durchsetzungsfähiger zentraler Regierung machen. Unsere bisher erzielten Erfolge können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Lageentwicklung in ganz Afghanistan auch weiterhin von vereinzelt Rückschlägen und großen Herausforderungen geprägt ist.

Meine Damen und Herren,

die Sicherheitslage in Afghanistan ist im Wesentlichen immer noch zweigeteilt und konnte nicht überall entscheidend verbessert werden. Dies, obwohl sich in 2007 mehr als die Hälfte der sicherheitsrelevanten Vorfälle in lediglich 20 der 398 afghanischen Distrikte ereignete. 300 Distrikte sind weitgehend frei von Anschlägen. Auch das wird oft übersehen und vergessen.

Gerade der Süden und Osten sind zum Teil von intensiven Gefechten mit militanten oppositionellen Kräften geprägt. Unverändert ist dort die Kernregion des gewaltbereiten Widerstandes. Der spektakuläre Angriff militanter Opposition

auf ein Gefängnis in Kandahar vor wenigen Monaten hat die Dimension der Bedrohung erneut deutlich vor Augen geführt. Für den Norden und Westen gilt dies in dieser Intensität bis auf die Region Kunduz bislang so nicht, wengleich auch dort die Lage erheblich angespannter ist als noch vor wenigen Monaten. Unsere Lager werden immer öfter mit Raketen beschossen und unsere Soldaten werden – wie erst vor wenigen Tagen – Opfer von Selbstmordanschlägen. Trotz der gefallenen Soldaten wird Deutschland unverändert als drittgrößter ISAF-Truppensteller weiterhin seinen militärischen Beitrag leisten. Dass wir jetzt von Gefallenen sprechen, empfinde ich als Anerkennung für das höchste Opfer eines Soldaten – das eigene Leben.

Um es aber klar und deutlich zu sagen: Wir befinden uns in Afghanistan nicht in einem Krieg. Das Wort "Krieg" ist in der deutschen Öffentlichkeit mit ganz bestimmten Erinnerungen und Bildern verbunden. Mit diesen ist der Einsatz in Afghanistan überhaupt nicht zu vergleichen. Mit dem Kriegszustand wäre auch die rechtliche Anerkennung der Taliban und Al Quaida-Terroristen gegeben. Diese Kriminellen und Terroristen werden wir keinesfalls zu Kombattanten aufwerten.

Trotz der immer wieder laut werdender Fragen nach einem verstärkten Engagement auch im Süden werden wir unverändert unsere Kräfte wie bisher im Norden bündeln. Dort konstant für Sicherheit und Stabilität zu sorgen, heißt, im Sinne der Bündnissolidarität zum Gelingen der Gesamtoperation erfolgreich beizutragen.

Meine Damen und Herren,

eine Aufteilung in regionale Kommandobereiche ergab sich aus militärischer Sicht – neben anderen operativen Gründen – schon allein aus der Geographie, da der Hindu-kusch das Land in eine Nord- und Südregion teilt. Die NATO traf 2006 im Konsens unter anderem die Entscheidung, Deutschland die Verantwortung im Norden zu übertragen und es gab keine anderen Länder, die diese Aufgabe übernehmen wollten.

Wir stellen im Norden die einzigen Aufklärungskapazitäten, betreiben mit dem Flugplatz von Mazar-e Sharif die logistische Drehscheibe und stellen die medizinische Evakuierung aller in der Region eingesetzten Nationen sicher. Außerdem sichern wir die logistische Versorgung dieser Truppen. Darüber hinaus unterstützen wir mit Kräften für Lufttransport, medizinische Evakuierung und Führungsunterstützung afghanistanweit, wenn dies aus operativen Gründen erforderlich wird. So fliegen unsere C-160 Transalls regelmäßig Kandahar, Bagram oder Herat an. In diesem Jahr haben wir bereits über 33.000 Passagiere befördert und beispielsweise in den Monaten Mai bis Juli rund 50 % aller ISAF-Flugstunden [ca. 1.000 h] durchgeführt.

Unsere Aufklärungstornados fliegen über ganz Afghanistan und sind fester Bestandteil des ISAF-Aufklärungsverbundes. Sie sind das einzige Mittel für abbildende Aufklärung aus der Luft, das jederzeit direkt und ausgesprochen flexibel eingesetzt werden kann und wichtiger Bestandteil der ISAF-Operationsführung.

Wie ich meine, in der Summe ein mehr als beachtliches Engagement.

Meine Damen und Herren,

im Mittelpunkt der aktuellen Arbeit steht die Verstärkung unseres Beitrags zum Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte, der "Afghan National Army (ANA)" und "Afghan National Police (ANP)" im Zuge der Sicherheitssektorreform. Aufbau und Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte sind eine wesentliche Voraussetzung zur Erreichung eines angestrebten "Endzustandes" für Afghanistan.

Mittlerweile sind schon über 60.000 Soldaten ausgebildet [Zielgröße ANA bis 2012: 122.000]. Nach offiziellen Angaben liegt die Stärke der ANP auch schon bei rund 70.000 [85% der Zielgröße von 82.000]. Die vorhandenen ANP-Kräfte sind aber von Ausstattung und Ausbildung her weiterhin nur bedingt in der Lage, ohne Unterstützung ihren Auftrag zu erfüllen.

Aber nur leistungsfähige und einsatzbereite afghanische Sicherheitskräfte können im Sinne der afghanischen Eigenverantwortung die derzeit im Land befindlichen ISAF-Kräfte bei der Aufrechterhaltung eines sicheren Umfelds wirksam ersetzen und das staatliche Gewaltmonopol durchsetzen. Dafür beteiligen wir uns im Rahmen des NATO-Engagements mit unseren Ausbildungsunterstützungsteams ("Operational Mentor and Liaison Teams", OMLT) in der ISAF-Nordregion. Diese Ausbildungsteams unterstützen und begleiten ANA-Einheiten bei der Ausbildung und im Einsatz. Deutschland wird bis 2009 die Anzahl seiner Ausbildungsteams von derzeit fünf auf bis zu sieben mit insgesamt 200 Soldaten erhöhen.

Die Bundeswehr unterstützt darüber hinaus in der Nordregion den Aufbau der Afghanischen Polizei durch den Einsatz eines mittlerweile 45-köpfigen Feldjägersausbildungsteams. Unser Engagement in diesem Bereich wird eng mit der für den Polizeiaufbau in Afghanistan zuständigen ESVP-Mission EUPOL Afghanistan sowie mit den umfassend in den Polizeiaufbau eingebundenen USA abgestimmt. Im Rahmen unserer bisherigen nationalen Unterstützungsleistungen konnten bis jetzt etwa 4.100 afghanische Polizisten ausgebildet werden – insgesamt ein substantieller Beitrag. Mit dem neuen deutschen Polizeiausbildungszentrum in Mazar-i-Sharif, das erst vor drei Wochen eröffnet und vom Auswärtigen Amt mit 2,5 Millionen Euro finanziert wurde, sollen jährlich 1000 Polizisten aus- und fortgebildet werden.

Taktisches Kernelement unseres Engagements bilden unverändert die Wiederaufbauteams, die sogenannten Provincial Reconstruction Teams oder kurz PRT.

Die PRT wirken als regionale Stabilisierungsinselfen, deren ausstrahlende Sicherheit durch militärisch einsatzbereite und durchsetzungsfähige Kräfte untermauert wird. Sie bilden den Kern zur Schaffung eines sicheren Umfeldes als Voraussetzung für den zivilen Aufbau. Die deutschen PRT befinden sich in Kunduz und Feyzabad und genießen aufgrund Ihrer sehr erfolgreichen Arbeit hohes Interesse und breite Akzeptanz auch wenn wiederholt durch Selbstmordanschläge versucht wird, unser Engagement in Frage zu stellen, wie bei dem letzten Anschlag vom 20.10.08, bei dem zwei junge Soldaten gefallen sind.

Meine Damen und Herren,

aber wie geht es weiter in Afghanistan?

Auch zukünftig wird das deutsche Engagement der vielzitierten Erkenntnis aus dem aktualisierten Afghanistankonzept der Bundesregierung folgen, dass es ohne Sicherheit keinen Wiederaufbau und keine Entwicklung, aber auch ohne

Wiederaufbau und Entwicklung keine Sicherheit geben kann. Dazu müssen wir noch besser als in der Vergangenheit zivile Wiederaufbau- und Entwicklungsmaßnahmen sowie militärische Maßnahmen aufeinander abstimmen. Hier liegt wahrscheinlich ein ganz entscheidender Schlüssel für den Erfolg in Afghanistan.

Der unverändert hohe Erwartungsdruck gegenüber Deutschland, sowohl in Afghanistan als auch in der NATO, wird zukünftig nicht von der Tagesordnung verschwinden. Das Spannungsfeld zwischen militärischen Wünschen einerseits und der politischen Realisierbarkeit auf der anderen Seite wird weiterhin bestehen bleiben.

Mit der neuen Mandatsobergrenze von 4.500 Soldaten, die vor einem Monat beschlossen wurde, haben wir mehr militärische Flexibilität gewonnen. Flexibilität, die es uns erlaubt, auch in Zukunft handlungsfähig zu bleiben und dort Kräfte zu verstärken, wo das wegen der Sicherheitslage, der anstehenden Wahlen oder notwendiger zusätzlicher Fähigkeiten geboten ist. Gerade um diese Flexibilität auch kurzfristig gewährleisten zu können brauchen wir auch unsere Reservisten, die uns hier durch Ihr Engagement unterstützen.

Die NATO-Verteidigungsminister haben am 10. Oktober 2008 in Budapest auf Bitte des afghanischen Verteidigungsministers Wardak die Rolle von ISAF im Bereich der Drogenbekämpfung im Rahmen des bestehenden Operationsplans erweitert. In Zukunft soll ISAF auf Anfrage und zur Unterstützung der afghanischen Behörden gezielt gegen Einrichtungen und Unterstützer der afghanischen Drogenindustrie vorgehen können. Aus unserer Sicht sollte auch der Kampf gegen die Drogen ein afghanisches Gesicht behalten. Nur so erzeugen wir Nachhaltigkeit. Dementsprechend werden wir die afghanischen Kräfte in unserem Verantwortungsbereich wie bisher unterstützen.

Ich denke nicht, dass das Abbrennen von Mohnfeldern allein weiterführt, sondern dass wir den Menschen eine Alternative anbieten müssen. Aber wenn es konkret gegen Drogenlabore oder Handelswege geht, dann müssen die afghanischen Kräfte die Unterstützung von ISAF haben. [Quelle: Ministerinterview in der Süddeutschen Zeitung vom 25.09.2008.]

Unstrittig ist auch, dass eine Lösung der Probleme in Afghanistan eng mit der Entwicklung in Pakistan und dem Verhältnis beider Länder zueinander verbunden ist. Dieses Verhältnis unterliegt unverändert erheblichen Schwankungen. Deutschland bemüht sich daher unablässig, gemeinsam mit seinen internationalen Partnern, eine Lösung der Probleme Afghanistans in einem regionalen Ansatz zu suchen, der die Nachbarländer, allen voran Pakistan mit einschließt.

Meine Damen und Herren, gerade am ISAF-Einsatz wird deutlich, wie gefährlich und komplex unsere heutigen Einsätze sind. Und das gegen einen Gegner, der häufig nur schwer zu identifizieren und damit schwer zu stellen ist. Hier zeigt sich aber auch, dass uns der Einstieg in die einsatzorientierte Neuausrichtung der Bundeswehr erfolgreich gelungen ist. Einen wesentlichen Anteil daran haben auch unsere Reservisten – ich erwähnte es bereits. Die Herausforderung der nächsten Jahre wird es sein, diese von der Bundeswehr dringend benötigten Reservisten für ein Engagement zu gewinnen.

So ist es meine Absicht, mehr Maßnahmen zu ergreifen, um ausscheidende Zeit- und Berufssoldaten verstärkt für eine Beorderung motivieren zu können. Eine Möglichkeit liegt darin, Reservisten zunehmend als Seiteneinsteiger

mit höherer Qualifikation für die Bundeswehr zu gewinnen. Gerade diesem Ansatz kommt vor dem Hintergrund der abnehmenden Zahl ausscheidender Soldaten eine erhöhte Bedeutung zu. Es gilt, diesen Weg zu öffnen, um insbesondere das Potenzial der ehemaligen Grundwehrdienstleistenden zu erschließen. Dabei benötigen wir diese ehemaligen Soldaten weniger mit ihrem Fähigkeitsprofil aus dem Grundwehrdienst, sondern eher mit Blick auf ihre anschließend erworbenen zivilen Qualifikationen.

Wir mussten jedoch in der Vergangenheit feststellen, dass die neue Rolle, welche die Reservisten für die Bundeswehr spielen, noch längst nicht überall bekannt ist. Vielfach herrscht noch ein Bild von der Bundeswehr, das auf eigene, lange zurück liegende Erlebnisse oder auf Anekdoten beruht und mit den heutigen Anforderungen nichts mehr zu tun hat. Deswegen ist es besonders wichtig, dass wir alle Informations- und Kommunikationskanäle nutzen, um dieses neue Bild des Reservisten und seine Bedeutung für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr bekannt zu machen. Hier zähle ich auf Sie meine Damen und Herren.

Wir benötigen die Reservisten aber ebenfalls als Mittler in unsere Gesellschaft. Mit der verringerten Präsenz der Bundeswehr in der Fläche und dem Wegfall der großen Übungen wird die Bundeswehr immer weniger unmittelbar wahrgenommen. Nur mit Hilfe von Reservisten kann die Bundeswehr mit ihren Aufträgen die erforderliche Akzeptanz und Anerkennung in der Bevölkerung finden.

Kameraden,

über acht Millionen Reservisten trugen in den zurückliegenden Jahrzehnten dazu bei, den Schutz unserer Heimat – und hier schließt sich der Kreis zu meinen Ausführungen zu Beginn – wirkungsvoll und sichtbar zu gewährleisten. Nur durch die Reserve in den aktiven, aber vor allem in den zahlreichen nichtaktiven Truppenteilen, hätten wir im Bedarfsfall rasch auf den Verteidigungsumfang aufwachsen können.

Es ist legitim, die Wehrpflicht in Frage zu stellen. Aber ist es klug, dies zu tun? Ein freiheitlicher Staat darf nur dann Opfer von seinen Bürgern verlangen, wenn diese rational und nachprüfbar geboten sind. Die Wehrpflicht ist also kein allgemeingültiges ewiges Prinzip, sondern sie ist immer auch von der konkreten Sicherheitslage abhängig. Ihre Beibehaltung bzw. Weiterentwicklung muss folglich sicherheitspolitisch begründet werden können.

Derzeit ist die primäre und wahrscheinlichste Aufgabe der Bundeswehr die internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus. Wir schicken in diese Auslandseinsätze keine Grundwehrdienstleistenden, da ihr neunmonatiger Wehrdienst keine ausreichenden Ausbildungs- und Einsatzzeiträume zulässt. Wehrpflichtige sind und bleiben aber fester Bestandteil der Streitkräfte und tragen damit wesentlich zur Einsatzfähigkeit der Bundeswehr bei.

Sie leisten ihren Dienst in den Unterstützungskräften, wo sie in vielfältigen Funktionen dringend benötigt werden und die ansonsten durch Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit wahrgenommen werden müssten. Sie unterstützen bei der Ausbildung der Einsatzkontingente, entlasten die Einsatzkräfte von Routineaufgaben und stellen deren Funktionsfähigkeit in den Phasen zwischen den Einsätzen sicher. So tragen auch die Grundwehrdienstleistenden, obwohl sie an Auslandseinsätzen nicht unmittelbar teilnehmen, entscheidend zur internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung als dem derzeit primären Auftrag der Bundeswehr bei.

Das Argument, die Grundwehrdienstleistenden seien dafür ungeeignet und deswegen auf die Wehrpflicht zu verzichten,

weil nur so langfristig die neuen Aufgaben der Streitkräfte strukturell zu bewältigen seien, ist irreführend. Das Gegenteil ist vielmehr richtig. Nur über die hohe Zahl der Grundwehrdienstleistenden, die freiwillig ihren Wehrdienst verlängern, kommen wir mit vertretbaren finanziellen Mitteln an einen Teil unseres hervorragend qualifizierten Personals. Ohne sie wäre die hohe Zahl der Auslandseinsätze nicht dauerhaft durchzuhalten.

Auch heute, wo der internationale Einsatz unser Handeln maßgeblich mitbestimmt, bleibt die klassische Landesverteidigung im Bündnisrahmen weiterhin zentrale Aufgabe der Bundeswehr.

Die Grundwehrdienstleistenden sind ein wichtiges Fundament der Streitkräfte bei der Hilfeleistung bei Natur- und humanitären Katastrophen sowie besonders schweren Unglücksfällen. Weder die Einsätze an Oder und Elbe noch die Unterstützungsleistungen bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 wären ohne unsere Grundwehrdienstleistenden in diesem Umfang zu schultern gewesen.

In den vergangenen fünf Jahrzehnten war die Kombination aus Grundwehrdienstleistenden, Reservisten sowie Zeit- und Berufssoldaten der entscheidende Garant für eine umfassende gesellschaftliche Integration der Streitkräfte und für hohes militärisches Leistungsvermögen. Das schließt nicht aus, dass wir die Wehrpflicht in Zukunft sinnvoll modifizieren und intelligent modernisieren müssen, wenn sich der Anpassungsbedarf ergibt. Davon abgesehen: Eine Freiwilligenarmee ist unter dem Strich nicht effektiver, aber erheblich teurer, wie der Blick auf europäische Partner (z.B. Frankreich) zeigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die Bundeswehr versteht sich als eines von vielen, aber als das entscheidende Instrument deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Um hier eine erfolgreiche Rolle spielen zu können, ist leistungsfähiges, motiviertes und gut ausgebildetes Personal von größter Bedeutung. Neben unserer aktiven Truppe haben wir mit den Wehrpflichtigen und den Reservisten ein großes Potenzial, das aber kontinuierlich und immer wieder neu erschlossen werden muss.

Entscheidend ist dabei, dass wir zusammen mit den Zeit- und Berufssoldaten unsere Einsatzfähigkeit ohne Einschränkungen sicherstellen und – an den wahrscheinlicheren Szenarien – ausrichten sowie kontinuierlich weiterentwickeln. Von großer Wichtigkeit bei diesem Prozess ist, dass wir auf den entsprechenden Rückhalt auch bei unserer Bevölkerung bauen können. Umso wichtiger sind deshalb Veranstaltungen wie dieser Kongress, denn hier wird sozusagen das Fundament für unser Handeln gelegt und in die Öffentlichkeit transportiert.

## Wehrpflichtige

- bleiben fester Bestandteil der Streitkräfte
- gewährleisten die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr
- sind das Potenzial für qualifizierten Nachwuchs
- sind das Fundament der Streitkräfte bei der Hilfeleistung bei Katastrophen
- sind Garant für eine umfassende gesellschaftliche Integration

Franz Schmidberger, ein deutscher Publizist sagte einmal: "Erfolg ist ein Mosaik, an dem sich viele beteiligen." In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre bisherige Arbeit und bitte Sie, weiterhin offensiv die sicherheitspolitischen Fragestellungen in die öffentliche Diskussion einzubringen und für das dringend notwendige Engagement der Reservisten in und für die Bundeswehr zu werben.



Tische mit Schreibmöglichkeit bis in die letzte Reihe: Als Multiplikatoren haben die Teilnehmer die Kongressinhalte weiter zu geben, auch schon vor Verteilung dieser Dokumentation



Nachteilig wirken sich die Tische beim Abstand zum Redner aus und der damit verbundenen Erkennbarkeit der Präsentationen.

# Johann Berger Bundeswehr im Friedenseinsatz



Einsätze (Ausland)  
EUFOR - KFOR - ISAF - NRF/EUBG  
Kräfte - Mittel - Dienstleistungen

- Logistik
- Feldjäger
- Feldlagerbetrieb
- Kampfmittelbeseitigung
- CIMIC-Personal
- Spezialisten
- Familienbetreuung

Die Kräfte unseres WBK unterstützen aber nicht nur bei Auslandseinsätzen, sondern sind auch im Inland. Mobile Logistikkräfte im Verbund mit den bereits angesprochenen ortsfesten logistische Einrichtungen – Depots – gewährleisten die logistische Versorgung der Bundeswehr im Grund- oder Friedensbetrieb. Neben der Logistik gehört zu diesem Servicepaket ebenfalls die Ausbildung unserer Militärkraft-

fahrer, die Ausbildung in Fachschulkompanien, der Betrieb von Truppenübungsplätzen sowie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Präsident Beck,  
sehr geehrter Herr General Dora,  
sehr geehrte Herren Landesvorsitzende des VdRBw  
und der GfW,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

es ist mir eine Freude und Ehre hier zu Teilaspekten meines Aufgabenbereichs, nämlich der Umsetzung der Reservistenkonzeption in Süddeutschland, vortragen zu dürfen. Dies soll anhand eines aktuellen Sachstandes zu Fragen der territorialen Aufgaben und der Reservistenarbeit im Wehrbereich IV Süddeutschland erfolgen. Schließlich werde ich an der einen oder anderen Stelle auch meine Erfahrungen nach einem Jahr und einem Monat als Stellvertretender Befehlshaber anreißen.

Ich komme damit zu den Aufgabenfeldern des Wehrbereichskommando IV, die ich ihnen kurz vorstellen möchte: es beginnt mit der Bereitstellung von Personal, Material und Dienstleistung für Stabilisierungsoperationen, also für Einsätze und für einsatzgleiche Verpflichtungen z.B. im Rahmen der NRF (NATO Response Force) und der EUBG (European Union Battle Groups). Im Schwerpunkt handelt es sich um logistische Unterstützung, aber auch die anderen hier aufgeführten Aufgaben werden von Soldaten unseres WBK im Einsatz wahrgenommen.

#### Service/Logistik (Inland)

- Logistik im Grundbetrieb
- Kraftfahrgrundausbildung
- Fachschulausbildung
- Truppenübungsplatzbetrieb
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Last but not least gehört zum Aufgabenpaket unseres WBK als dritte Säule der Bereich der territorialen Aufgaben mit seinen Themenstellungen. Dies soll hier im Nachfolgenden der Schwerpunkt sein.

#### Territoriale Aufgaben (Inland)

- Zivil-Militärische Zusammenarbeit
- Katastrophenhilfe
- Host Nation Support
- Feldjägersdienst
- Reservistenarbeit

#### Rechtliche Grundlagen

Gegenüber den Zuständen bei der Flutkatastrophe Hamburg im Jahr 1962 sind die rechtlichen Grundlagen nach jenem nun schon Jahrzehnte zurückliegenden Großschadensereignis grundsätzlich geregelt.

Die heutigen Ebenen der zivil-militärischen Zusammenarbeit ZMZ gliedern sich militärisch in Streitkräfteunter-

---

Brigadegeneral Johann Berger ist seit September 2007 Stellvertretender Befehlshabers im Wehrbereich IV. 1971 Eintritt in die Bundeswehr bei 5./GebJgBtl 231, Bad Reichenhall; 1976 Zugführeroffizier bei 3./GebJgBtl 231, Bad Reichenhall; 1977 Zugführeroffizier bei 5./GebJgBtl 231, Bad Reichenhall; 1980 Kompaniechef 2./GebJgBtl 231, Bad Reichenhall; 1984 Lehrgang Generalstabdienst; 1986 G 2 Op, Stab II. Korps, Ulm; 1987 G 3, Stab GebJgBrig 23, Bad Reichenhall; 1990 Kommandeur GebJgBtl 232, Bischofswiesen/Strub; 1991 Referent bei Fü H IV, Bonn; 1993 Lehrgangsleiter Generalstabsausbildung bei der FüAk, Hamburg; 1995 Chef des Stabes WBK VIII/14. PzGrenDiv, Neubrandenburg; 1997 Besuch US-Army War-College, Carlisle (USA); 1998 Brigadekommandeur GebJgBrig 23, Bad Reichenhall; 1999 Kommandeur der Brigade de Centre in RAJLOVAC/BOSNIEN; 2000 Beförderung zum Brigadegeneral; 2001 bis 2007 General der Infanterie und Kommandeur der Infanterieschule Hammelburg.

stützungskommando SKUKdo, Wehrbereichskommando WBK, Landeskommando LKdo, Bezirksverbindungs-kommando BVK und Kreisverbindungskommando KVK.

Ebenen der Zusammenarbeit bei ZMZ		
1	SKUKdo	ressortübergreifend
4	WBK	Bundesland übergreifend
16	LdKdo	Bundesland
31	BVK	Regierungsbezirk
426	KVK	Landkreis, kreisfreie Stadt

Wie unschwer zu erkennen, liegt dabei der praktische Schwerpunkt auf den Ebenen der Bundesländerverantwortlichkeiten und auf militärischer Seite bei den genannten Kommandos. Diese Arbeit stützt sich größtenteils auf die Verfügbarkeit adäquat ausgebildeter und eingesetzter Reservisten.

Das militärische Umfeld, das sich für das WBK IV darstellt, ist charakterisiert durch mittlerweile fast bundeswehrrfreie Räume, wie bspw. Oberfranken, Niederbayern oder auch große Bereiche Baden-Württembergs.

Nach Stand August 2007 waren in Baden-Württemberg 23.900 Soldaten an 29 Standorten mit Standortbereich und acht alliierten Standorten stationiert, in Bayern 41.000 Soldaten an 45 Standorten mit Standortbereich und elf alliierten Standorten.

1975 waren in Süddeutschland zwölf Kampfbrigaden, fünf Divisionskommandos, ein Territorialkommando, zwei Wehrbereichskommandos, 20 Verteidigungsbezirkskommandos mit zahlreichen Verteidigungskreis-kommandos stationiert, in 2008 nur noch drei Kampfbrigaden und drei – künftig zwei – Divisionskommandos. Bundeswehrlere Räume nehmen zu, was Konsequenzen in der öffentlichen Wahrnehmung haben wird.

Jetzt der Blick auf die existierende territoriale Führungsorganisation im WB IV. Diese territoriale Führungsorganisation wurde im ersten Halbjahr 2007 grundlegend transformiert und folgte den zivilen föderalen Strukturen. Die 151 Verbindungskommandos bestehen aus jeweils zehn nichtaktiven Soldaten, es sind also mehr als 1500 Reservisten in dieser territorialen Führungsorganisation eingesetzt.

In Baden-Württemberg sind dies vier BVK für die vier Regierungspräsidien mit 44 KVK für 44 Landkreise oder kreisfreie Städte; in Bayern sieben BVK für sieben Regierungen mit 96 KVK für 96 Landkreise oder kreisfreie Städte. Hierbei stehen die FwRes, StOffzRes als Unterstützungselemente zur Verfügung, künftig noch durch drei Wallmeistertrupps verstärkt.

Aus meiner Beobachtung heraus, habe ich das Gefühl, dass die doch anfängliche Skepsis, sowohl im zivilen als auch im militärischen, einer sachlich nüchternen Betrachtung gewichen ist, die die sehr wohl erreichbare Funktionsfähigkeit erkannt und anerkannt hat.

Der Stand der Ausbildung der Beauftragten der Bundeswehr für die zivil-militärischen Zusammenarbeit im WB IV stellt sich wie folgt dar:

	Bedarf	ausgebildet
Ersteinweisung	1.510	85 %
Selbststudium	1.510	78 %
Seminar ZMZ Inland	604	19 %
ZentrAusb StOffz	604	62 %
DezentAusb Offz/Uffz	906	77 %
Regionaleinweisung	1.510	70 %

Die Ausbildung in der Truppe ist also im Plan, Nachholbedarf besteht bei der Ausbildung in zentralen Ausbildungseinrichtungen.

Die Ausbildung der Angehörigen der BVK/KVK beruht auf Befehlen aus Anfang 2006 und hat im Laufe 2006 begonnen. Zum 31.10.2008 ist nach Meldung der beiden LKdo der hier vorliegende Stand erreicht.

Im Wesentlichen ist fest zu stellen: Die Spalte Ausbildungsbedarf umfasst den Gesamtausbildungsbedarf auf Ebene WBK IV je Ausbildungsmodul. Basis für den Prozentsatz der bereits ausgebildeten Angehörigen der BVK/KVK ist der Gesamtausbildungsbedarf. Bei Vernachlässigung der bisher nicht besetzten Dienstposten liegt die erreichte Ausbildungsquote höher, wird hier aber bewusst nicht dargestellt, da das reine Augenwischerei ist und die noch zu erbringende Ausbildungsanstrengungen verschleiert.

Auffällig ist die geringe Quote bei den durch das Personalamt der Bundeswehr verfügbaren Lehrgangs- bzw. Seminarplatzzuweisungen für StOffz. Das Problem ist nicht die Ausbildungskapazität der Ausbildungseinrichtungen, diese wird wegen der Prioritätensetzung für andere WBK für WBK IV Ende 2008 voraussichtlich steigen. Das Problem ist vielmehr der zeitliche Aufwand für die Reservisten, die nicht immer für die beiden Ausbildungen zehn Tage zur Verfügung stehen.

Beide LKdo melden regelmäßig übereinstimmend, dass der Fortschritt der Ausbildung gemäß ihrer Planung verläuft. Unabhängig davon wird die Ausbildung Ende 2008 jedoch absehbar nicht abgeschlossen sein können und in 2009 einschließlich der ersten Maßnahmen zur Regeneration durch Personalfluktuationen fortgesetzt werden müssen.

In den folgenden Auflistung können Sie sehen, welches Aufgabenspektrum die Katastrophenhilfe in Süddeutschland umfasst:

#### Allgemeine Hilfeleistungen

- Bereitstellen von Personal für Arbeitseinsätze jeglicher Art
- Beseitigung von Trümmer / Bäumen
- Beseitigung von Einsturzgefahren
- Personentransporte
- Bereitstellen von Transportmittel
- Materialtransporte

#### Logistische Unterstützungen

- Bekleidung
- Lufttransport
- Notunterkünfte
- Verpflegung / Wasser
- Straßentransporte
- Verladung von Material

#### Bereitstellen von Spezialkräften und -geräten

- Lufttransportkräfte und Heeresflieger
  - Erkundung
  - Rettungsdienst aus der Luft
  - Lufttransporte
  - Waldbrandbekämpfung
- Feldjäger
  - Unterstützung Polizei
  - Verkehrsregelung
  - Absperrungen

Beim Waldbrand am Thumsee nahe Bad Reichenhall kamen von 13.04. bis 15.04.07 auch leichte und mittlere Transporthubschrauber der Bundeswehr zum Einsatz.

Einsätze	Samstag	Sonntag	Kapazität
MTH	155	113	5000 l
LTH	100	60	500 l

Die Löschwassermenge betrug insgesamt etwa 3 Millionen Liter, davon brachte die Bundeswehr 1,42 Millionen Liter ein.

Weitere Hilfeleistungen mit Beteiligung des WBK IV erfolgte bei der Bombendrohung im Bundeswehrkrankenhaus Ulm/Donau am 16.07.2007. Der Ablauf der gesamten Operation erfolgte in drei Phasen:

1. Evakuierung von 13:30 bis 14:45 Uhr unter der Leitung des Bundeswehrkrankenhauses
2. Durchsuchung des gesamten Bundeswehrkrankenhauses von 15:15 bis 20:20 Uhr unter der Leitung der Polizei mit Beteiligung der Feldjäger
3. Rückverlegung aller Patienten und des Krankenhauspersonals von 20:20 bis 23:30 Uhr wieder unter der Leitung des Bundeswehrkrankenhauses

Die Gesamtstärke der Bundeswehrhilfe beim Bundeswehrkrankenhaus betrug

- 171 Soldaten, zuzüglich 30 Soldaten in den einzelnen Unterstützungszellen sowie 11 Sprengstoffhunde,
- 215 Soldaten in Bereitschaft
- 41 Kfz (darunter Krankenkraftwagen, Feldjägersfahrzeuge, Lkw 5to, Klein Kfz, Lkw 2to, Gabelstapler)

Beim Großbrand in der Schredderanlage Herbertingen am 31.08.-01.09.2007 kam ebenfalls die Bundeswehr zum Einsatz:

30.08.07 17:05	Alarmierung Beauftragte Landkreis Sigmaringen
30.08.07 19:00	Beginn der Hilfeleistung vor Ort
30.08.07 23:20	nach Anforderung durch KVK SIG weitere Unterstützung durch Flugfeldlöschfahrzeuge aus Laupheim
31.08.07 10:00	Großbrand unter Kontrolle
31.08.07 19:20	Rückverlegung der Kräfte aus Laupheim
01.09.07 11:30	Rückverlegung erster Teile von TrÜbPIKdt Heuberg
01.09.07 15:00	Einsatz der restlichen Kräfte beendet, Beginn der Rückverlegung

Es waren insgesamt 31 Bundeswehrangehörige mit fünf Lösch- und drei Materialfahrzeuge im Einsatz.

Um die ZMZ effizienter zu gestalten sind ab dem Jahr 2010 insgesamt 16 sogenannte ZMZ-Stützpunkte verschiedener Ausprägungen geplant, die in bereits bestehenden Verbänden die Komponente ZMZ mit einbinden:

- 5 ZMZ-Stützpunkte Pionier
- 2 ZMZ-Spezialstützpunkte ABC-Abwehr
- 9 ZMZ-Spezialstützpunkte Sanitätswesen

Für Baden-Württemberg sind dies das ABCAbwRgt 750 in Bruchsal und das LazRgt 41 in Ulm, dazu grenznah das SpezPiBtl 464 in Speyer und das GebSanRgt 42 in Kempten.

Inhalte und Schwerpunkte des Territorialen Übungskonzepts des WBK IV entwickeln sich methodisch. So waren bei der Führungsübung Territoriale Aufgaben 2006 Führungsverfahren und Zuständigkeiten in neuer territorialer Führungsorganisation in Seminarform zu entwickeln. Im Folgejahr wurde bei Führungsübung Territoriale Aufgaben 2007 "TERREX 07" im Rahmen eines Hochwasserszenarios in einer Stabsrahmenübung die neue Führungsorganisation und die neuen Führungsverfahren überprüft und eingeübt. Dem folgte Führungsübung Territoriale Aufgaben 2008 "TERREX 2008" im Rahmen eines Waldbrandszenarios. Über zwei Führungsebenen und mit einem praktischen Anteil wurden Möglichkeiten und Fähigkeiten militärischer und ziviler Kräfte und Mittel bei einem Waldbrandeinsatz erprobt. In Baden-Württemberg lag hier der Schwerpunkt im Schwarzwald. Im kommenden Jahr ist "Terrex 09" als Planuntersuchung in multinationaler Zusammenarbeit mit unseren österreichischen und schweizerischen Nachbarn angedacht. Das Szenario ist noch nicht festgelegt.

Zweck der Übung TERREX 08 war es, im Rahmen der Territorialen Aufgaben der Bundeswehr anhand einer Naturkatastrophenlage die Führungsverfahren der militärischen Katastrophenhilfe auf Ebene WBK und LKdo zu üben, die Stabsarbeit in den Lagezentren weiter zu professionalisieren und die Zusammenarbeit zwischen den militärischen und zivilen Ebenen zu intensivieren.

Daraus abgeleitet ergaben sich folgende Übungsziele:

- Beherrschen und lagebezogenes Anwenden des Führungsprozesses in seiner Gesamtheit, also
  - Anwenden der Verfahren zur Lagefeststellung,
  - Vorbereiten, Planen und Durchführen von militärischen Einsätzen im Rahmen der Hilfeleistung bei Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen,
  - Koordinierung von Kräften im Hilfseinsatz, Befehlsgebung und Kontrolle
- Festigen der Strukturen (Pers/Mat) im Lagezentrum WBK IV und Operationszentrum LKdo Baden-Württemberg und Bayern
- Überprüfen der Kompatibilität von Maßnahmen, Mitteln und Verfahren auf militärischer und ziviler Seite,
- Überprüfung der Mittel zur Lagedarstellung und Übermittlung,
- Beurteilung von Unterstützungsanträgen der zivilen Seite.

Zum 01.12.2008 tritt die 5. Änderung des Krisenreaktions- und Alarmplans der Bundeswehr in Kraft. Wesentliche Neuerung dieses Änderungsdienstes ist die Einbindung der Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit Inland sowie die Einbindung der drei Stufen des militärischen Katastrophenalarms KATAL. Mit der Auslösung einer Stufe des militärischen KATAL durch die zuständige territoriale Kommandobehörde haben sich alle regional betroffenen Truppenteile und militärischen Dienststellen der Bundeswehr auf einen Hilfeleistungseinsatz einzustellen.

In der ZDv 20/3 im Kapitel 5 Hilfeleistungen im Innern findet sich unter 501. der Grundsatz: "Bei Bedarf können Personen, die sich schriftlich zu Hilfeleistungen im Innern



bereit erklärt haben ... einberufen oder herangezogen" werden. Dazu ist ein aufschiebend bedingt wirksamer Einberufungsbescheid konzipiert. Der Befehl des Streikräfteunterstützungskommandos zur Handhabung ist inzwischen erlassen und vom WBK IV umgesetzt. Die Wehrrechtsänderung erfolgt, die Nutzung ist auch bei Übungen möglich. Die Aktivierung ist Aufgabe der Landes- bzw. Sanitätskommandos; gemäß verfassungsrechtlicher Prüfung ist Zustimmung des WBK erforderlich.

### Übungstätigkeit

Die Anzahl der Bundeswehrübungen ist im Vergleich mit den Vorjahren unverändert hoch, während bei US-Übungen seit 2003 ein Rückgang um die Hälfte zu verzeichnen ist. Dadurch ist eine Entzerrung der Übungstätigkeit und eine daraus resultierende Entlastung festzustellen. Konkret ist dies durch die Verlegung der 1. (US) InfDiv in die Vereinigten Staaten vor allem in Unterfranken im "Übungsraum" der Infanterieschule und des VNAusbZBw spürbar.

Durch Verlegung der Einsatzausbildung der US-Streitkräfte auf die Übungsplätze Hohenfels und Grafenwöhr ist eine weitere Verringerung der Übungstätigkeit im freien Gelände, vor allem in der nördlichen Oberpfalz, zu erkennen.

Etwa 80% aller Übungen sind Kleinübungen mit weniger als 100 Soldaten. Eine Sensibilisierung bei Behörden und der Zivilbevölkerung im Bereich Umweltschutz ist festzustellen.

Dadurch wird der Zivilbevölkerung ein Rückgang der Übungstätigkeit im WB suggeriert. Übungen mit hoher Präsenz und Belastung, wie beim Einsatz von Flugzeugen und Panzern, führen dann immer wieder zu vermehrten Rückfragen und Beschwerden. In letzter Zeit ist eine Häufung der Einwendungen von Seiten der Verwaltungsbehörden festzustellen. Immer wieder müssen Übungen umgeplant werden. Gründe hierfür sind meist Schutzgebiete nach EU-Richtlinien, die so nicht in deutschen Karten aufgeführt sind. Alle Einwendungen konnten durch die Truppe erfüllt werden ohne die Übungen absagen zu müssen.

### Reservistenarbeit

Die Landeskommandos Bayern und Baden-Württemberg haben mit Beginn des Jahres 2007 die Verantwortungen für die Freiwillige Beorderungsunabhängige Reservistenarbeit übernommen. Dieser Bereich grenzt sich von der Verwendungs- bzw. Beorderungsbezogenen Reservistenarbeit, die in Verantwortung aller Teilstreitkräfte und militärischen Organisationsbereiche steht, ab. Mitstreiter in diesem Arbeitsfeld ist, quasi als Schaltstelle zwischen der Bundeswehr und den Reservistinnen und Reservisten, der VdRBw. Entsprechend eng ist die Zusammenarbeit der Landeskommandos mit den dort verantwortlichen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern.

### Aufgaben FrwResArbeit

FrwResArb dient gemäß ZDV 20/3 dazu, Reservisten

- zu informieren,
- fortzubilden,
- zur Wahrnehmung ihrer Mittlerfunktion zwischen Bundeswehr und Gesellschaft zu motivieren und zu befähigen,
- entsprechend ihrer Qualifikationen für Beorderungen oder Unterstützungsleistungen für die Truppe zu gewinnen

Zusammen gilt es, diese Ziele der Freiwilligen Reservistenarbeit zu erreichen. Da wir - wie es der Name schon sagt - auch auf die Freiwilligkeit der Reservisten bauen müssen, sind natürlich auch deren vielseitige Interessen zu berücksichtigen und mit den eben genannten Zielen in Einklang zu bringen. Eine Aufgabe die, wie sie sich sicher vorstellen können, oft nicht einfach ist und viel Fingerspitzengefühl der Staboffiziere und Feldweibel für Reservistenangelegenheiten vor Ort erfordern.

### Die freiwillige Reservistenarbeit im WBK IV

Der Wehrbereich IV umfasst die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg, hat eine Ost-West-Ausdehnung von 440 km, in Nord-Süd-Richtung von 360 km oder als Flächenangabe 106.300 km<sup>2</sup>. In elf Regierungsbezirken leben 20,6 Millionen Einwohner, darunter 64.000 Soldaten in 74 Bundeswehr-Standorten, weitere 19 Standorte der Alliierten und etwa 50 Stationierungsorte mit Kleindienststellen.

Bundesweit - Stand Januar 2008 - hat der Reservistenverband 123.656 Mitglieder in 2.526 Reservistenkameradschaften. Im WBK IV - Süddeutschland bzw. in den Landesgruppen Baden-Württemberg und Bayern sind es 59.650 Mitglieder in 1.197 Reservistenkameradschaften, also 47 % oder fast die Hälfte der Verbandsmitglieder.

Im Vergleich zu 2004 ist in den letzten Jahren ein signifikanter Rückgang bei Mitgliedern und RK zu verzeichnen (jeweils zu Jahresbeginn:

	Baden-Württemberg		Bayern	
	RK	Mitglieder	RK	Mitglieder
2004	241	12.819	989	49.408
2005	246	12.588	997	49.281
2006	236	12.396	989	48.928
2007	217	11.964	982	47.355
2008	233	11.629	964	46.274

Der Rückgang bei den Mitgliederzahlen kommt im Wesentlichen durch Mitgliederbereinigung (Ausschluss von Nichtzahlern) zustande. Der Rückgang bei den RK ist auf die Zusammenlegung kleinerer RK mit größeren und die Auflösung von RK mit weniger als sieben Mitgliedern zurückzuführen. Trotzdem stellen Baden-Württemberg und Bayern immer noch 47% der Mitglieder des Reservistenverband.

Entwicklung der dienstlichen Veranstaltungen (DVag) im WBK IV:

	DVag	Teilnehmer
2005	710	33.469
2006	623	26.108
2007	673	24.296
	- 9 %	- 28 %

Im Vergleich 2005 zu 2007 ging die Zahl der DVag um 9 % zurück, die der Teilnehmer sogar um 28 %. Eine der Ursachen ist die Reduzierung der DVag durch Mittelpunktveranstaltungen. Auch positive Entwicklungen sind zu verzeichnen: die Zahl der DVag mit SiPol-Inhalten stieg von 2005 zu 2006 von 26 auf 28 leicht an.

Im Vergleich 2005 zu 2006 sank die Anzahl der Auslandsveranstaltungen von 65 auf 42 (minus 35 %) die Teilnehmerzahlen von 946 auf 397 (minus 58 %). Auslandsveranstaltung werden zunehmend nicht mehr in

DVag, sondern als VVag mit Uniformtrageerlaubnis durchgeführt. Die Teilnehmer müssen für die Kosten selbst aufkommen. Neue Chancen für die Reservistenarbeit ergeben sich, weil weniger auch mehr sein kann, wenn es gelingt, die quantitativen Einbußen in eine bessere Qualität umzumünzen.

Der Schrumpfungprozess des Reservistenverbandes dürfte sich zwar fortsetzen. Er kann aber gemindert werden, wenn jüngere und aktivere Mitglieder gehalten, die Nachwuchsgewinnung intensiviert wird und auch die Belange der beorderten Reservisten verstärkt bedacht werden. Imageverbesserung für die Reservisten und den Reservistenverband ist hierbei eine dauerhafte Aufgabenstellung.

Im Gegensatz zu anderen Fachbereichen und Aufgabenfeldern blieb die freiwillige Reservistenarbeit nach Übernahme durch die Landeskommandos nahezu unverändert. Die flächendeckende Struktur (drei StOffzRes und 33 FwRes) blieb erhalten und - nachdem es keine neue Aufgabe war - konnte mit dem vorhandenen Personal auch die Kontinuität sichergestellt werden. Die FwRes in der Fläche behielten weitgehend ihre Zuständigkeit, ihre Aufgaben und ihre Ansprechpartner.

Dies trifft im übrigen auch auf die Arbeitsstruktur des Reservistenverbandes zu. Hierbei lässt sich auch feststellen, dass die Zusammenarbeit zwischen dem militärischen Personal und dem Reservistenverband bewährt und professionell ist. Die personelle Besetzung sowie die materielle Ausstattung sind gut und für die Auftragsbefriedigung ausreichend.

Bedingt durch Standortschließungen wird die Durchführung von Veranstaltungen im Rahmen der FrwResArb auf immer weniger Standorte beschränkt. Entsprechend sind für die Teilnehmer immer weitere Anfahrtswege in Kauf zu nehmen. Neben den einhergehenden Belastungen für das Personal führt dies zu einem erhöhten Aufkommen von Reisekostenforderungen. Diese sind aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht konkret abzusehen und mit den verfügbaren Haushaltsmitteln in Relation zu setzen.

Damit einhergehend nehmen auch die unterstützenden Truppenteile für die FrwResArb ab. Hier gilt es, neue Arbeitsbeziehungen herzustellen und bereits bestehende, vor allem im teilstreitkraftübergreifenden Bereich, konstant zu pflegen. Zudem werden durch Verlagerung oder Bündelung von Dienstleistungen aus bzw. in der Truppe längere Planungszeiträume und gesicherte Planungsgrundlagen zur Vorbereitung von DVag notwendig. Dies steht im krassen Gegensatz zu der von vielen Arbeitgebern geforderten beruflichen Flexibilität ihrer Mitarbeiter - unserer Reservisten. Wenngleich sich dieses Spannungsfeld nicht auflösen lässt, wird seitens der Verantwortlichen der Bundeswehr und des Reservistenverbandes versucht, einander entgegenzukommen und organisatorisch vertretbare Lösungen zu finden.

Für die materielle Unterstützung der Veranstaltungen zur Förderung militärischer Fertigkeiten sind sogenannte "Mat-Pool" im Aufbau. Zuvor war sowohl die truppendienstliche Verantwortung als auch die Ausgabe, Verwaltung und Prüfung des Materials zu regeln.

Die Landeskommandos sind mit Befehl des SKUKdo von vorgestern angewiesen worden, eine vorgezogene Bestandsaufnahme der Materialpools zum 30. November zu melden.

Die Ausstattung eines der 37 MatPool ist wie folgt festgelegt:

FMFMat		
lfd. Nr.	Material	Anzahl
1	Doppelfernglas	6
2	Taschenlampe	20
3	Kartenmeldetasche	12
4	Feldfernsprecher	6
5	Feldkabel, Rolle	3
6	Axt	6
7	Klauenbeil	6
8	Kreuzhacke	6
9	Bindedraht, Rolle	6
10	Verbandpäckchen	50
11	Verbandpäckchen	50
12	Dreiecktuch	50
13	Winkerkelle	4
14	Spiegel mit Stiel	4

PersAusr		
lfd. Nr.	Material	Anzahl
15	Feldessbesteck	40
16	Feldessgeschirr	40
17	Esbitkocher	40
18	Feldflasche m. Tasche	40
19	Klappspaten m. Tasche	40
20	Kampfrucksack	40
21	Schlafsack	40
22	Zeltbahn m. Zubehör	40
23	Schulter- u. Hüftgurt	40
24	Mehrzwecktasche	40
25	Feldponcho	40

Material-Pools sind "buchungstechnisch" eingerichtet, aber noch nicht komplett ausgestattet. Das FMF-Material läuft ohne größere Probleme zu. Teilweise fehlen aber noch Feldfernsprecher, Feldkabelrollen und Klauenbeile. Die direkte Ausgabe der persönlichen Ausrüstung über die Servicestationen der LHBw verläuft noch schleppend. Engpassartikel sind hier Feldpocho und Klappspaten.

Für die Hilfeleistung im Inneren gibt es regionale Initiativen von Reservisten und Reservistinnen, deren Arbeit durch eine Modellerprobung begleitet werden soll, in den WB I, II und III durch die Bundeswehr und im WB IV durch den Reservistenverband. In Süddeutschland sind dies die RAG Katastrophenhilfe Oberpfalz, die RAG ABC-Schutz Mittelfranken und die RAG Katastrophenhilfe Rhein-Neckar-Odenwald.

Kameradschaftlich werden wir aber auch diese Herausforderungen meistern.

Meine persönlichen weiteren Beobachtungen ergeben sich durch

- Kontakte und Besuche bei den Landesgruppen Bayern und Baden-Württemberg des Reservistenverbandes
- Info-Besuche und Begleitung einzelner Veranstaltungen der beiden zusätzlichen Verbandsbereiche in Bayern: Bayerischer Soldatenbund 1874 e. V. und Bayerische Kameraden- und Soldatenvereinigung e.V.
- Gesprächsrunden mit Reservisten unterschiedlicher RK

- Info-Besuche und Gesprächsrunden mit den LKdo und ihrer nachgeordneten Zuständigen
- Quartalsweise Gespräche mit Reservisten im Rahmen zentraler Beförderungsfestern
- Anforderung des StvBefh als Vortragsredner oder Diskutant

Während sich die Stärke der Bundeswehr bei den aktiven Soldaten halbiert hat, ist der Einschnitt bei den beorderten Reservisten weit größer.

	1971	heute
aktive Soldaten	500 000	250 000
Ziviler Bereich	177 000	75 000
Reservisten	1200 000	95 000

Damit ist die nach außen wirksame "Man Power" deutlich und merklich reduziert. Immer weniger Soldaten sind uneingeschränkt in der Fläche verfügbar.

Die Transformation wandelte die Bundeswehr von einer Ausbildungsarmee in eine Einsatzarmee. Außer der NATO ist sie nun auch Teil der WEU, OSZE und der UN-Truppe. Statt flächendeckender Territorialverbände gibt es nun fünf ZMZ-Stützpunkte in Deutschland.

Der Wandel zeigt sich bei der Verpflegung. Statt Bundeswehrküchen versorgen nun Caterer und eigenoptimierte Zivilküchen. Der vormals schnelle Eigenzugriff wird durch die nunmehr erforderliche Voranmeldung verlangsamt, was nicht allein an der unflexiblen Zentralbeschaffung liegt. Auch die kostenmindernden Personalreduzierungen zeigen einschneidende Wirkungen.

Nicht nur Personal wurde reduziert, auch das Gerät wurde weniger oder bei Verschleiß nicht ersetzt. Fahrzeuge sind anzumieten und die Entscheidungsbefugnisse von Kommandeuren merklich geringer geworden. So können - zusammen mit den oben genannten Sachzwängen - immer weniger oder seltener Bundeswehresoldaten zivilen Bitten entsprechend eingesetzt werden.

In den Zeiten des Kalten Krieges gab es Sonderbestimmungen für das Militär. Dieser Sonderstatus wurde weitgehend zurückgenommen, auch wegen des steigenden Umfangs der hier einwirkenden EU-Gesetze.

Wirkungen haben hier nicht allein Soldatengesetz, Wehrdisziplinarordnung und Wehrstrafgesetz. Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitszeitbestimmungen mit dem Ausgleich mehrgeleisteten Dienstes sind zu beachten, ebenso der Umweltschutz mit den jeweiligen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinien und die Gefahrgutverordnungen. Hat man dies alles berücksichtigt, so gilt es auch die medialen Auswirkungen auf das Umfeld zu bedenken, denn auch die öffentliche Meinung wirkt hier ein.

Dies alles erleichtert unsere Arbeit zwar nicht, in der Summe bleibt aber eine positive Bilanz, wie GenMaj Gert Wessels, Befehlshaber im WBK IV in seiner Jahresweisung WBK IV 2009 feststellt: "...Die neue Territoriale Führungsstruktur in Süddeutschland ist konsolidiert, die Landeskommandos BY und BW sind bei ihren zivilen Ansprechpartnern anerkannt, ihre Leistungsfähigkeit wurde unter anderem bei der gemeinsamen Katastrophenschutzübung TERREX 08 unter Beweis gestellt."



Pausengespräch (v.l.): der Präsident Bund Deutscher Fallschirmjäger GenMaj a.D. Georg Bernhardt und der Stellvertretende Kreisvorsitzende der Kreisgruppe Ostwürttemberg-Alb-Donau StFw d.R. Rüdiger Scholz



Der Landesvorsitzende Oberstlt d.R. Michael Sihler (r.) im Gespräch mit Oberstlt i.G. Andreas Hoppe, dem Adjutanten des Stellvertretenden Generalinspektors



"Wird das Bild gedruckt?" – (v.l.) Oberstlt a.D. Karl-Heinz Flach, StUffz d.R. Ernst Straub und HptFw d.R. Colin Gimber von der Kreisgruppe Rhein-Neckar-Odenwald

Ekkehard Richter  
Operativer Bedarf an Streitkräften  
Für die Aufgaben der Bundeswehr  
„Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger“  
im Inland und subsidiäre  
„Hilfeleistungen bei Naturkatastrophen und schweren Unglücksfällen“  
Beurteilung und Vorschläge

1. Sicherheits- und verteidigungspolitischer sowie militärstrategischer Auftrag.

a) Die Vorgaben des Grundgesetzes für die Aufgaben und den Einsatz der Bundeswehr sind trotz der verschärften Lage durch internationale, terroristische Bedrohungen und Anschläge nicht verändert worden. So wurde das "Luft-sicherheitsgesetz" durch das Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig beurteilt.

Daher entsprechen Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr zwar dem derzeitigen Recht, aber nicht der aktuellen Bedrohungslage. In der politischen Diskussion wird die derzeitige Rechtslage von einer größeren Gruppe von Abgeordneten als grundsätzlich unzureichend beurteilt und eine Erweiterung der Kompetenzen der Bundeswehr insbesondere bei speziellen Einsätzen im Inland, die auf Grund der Fähigkeiten nur die Bundeswehr durchführen kann, und zur Unterstützung, wenn die dafür vorgesehenen Kräfte nicht ausreichen, als notwendig erachtet, da nach allgemeiner Beurteilung die äußere und innere Sicherheit derzeit und in Zukunft nicht mehr trennscharf zu unterscheiden sind.

Es ist auch festzustellen, dass ein umfassendes "Gesamt-sicherheitskonzept" der Bundesrepublik noch nicht erstellt ist. Das "Weißbuch 2006" hat als "Kompromisspapier" diese Lücke teilweise gefüllt, die "Verteidigungspolitischen Richtlinien" sind als Vorläufer und auch als eigenständiges Grundlagendokument des BMVg weiterhin gültig.

b) Grundlage für den Auftrag und die Aufgaben der Bundeswehr sind daher in erster Linie das Grundgesetz, die sicherheits- und verteidigungspolitischen Ziele Deutschlands in den Grundlagendokumenten sowie internationale Vereinbarungen und Verpflichtungen.

Das Grundgesetz legt fest, dass

- der Bund Streitkräfte zur Verteidigung aufstellt, 87a(1)
- Streitkräfte im Verteidigungs- und Spannungsfall die Befugnis haben, zivile Objekte zu schützen und Aufgaben der Verkehrsführung wahrzunehmen, 87a (3)
- Streitkräfte im Fall des Inneren Notstandes zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutz beim Schutze von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer eingesetzt werden können, 87a (4), 91
- Streitkräfte zur Nothilfe bei Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen eingesetzt werden können, 35 (2), (3).

c) Entsprechend werden im "Weißbuch" und in den "Verteidigungspolitischen Richtlinien" (VPR) Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr fast gleichlautend formuliert:

Auftrag der Bundeswehr

- die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands zu sichern,
- einen Beitrag zur Stabilität im europäischen und globalen Rahmen zu leisten,
- die nationale Sicherheit und Verteidigung zu gewährleisten und zur Verteidigung der Verbündeten beizutragen,
- die multinationale Zusammenarbeit und Integration zu fördern.

Die Bundeswehr hat folgende Aufgaben

- Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen internationalen Terrorismus,
- Unterstützung von Bündnispartnern,
- Schutz Deutschlands und seiner Bevölkerung,
- Rettung und Evakuierung,
- Partnerschaft und Kooperation,
- Subsidiäre Hilfeleistungen

d) Das "Weißbuch" führt aus, dass "internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus strukturbestimmend sind und die Fähigkeiten, Führungssysteme, Verfügbarkeit und Ausrüstung der Bundeswehr prägen".

Es wird weiter festgestellt, dass die Bundeswehr einen bedeutenden Beitrag zum Schutz Deutschlands und seiner Bevölkerung leistet und dass die Landesverteidigung unverändert zentrale Aufgabe der Bundeswehr bleibt. Es wird ausgeführt, dass "effiziente Landesverteidigung verlässliche regionale Strukturen sowie Zivil-Militärische Zusammenarbeit bei Nutzung vorhandener Kapazitäten" erfordert. Das "Konzept der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit wird fortentwickelt".

e) Die "Konzeption der Bundeswehr" (KdB) legte schon vor Herausgabe des "Weißbuches" wegen der begrenzten personellen und finanziellen Mittel Prioritäten für die Aufgaben und für die strukturelle Veränderung der Bundeswehrstruktur fest: "Die Aufgaben der Bundeswehr wurden neu gewichtet und Einsätze zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung – einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus – als die wesentlichen Beiträge der Bundeswehr zu einer umfassend angelegten deutschen Sicherheitspolitik definiert.

Ziel der Transformation der Bundeswehr ist die Verbesserung ihrer Einsatzfähigkeit. ... Alles, was dem nicht dient, ist nachrangig (Seite 5)".

Und weiter wird in der KdB festgeschrieben, dass "die konsequente Ausrichtung der Bundeswehr auf die

---

Generalmajor a.D. Ekkehard G. Richter ist Vorsitzender Beirat Freiwillige Reservistenarbeit.

Nach dem Abitur 1958 in Kassel trat er als Offizieranwärter beim FArtRgt 2 in die Bundeswehr ein. 1965-1967 BtrrChef im ArtLehrRgt, Idar-Oberstein. 1967-1969 FeuerleitOffz ArtBtl 5, Diez; 1959-1970 GenStAusb; 1970-1972 Ref für Heeresplanung, BMVg; 1975-1976 Kdr ArtBtl 195, Münster; 1976-1978 Adjutant stv GenInsp; 1978-1980 ChefStab 11. PzGrenDiv, Oldenburg; 1980 NATO Defence College, Rom; 1981-1982 RefLtr im FuH, BMVg; 1983-1986 Kdr PzGrenBrig 32, Schwanewede; 1986-1990 Beauftr für Erziehung und Ausb beim GenInsp; August/September 1990 Ltr VerbGrp Bw zum MAV/DDR zur Vorbereitung der Übernahme der NVA. 1990 Befehlshaber und Kommandeur Wehrbereichskommando VII/13. Panzergrenadierdivision Leipzig.

wahrscheinlichsten Einsätze im Rahmen von Konfliktverhütung und Krisenbewältigung als strukturbestimmende Aufgabe zu begreifen" ist und "durch den Aufbau zukunftsfähiger Elemente und den Abbau nicht mehr benötigter Strukturen eine konsequente Einsatzorientierung geschaffen" wird.

Die Priorität der Auslandseinsatzfähigkeit hat bei knappen Ressourcen zur Folge, dass für die dadurch nachrangigen Aufgaben der Bundeswehr, insbesondere für den "Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger" im Inland sowie für subsidiäre "Hilfeleistungen im Inland" keine oder nur verschwindend geringe Kräfte und Mittel vorgesehen werden.

## 2. Der operative Bedarf und die militärische Planung für diese Aufgaben

a) Durch die KdB werden die operativen Vorgaben für die Einsatzkräfte im Ausland nach Umfang und Qualität festgelegt.

Es wird festgestellt, "dass Kräfte und Mittel der Bundeswehr aus demselben, nur einmal vorhandenen Dispositiv bereitgestellt werden" können:

- Friedensstabilisierende Einsätze 70.000 Soldatinnen und Soldaten,
- Friedenserzwingende Maßnahmen 35.000 Soldatinnen und Soldaten,
- Unterstützungskräfte für diese Einsätze 147.500 Soldatinnen und Soldaten

Zur Bemessung des deutschen Beitrages zu multinationalen Operationen sind folgende Verpflichtungen gegenüber NATO, EU und VN zu berücksichtigen:

- Nato Response Force ca. 15.000 Soldatinnen und Soldaten,
- European Headline Goal bis zu 18.000 Soldatinnen und Soldaten,
- United Nations Standby Arrangements System bis zu 1.000 Soldatinnen und Soldaten und
- Evakuierungsoperationen bis zu 1.000 Soldatinnen und Soldaten.

b) Die VPR führt demgegenüber "zum Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger" aus, dass "die Bundeswehr künftig einen bedeutenden, zahlreiche neue Teilaufgaben umfassenden und damit deutlich veränderten Beitrag im Rahmen einer nationalen Sicherheitskonzeption" leisten wird.

Weiter wird festgestellt, dass die Bundeswehr "zum Schutz der lebenswichtigen Infrastruktur des Landes vor terroristischen und asymmetrischen Bedrohungen Kräfte und Mittel entsprechend dem Risiko bereithalten wird" und dass "Grundwehrdienstleistende und Reservisten dabei in ihrer klassischen Rolle, dem Schutz ihres Landes und ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger, zum Einsatz" kommen.

Die KdB setzt diese Forderungen nicht ausreichend um. Sie formuliert ausweichend, dass "zum Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger sowie für subsidiäre Hilfeleistungen im Inland ein angemessenes Fähigkeitspotenzial vorgesehen wird. Bei der Bereitstellung für Truppen im Ausland werden diese kritischen Ressourcen immer besonders sorgsam bewertet."

Damit stellen VPR und KdB fest, dass grundsätzlich ein operativer Bedarf an Kräften für diese Aufgaben im Inland besteht, eine quantitative Vorgabe für solche Kräfte wird aber nicht festgelegt.

So wurden in der Planung zunächst keine speziellen Kräfte vorgesehen und später nur ein äußerst geringer Kräfteinsatz für diese territorialen Aufgaben zugestanden. Ein

streitkräfteinterner Vorschlag zur Erweiterung der ZMZ-Stützpunkte wegen der dafür vorgesehenen unterdimensionierten Kräfte wurde nicht weiter verfolgt.

Das bedeutet, dass für einen Einsatz von Truppen im Inland zum "Schutz" und zur subsidiären "Hilfeleistung" sowie darüber hinaus für Sicherungsaufgaben bei militärischen Einrichtungen der Streitkräftebasis und für zivile Objekte im Inland in einer Bedrohungslage die dann erforderlichen Kräfte und Mittel durch die Kräfte gestellt werden müssen, die speziell für Einsätze im Ausland vorgesehen, strukturiert, ausgerüstet und ausgebildet sind.

So argumentierte man bei Nachfragen immer wieder, dass bei einem zwingend erforderlichen Einsatz der Bundeswehr im Inland, dann die Kräfte, die für Auslandseinsätze vorgesehen oder die dort schon eingesetzt sind, eben im Inland eingesetzt und dafür sogar aus dem Ausland zurückverlegt würden.

Dass dies bei gleichzeitigen und bindenden, internationalen Verpflichtungen kaum oder nur sehr begrenzt möglich sein dürfte, wird bei der Argumentation nicht ausreichend berücksichtigt. Daher sind grundsätzlich und bei einer Veränderung und Verschärfung der sicherheitspolitischen Lage keine ausreichenden Kräfte und Reserve zur Sicherheitsvorsorge für Deutschland und seiner Bevölkerung und damit für Aufgaben der Streitkräfte im Inland vorgesehen.

Welche Schwierigkeiten ein Fehl von Kräften für den Einsatz im Inland nach sich ziehen kann, zeigte sich, als die Bundeswehr Schutz- und Sicherungsaufgaben für Objekte von Truppen der Verbündeten in Deutschland übernehmen musste, die im Irakkrieg eingesetzt wurden. In Spitzenzeiten mussten bis zu 5.000 Soldaten aus Spezialfunktionen – auch aus Luftwaffe und Marine – herausgezogen werden, um als Wach- und Sicherungspersonal eingesetzt zu werden. Noch nach mehr als drei Jahren waren noch etwa 180 Soldaten für die Bewachung von drei US-Liegenschaften eingesetzt.

Auch schon bei den lokal und zeitlich sehr begrenzten Unterstützungsleistungen bei Hochwasser und Schneekatastrophen musste ausschließlich auf Einsatzkräfte zurückgegriffen werden, da keine speziellen Kräfte für diese territorialen Aufgaben verfügbar sind.

Wäre auch noch eine Verstärkung oder Ablösung bei längerer Dauer des Einsatzes notwendig geworden, so hätte dies wieder nur durch "Einsatzkräfte" erfolgen können, da auch keine "Reservekräfte" zur Erhöhung der Durchhaltefähigkeit zur Verfügung stehen, weil die derzeitige Struktur der Streitkräftebasis noch nicht einmal dafür Reserveverbände mit Gerät vorsieht.

Auch stehen meiner Kenntnis nach der Bundeswehr weder im Inland noch bei Auslandseinsätzen spezielle, operative Kräfte für reine Sicherungsaufgaben von Einrichtungen der Streitkräftebasis zur Zeit zur Verfügung.

Dieser allgemeine Mangel an Sicherungskräften zeigte sich z.B. gravierend beim Einsatz der Bundeswehr in Djibouti. Da keine speziellen Sicherungskräfte verfügbar waren, mussten diese aus den Einsatzkräften des Heeres gestellt werden, was zu Problemen führte.

Um diesen Mangel entgegen zu wirken, hat die Luftwaffe einen eigenen "Objektschutzverband" mit einem aktiven und einem nichtaktiven Bataillon vorgesehen und die Marine plant den Aufbau von "Marineschutzkräfte"(MSK) mit aktiven Kräften und einem nichtaktiven Anteil. Das Heer hat bei jedem Bataillon je eine "Einsatz- und Unterstützungskompanie" aufgestellt, die vor allem die Grundausbildung durchführt, aber auch für eigene Sicherungsauf-

gaben verfügbar ist. Darüber hinaus hat das Heer für elf Verbände "Ergänzungstruppenteile 2" vorgesehen, um die personelle Durchhaltefähigkeit sicherzustellen. Das Heer sichert sich nach dem Grundsatz, "jeder Truppenteil sichert sich selbst". Für Sicherungsaufgaben in der Streitkräftebasis oder für territoriale Aufgaben hat das Heer aber keine Kräfte vorgesehen, da dies nicht Aufgabe des Heeres ist.

Die Planung der Streitkräftebasis, in der je nach Lage ein erheblicher Bedarf an Sicherungskräften für Führungs- und Logistikeinrichtungen eintreten dürfte, sieht überhaupt keine eigenen aktiven oder nichtaktiven Sicherungskräfte vor.

Die ehemaligen "Heimatschutzbataillone", die man für solche Aufgaben im Rahmen der Transformation hätte umstrukturieren können, sind vollständig aufgelöst.

So ist zusammenfassend festzustellen, dass die Deckung des operativen Bedarfs für "Schutzaufgaben im Inland" – und auch für Sicherungsaufgaben der Streitkräftebasis im In- und Ausland – unzureichend ist, da der Bundeswehr spezielle Kräfte und Mittel in angemessenem und erforderlichem Umfang nicht zur Verfügung stehen, sondern der Bedarf nur durch Einsatzkräfte zu decken ist. Auch für die im Grundgesetz festgelegten Sicherungsaufgaben und für Maßnahmen der subsidiären Hilfeleistung sind keine speziellen Kräfte – auch nicht für eine Sicherheitsvorsorge – vorgesehen.

c) Die nationalen, territorialen Aufgaben der Bundeswehr im Inland wurden der "Streitkräftebasis" übertragen. Dieser Organisationsbereich verfügt zur Unterstützung der Auslandseinsätze vor allem über Kräfte für Führung, Fernmeldewesen, für Logistik sowie für Ausbildung und Verkehrsregelung.

Für die territorialen Aufgaben, die der Streitkräftebasis übertragen sind, sind nur hinlängliche Kräfte für die Aufgabe "Verbindung" vorgesehen, aber überhaupt keine Kräfte für "Sicherungsaufgaben" und nur äußerst geringe und nicht einmal für eine lokale Unterstützung ausreichende Kräfte für "subsidiäre Hilfeleistungen" im Inland.

(1) Für die territorialen Aufgaben wurde das aktive Personal der Führungs- und Verbindungsorganisation für die Zivilmilitärische Zusammenarbeit (ZMZ) noch weiter reduziert und zum größten Teil durch Reservisten ersetzt. Die Führungs- und Verbindungsorganisation wurde durch Auflösung aktiver Stäbe schon seit Jahren zusammengestrichen und im Zuge der Transformation weiter gekürzt.

So wurden

- die acht WBK auf vier, gleichzeitig Landeskommandos, reduziert und statt der bisher
- 27 VBK 16 Landeskommandos aufgestellt;
- die rund 300 VKK wurden schon vor Jahren aufgelöst;
- dafür wurden 441 ZMZ-Verbindungskommandos mit rund 5.200 Reservisten auf Bezirks- und Kreisebene aufgestellt.

Die dort eingesetzten Reservisten werden nur zeitlich begrenzt zur Verfügung stehen. Das sonst im BMVg verwendete Argument, dass "im Notfall nur aktive Kräfte wirkungsvoll eingesetzt werden können", gilt in diesem kritischen Bereich scheinbar nicht. So können nur durch den Einsatz von Reservisten die Verbindungen zu den zivilen Stellen in der ZMZ aufrecht erhalten werden.

Ob die Umschichtung der ZMZ-Aufgaben von aktiven Stäben auf Reservisten gerade in der Bezirks- und Kreisebene und in den "neuen" Ländern bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen über einen längeren Zeitraum ausreichend sein wird und ob auch langfristig bei dem Prinzip der "Freiwilligkeit" und noch zu lösenden Detailproblemen in Rechts-, Versorgungs- und Finanzierungsfragen

diese Lösung sich als zweckmäßig erweisen wird, muss sich erst noch zeigen. Unter Umständen muss überprüft werden, ob man in diesem Bereich nachsteuern muss. Jedoch kann festgestellt werden, dass der operative Bedarf der ZMZ-Verbindungen, wenn auch mit den dargestellten Schwächen, abgedeckt ist.

(2) Spezielle, aktive Kräfte der Streitkräftebasis für "Sicherungs- und Schutzaufgaben" sind nicht mehr vorgesehen und für subsidiäre "Hilfeleistungsaufgaben im Inland" sind nur sechs ZMZ-Stützpunkte in Zug-/Einheitsstärke vorgesehen. Alle noch vorhandenen, nichtaktiven territorialen Verbände in der Streitkräftebasis und im Heer wurden oder werden noch aufgelöst. Im Heer werden diese Truppenteile zu zwölf "Ergänzungstruppenteilen" – elf Bataillone und eine Einheit – ohne Gerät und Infrastruktur vorwiegend als Personalreserve zur Erhöhung der Durchhaltefähigkeit der "Einsatzkräfte" transformiert. Sie sind nur im Ausnahmefall für subsidiäre Hilfeleistungen im In- und Ausland vorgesehen, jedoch nicht für territoriale Sicherungsaufgaben.

Daher muss, wie schon oben dargelegt, für Maßnahmen der Sicherheitsvorsorge und bei umfangreichen Schutzaufgaben und Hilfeleistungen im Inland auf die Truppenteile zurückgegriffen werden, die für den Einsatz im Ausland oder für deren Unterstützung vorgesehen sind. Da die Masse dieser Kräfte bei umfangreichen Auslandseinsätzen gebunden ist, wird die derzeitige Struktur den Vorgaben der VPR und damit einer verantwortungsvollen Sicherheitsvorsorge für unser Land nicht gerecht.

Für einen möglichen Fall, bei dem die Einsatzkräfte für Aufgaben im Ausland weitgehend gebunden sind und gleichzeitig Schutzaufgaben und Hilfeleistungen im Inland notwendig würden, eine Lage, die sicher bei allen Unwägbarkeiten der Zukunft – wer hätte die deutsche Einheit und den schnellen Zusammenbruch des Warschauer Paktes vorausgesehen – nicht als abwegig abgetan werden kann, hat die Bundeswehr kein schlüssiges territoriales Konzept. Auch sind für diese Aufgaben keine auch nur hinlänglichen aktiven und nichtaktiven Mittel und Kräfte vorgesehen.

Für territoriale Aufgaben und subsidiäre Hilfeleistungen sind im Inland nach bisheriger Planung verschwindend geringe aktive und nichtaktive Kräfte vorgesehen. Von insgesamt 16 ZMZ-Stützpunkten sind zwei für ABC-Aufgaben, fünf für Pionier-Aufgaben und neun für San-Aufgaben vorgesehen, z.T. ohne Gerät, zumeist gekadert und etwa in Kompaniestärke. Fünf dieser ZMZ-Stützpunkte – zwei für ABC und drei für Pionier – liegen in der Verantwortung des Heeres.

So müsste die für territoriale Aufgaben verantwortliche Streitkräftebasis bei der Durchführung vor allem von Sicherungsaufgaben, aber auch für Nothilfeinsätze, auf Kräfte aller Teilstreitkräfte zurückgreifen, die aber vorrangig für Einsätze im Ausland strukturiert und vorgesehen sind. Dies mag bei kleineren, kritischen Lagen ausreichen. Die Deckung des Bedarfs an Kräften über einen längeren Zeitraum würde aber die Truppe bei umfangreichen Einsätzen im Ausland und einer gleichzeitigen Gefahren- oder Katastrophenlage im Inland sicher überfordern.

Aktive, teilaktive oder nichtaktive Kräfte für Sicherungsaufgaben eigener militärischer Objekte der Streitkräftebasis im In- und Ausland und für zivile Objekte, wie es das Grundgesetz vorsieht, sind in der Streitkräftebasis nicht vorgesehen. Hierfür erforderliche Kräfte müssten aus den Einrichtungen selbst, nach dem Grundsatz, "jede Truppe sichert sich selbst", gestellt werden, was in der Folge deren Kapazität zur Unterstützung der operativen Einsatzkräfte

verringern würde. Andernfalls müssten Sicherungskräfte aus anderen militärischen Organisationsbereichen – vornehmlich dem Heer – herausgezogen werden, was dann wiederum die Einsatzkräfte des Heeres für Auslandseinsätze schwächt, da das Heer über nur relativ geringe infanteristische Kräfte verfügt.

Die 27 Heimatschutzbataillone wurden überhastet und ersatzlos aufgelöst und nicht in den Prozess der Transformation einbezogen, was erforderlich und zweckmäßig gewesen wäre, um wenigstens nichtaktive Truppenteile für Sicherungsaufgaben im territorialen Bereich, für die Erhöhung der Durchhaltefähigkeit – auch bei subsidiärer Hilfeleistung durch die Bundeswehr – und darüber hinaus für Fälle des "Flexiblen Aufwuchs" oder als Grundstock für die Fähigkeit zur "Rekonstitution" verfügbar zu haben.

Auch gibt es bisher keine verbindliche Planung für eine strukturelle und organisatorische Einbindung der Reservisten, die sich freiwillig für die neue Dienstart "Hilfeleistung im Inland" zur Verfügung stellen wollen. Die derzeitige Planung, diese Reservisten namentlich bei den Ersatzbehörden zu erfassen und sie im Not- und Einsatzfall ohne jede organisatorische Vorplanung den dann eingesetzten aktiven Verbänden zuzuteilen, ist keine sinnvolle Lösung und kann nicht funktionieren. Zur Zeit wird wenigstens auf Initiative des VdRBw ein "Modellversuch" für spezielle Reservistenkameradschaften für eine Unterstützung der Truppe bei Einsätzen zur Hilfeleistung im Inland durchgeführt. Das Ergebnis soll Ende 2009 ausgewertet werden.

### 3. Folgerungen für den operativen Bedarf für Aufgaben der Bundeswehr im Inland

a) Es ist sicher richtig, dass bei unerwartet auftretenden "Schutz- und Hilfeleistungsaufgaben" zunächst und sehr schnell vor allem aktive Truppen wirkungsvoll eingesetzt werden müssen. Spezielle und angemessene aktive Kräfte und Mittel der Streitkräftebasis stehen aber dafür und auch für eine Erhöhung der Durchhaltefähigkeit nicht zur Verfügung. Sie müssen aus anderen militärischen Organisationsbereichen aus dem Potential genommen werden, das für Auslandseinsätze vorgesehen ist. Dies ist vor allem auf die sicherheitspolitischen Priorität für Einsatzkräfte sowie auf zu knapp bemessene personelle und finanzielle Ressourcen der Bundeswehr zurückzuführen.

Der genaue operative Bedarf von Truppen für den Einsatz im Inland lässt sich nach Quantität und Qualität eigentlich erst festlegen, wenn ein "Gesamtkonzept für die Sicherheit Deutschlands im Inland" formuliert würde und darin die Forderungen an die Bundeswehr festgelegt würden.

Auch müsste beurteilt werden, welche zivilen und militärischen Objekte im Inland zu sichern sind und welcher Kräftebedarf dazu erforderlich ist. Derartige Kräfte könnten darüber hinaus im Bedarfsfall für subsidiäre Hilfeleistungen durch die Bundeswehr bei Katastrophen und Unglücksfällen zur Verfügung gestellt werden, um im Notfall auch den Bedarf der zivilen Stellen an speziellen Fähigkeiten und Unterstützungsmöglichkeiten der Bundeswehr zur Bekämpfung von Katastrophen vorsehen zu können. Dann erst könnte der Bedarf an Umfang und Ausstattung der Truppen für den Einsatz im Inland bestimmt und eingeplant oder, wenn dies auf Grund fehlender Ressourcen nicht möglich ist, das hinzunehmende Risiko aufgezeigt werden.

Dies ist ein Ansatz, der einen politischen Willen für derartige Maßnahmen und Zeit benötigt und für den die divergierenden sicherheitspolitischen Standpunkte und die verschiedenen Interessen der betroffenen Ressorts in Übereinstimmung gebracht werden müssten.

b) Im Folgenden soll versucht werden, einige Gedanken zur Beurteilung des Bedarfs darzulegen und Anregungen für eine mögliche Aufstellung von Kräften der Bundeswehr aufzuzeigen, die zu einem realistischen Abschätzen eines Mindestbedarfs an operativen Kräften für einen Einsatz im Inland führen können.

Für die Abdeckung eines Bedarfs und für eine Struktur der Truppen für territoriale Aufgaben und für Sicherungsaufgaben der Streitkräftebasis im Inland ist ein breites Spektrum an Alternativen möglich.

Es reicht von speziellen, ausschließlich aktiven Truppen jeweils für solche Aufgaben mit speziellem Großgerät bis hin zu teilaktiven oder sogar nichtaktiven Truppen, die für solche Aufgaben vorgesehen werden könnten und die nur über geringes schweres Gerät verfügen und an vorhandene aktive Truppen angegliedert werden könnten.

Da die Bundeswehr vor allem im Betrieb Mittel einsparen muss und wenig Spielraum für Neubeschaffungen hat, wird sie sich eine Lösung mit hohen Beschaffungs- und Betriebskosten nicht leisten können. Auch der Umfang von "250.000" aktivem Personal ist so gut wie ausgeplant. Daher können Eingriffe zur Gewinnung von Personal für die Aufgaben im Inland nicht zu tief gehen. Es müsste entweder Personal aus der vorgesehenen Struktur herausgeschnitten oder zusätzliches Personal aus einer vorhandenen Reserve an Stellen über diese Obergrenze bereit gestellt werden. Bei den Längerdienern ist dies nur schwer möglich ist. Schwierig wäre daher die Deckung des Bedarfs an längerdienendem Personal für Führung, Ausbildung und Einsatz solcher zusätzlich aufzustellenden Kräfte.

Im Bereich der Grundwehrdienstleistenden könnte der zusätzliche Bedarf leicht gedeckt werden. Für die Grundwehrdienstleistenden und auch für die Reservisten würde ein Einsatz in diesem Aufgabenbereich dem eigentlichen Sinn der Allgemeinen Wehrpflicht entsprechen und deren Notwendigkeit deutlich machen und sogar noch unterstreichen.

Die knappen personellen und finanziellen Ressourcen werden daher den Umfang und die Ausstattung von Kräften für diese Aufgaben im Inland wesentlich bestimmen.

c) Daher wird vorgeschlagen, eine Lösung für die Kräfte zum Einsatz im Inland zu suchen, die von einer wesentlichen Verstärkung und Ausweitung der Aufgaben der vorgesehenen 16 ZMZ-Stützpunkte ausgeht, die schon eingeplant sind.

(1) Der Auftrag für die Kräfte dieser Stützpunkte und deren Struktur sollte einen hinlänglichen Bedarf gleichzeitig sowohl für Sicherungsaufgaben der Streitkräftebasis, für territoriale Schutzaufgaben und für Maßnahmen der subsidiären Hilfeleistungen im Inland u. U. auch im Ausland abdecken. Auftrag, Umfang und die Qualität der Kräfte sollten nicht einheitlich für das gesamte Bundesgebiet vorgegeben werden, sondern den unterschiedlichen territorialen Forderungen und Gegebenheiten der einzelnen Regionen entsprechen, für Sicherungs- und territoriale Schutzaufgaben jedoch gleichartige Truppenteile vorsehen.

(2) Umfang und Struktur solcher "Schutz-, Sicherungs- und Hilfeleistungstruppen" müssen sich dann sicher aus einem Kompromiss zwischen dem echten Bedarf und den personellen und materiellen Möglichkeiten der Bundeswehr ergeben; Mängel und Risiken bei einer Unterdeckung des Bedarfs wären aufzuzeigen.

Als Zielgröße wäre eine Lösung anzustreben, die wenigstens für jedes Bundesland einen Truppenteil in der Größenordnung eines Bataillons vorsieht. Die Verbände könnten auf der Ebene der vier WBK zu Regimentern zusammengefasst werden. Um Einsatz, Führung und Ausbil-

derung zu erleichtern sollten die Landeskommmandos ein zusätzliches Element für Führung und Logistik erhalten.

Ein regionaler Bezug, eine "Heimat" dieser Truppenteile, wäre besonders wichtig, da sie dann ihren Einsatzraum und das wahrscheinlichste Einsatzspektrum besser kennen und Verbindungen zu den zivilen Ansprechstellen in diesen Raum halten könnten. Eine emotionale Bindung an den Einsatzraum und seine Bevölkerung ist von Bedeutung.

Vorstellbar wäre auch eine optimale Lösung, die wegen der unterschiedlichen Größe der Bundesländer je ein Regiment für die großen Flächenländer und je ein Bataillon für die kleineren vorsehen würde. Allerdings müssten für die Führung und Versorgung dieser Truppenteile die Landeskommmandos um eine nicht aktive Führungs- und Unterstützungskomponente verstärkt werden.

Der Umfang und die Struktur solcher "Sicherungs- und Unterstützungstruppenteile" wäre einerseits abhängig von dem zur Verfügung stehenden Umfang an aktiven Personal und andererseits von der Ausstattung mit Gerät, vor allem mit Großgerät, sowie von der Höhe der verfügbaren Finanzmittel für den Betrieb dieser Truppen.

(3) Beim Personalansatz ist sicher wegen des Mangels an verfügbaren aktiven Soldaten und Soldatinnen eine Mischung von geringerem aktivem und umfangreicherem nichtaktiven Personal erforderlich und auch zweckmäßig. Der Umfang des nichtaktiven Personals richtet sich nach dem Umfang, um den der Truppenteil für längere oder umfangreichere Einsätze aufwachsen soll, um die erforderlichen Schutz-, Unterstützungs- und Sicherungsaufgaben zu erfüllen und um eine ausreichende "Durchhaltefähigkeit" zu besitzen.

An diese Truppenteile sollten auch diejenigen Reservisten organisatorisch angehängt werden, die sich für die freiwillige Dienstleistung im Inland" freiwillig gemeldet haben und für die zur Zeit noch keine Organisationslösung vorgesehen ist.

Aus den zur Verfügung stehenden Anteilen des aktiven und nichtaktiven Personals ergeben sich unterschiedliche organisatorische Möglichkeiten für die Strukturen der Verbände mit aktiven, teilaktiven und nichtaktiven Anteilen, Einheiten und Verbänden. Auch Ausbildungstruppenteile für Grundwehrdienstleistende könnten einbezogen werden und mit nichtaktiven Truppenteilen für Reservisten für diese Aufgaben gekoppelt werden.

Die Anteile der aktiven und nichtaktiven Strukturelemente bestimmen die Möglichkeiten der schnellen Verfügbarkeit der Verbände, denn je größer der Umfang des aktiven Personals ist, desto größer ist die jederzeitige Verfügbarkeit.

Man sollte aber den Grundsatz beherzigen, dass selbst ein nichtaktiver Truppenteil eine Vielzahl von Einsatzmöglichkeiten eröffnet und als Aufwuchsreserve einen besonderen Wert für die Sicherheitsvorsorge und für die Erhöhung der Durchhaltefähigkeit besitzt. Damit eröffnet dieser Ansatz Flexibilität für Führung und Einsatz bei sich heute bereits in ersten Umrissen abzeichnenden Bedrohungsszenarien und unvorhersehbaren, aber möglichen Notlagen. z.B. auf Grund des Klimawandels oder von Pandemien.

(4) Die Ausstattung mit Gerät, vor allem mit Großgerät, hängt von zur Zeit noch vorhandenem Gerät, den zur Verfügung stehenden Betriebskosten und der vorhandenen Infrastruktur ab. Bei den knappen Finanzmitteln, die der Bundeswehr grundsätzlich zur Verfügung stehen, muss wahrscheinlich eine geringe Ausstattung mit Großgerät in Kauf genommen werden.

Aber selbst "leichten" Truppenteilen

- ausschließlich für den Sicherungsdienst mit Jägerkräften an militärischen und zivilen Objekte,
- für vorwiegend personelle Einsätze bei Hilfeleistungen in Notfällen ,
- mit relativ geringer Ausstattung an Gerät und Großgerät

wäre als Alternative – zu einem vollständigen Fehl an Kräften, wie es zur Zeit besteht – der Vorzug zu geben. Diese Alternative bietet als Maßnahme der Sicherheitsvorsorge auch die Möglichkeit der Nachbesserung bei wesentlich veränderter Sicherheitslage. Verbände bei Notlagen bedarfsgerecht, komplett aus dem Nichts neu aufzustellen ist ein Vorhaben, das scheitern würde. Dies sollte besonders für den Fall des "Flexiblen Aufwuchses" bedacht werden und als Sicherheitsvorsorge für den zur Zeit sicher unwahrscheinlichen Fall einer Rekonstitution nicht außer acht gelassen werden.

(5) Der Einsatz von Grundwehrdienstleistenden und Reservisten in diesen territorialen Truppenteilen würde sich besonders anbieten, wie dies auch die VPR für diese Aufgaben vorgibt.

So könnten Grundwehrdienstleistende, die über den Bedarf der "Einsatzkräfte" einberufen werden, um der "Wehrgerechtigkeit" zu entsprechen, in diesen territorialen Truppenteilen ausgebildet und eingesetzt werden, ohne dass, wie zur Zeit notgedrungen durchgeführt, die "Einsatzkräfte" mit den zusätzlich einberufenen Grundwehrdienstleistenden belastet werden, denn so sehen es oft die Kommandeure. Auch wäre es möglich, einen noch größeren Umfang an Grundwehrdienstleistenden einzuberufen und auszubilden, wenn man, entsprechend der etwas geringeren Anforderungen in der Ausbildung für "Sicherungs- oder Hilfeleistungsaufträge" dieser Truppenteile, die Dauer des Grundwehrdienstes "flexibel" gestalten würde, z. B. durch eine Verkürzung auf vier bis sechs Monate mit einer Restdienstzeit für Ausbildung und Bereitschaft – in einer "Verfügungsbereitschaft". Die in diesen territorialen Truppenteilen ausgebildeten Grundwehrdienstleistenden würden dann auch als Reservisten für diesen Aufgabenbereich zur Verfügung stehen. Grundwehrdienstleistende und Reservisten könnten in dieser territorialen Struktur eingesetzt werden, um die Aufgaben, "Schutz und Hilfeleistung im Inland", wahrzunehmen, wie sie die VPR als "eigentliche Aufgaben für Wehrpflichtigen und Reservisten" formuliert hat. Mit diesem Personal könnten dann in etwa die Lücken bei der Aufgabenerfüllung der Bundeswehr abgedeckt werden, die zur Zeit in den angesprochenen Bereichen bestehen.

### 3. Zusammenfassung

Die Verfassung weist der Bundeswehr territoriale Aufgaben im Inland zum "Schutz Deutschlands", zur "Sicherung ziviler Objekte" und "zur subsidiären Nothilfe bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen" zu. Auch sollten in der Streitkräftebasis Truppen für Sicherungsaufgaben vorgesehen werden. Diese Aufträge wurden im "Weißbuch" und in den VPR in "Aufgaben der Bundeswehr" umgesetzt. Die KdB erteilt aber für diese Aufgaben keine Vorgaben für Kräfte und Strukturen, sondern verweist, wenn auch etwas verklausuliert darauf, dass diese "nachrangigen Aufgaben" von den Kräften erfüllt werden sollen, die für den Einsatz im Ausland vorgesehen sind. So werden diese Bundeswehraufgaben vor allem wegen der knappen finanziellen und personellen Ressourcen in dieser Weise nur unzureichend abgedeckt, ohne dass die dadurch ent-



stehenden Risiken deutlich offen gelegt werden. Für die Aufgaben der Bundeswehr im Inland und für eine Sicherheitsvorsorge stehen keine angemessenen, speziellen Kräfte zur Verfügung, um auch für kritische Lagen und bei einem umfangreichen Einsatz der Bundeswehr, im Ausland und gleichzeitig im Inland, zweckmäßige und angemessene Maßnahmen für die Sicherheit Deutschlands treffen zu können.

Da Truppenteile für den operativen Bedarf, die speziell für Aufgaben im Inland vorzusehen wären, nicht angemessen und ausreichend zur Verfügung stehen, sollte dringend nachgesteuert werden. Dadurch würde sich die Bundeswehr auch auf Forderungen, die irgend wann einmal aus aktuellen Notlagen erwachsen werden, vorbereiten. Dies ist eine Forderung, die die Verbände des Beirates und der Verband der Reservisten seit langem dringend angeregt haben. Es ist aber auch einsichtig, dass hieraus keine überzogenen Forderungen erwachsen dürfen, sondern nur notwendige Maßnahmen der Sicherheitsvorsorge in der Struktur der Bundeswehr für Aufgaben im Inland getroffen werden können.

Für diese Aufgaben und wegen der Zwänge knapper Ressourcen sollten daher auch neue Truppenteile mit aktiven Soldaten und Soldatinnen u.U. auch unter Rückgriff auf eine wahrscheinliche "Reserve an Stellen der Leitung" und den in den Einsatzkräften nicht benötigten Grundwehr-

dienstleistenden und Reservisten vorgesehen werden, um die Sicherungsaufgaben der Streitkräftebasis und die territorialen Aufgaben im Inland abdecken zu können und um dafür nicht ausschließlich auf Einsatzkräfte zurückgreifen zu müssen.

Für diese Aufgaben stehen, entsprechend den VPR, "Grundwehrdienstleistende und Reservisten in ihrer klassischen Rolle, dem Schutz ihres Landes und seiner Mitbürger und Mitbürgerinnen" zur Verfügung. Dadurch würde auch der Sinn und die Argumente für die Notwendigkeit der "Wehrpflicht" deutlich untermauert. Auch wäre für diesen Aufgabenbereich eine flexiblere, "smarte" Ausgestaltung des Grundwehrdienstes möglich.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass Schwierigkeiten und Probleme, die sich für die Deckung des Beorderungsbedarfs der Streitkräfte an Reservisten und Reservistinnen aus dem Prinzip der "Freiwilligkeit" ergeben könnten, nicht besonders dargestellt wurden. Sollte das Prinzip jedoch zu starken Problemen in der Beorderung und zu einer unzureichenden Bedarfsdeckung führen, was erst später beurteilt werden kann, dann müsste eine Nachbesserung vor allem für die Beorderung durchgeführt werden, die dann im politischen und gesellschaftlichen Bereich begründet und durch die Anwendung und Ausschöpfung der bestehenden, gesetzlichen Möglichkeiten durchgesetzt werden müsste.



Artillerie, Panzertruppe und Fallschirmjäger (v.l.): Landesvorsitzender VdRBw Oberstlt d.R. Michael Sihler, Landesvorsitzender GfW BrigGen a.D. Wolfgang Kopp und der Präsident des Bundes Deutscher Fallschirmjäger GenMaj a.D. Georg Bernhardt



Fragerrunde nach dem Vortrag des Stellvertreters des Generalinspektors GenLt Johann-Georg Dora: Oberstlt d.R. Gerd Teßmer, Stellvertretender Kreisvorsitzender der Kreisgruppe Rhein-Neckar-Odenwald



Reservisten- und Bundeswehrverband (v.l.): Präsident Oberst d.R. Ernst-Reinhardt Beck MdB, Landesgeschäftsführer Oberstlt d.R. Siegfried Wittig und DBwV-Bezirksvorsitzender Baden StFw a.D. Karl-Heinz Bög



Nach dem Kongress ist vor dem Kongress: Beim Ende des Kongresses hat die Vorbereitung des nächsten Kongresses für die beiden Landesvorsitzenden BrigGen a.D. Wolfgang Kopp (l.) und Oberstlt d.R. Michael Sihler (r.) längst begonnen

Das Thema Wehrpflicht war bei keinem der seitherigen Internationalen Sicherheitspolitischen Kongresse in Karlsruhe außen vor. In diesem Jahr, beim 15. Internationalen Kongress, bildete sie mit ihren Sachzusammenhängen Heimatschutz und Reservisten das Hauptthema.



Heimatschutz –  
Reservisten –  
Wehrpflicht:  
Wohin geht die Entwicklung?

**B**ei der Einführung in die Tagung griff BrigGen a.D. Wolfgang Kopp, Landesvorsitzender GfW, folgerichtig auf das „Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und der Zukunft der Bundeswehr 2006“ zurück, das Kongress-thema von 2006 gewesen war. Aus der Häufigkeit von Begriffen und der Reihenfolge von Aufzählungen leitete Kopp ab, „dass der Schutz Deutschlands und seiner Bürger offenbar qualitativ eine von subsidiären Hilfeleistungen im Sinne Art. 35 GG zu unterscheidende Aufgabe sein könnte“. Nach Ausrüstung, Fertigkeiten und Durch-haltefähigkeit ist in bestimmten Situationen zum „Schutz der Bevölkerung und gefähr-deter Infrastruktur“ erst die Bundeswehr fähig und die Notwendigkeiten zur Verteidi-gung des eigenen Landes begründen Wehr-pflicht und Grundwehrdienst. Erklärte Friedwilligkeit negiert nicht diese Notwen-digkeiten, denn im Zeitalter der Globali-sierung haben auch Bedrohungen keine Grenzen mehr, ganz besonders für das Sze-nario der asymmetrischen Bedrohung. Vor dem Hintergrund seiner Einsatzerfahrungen mahnte Kopp die rechtlichen Grundlagen

und die Handlungssicherheit der einge-setzten Soldaten an.

**Die Frage des Tagungsthemas** modifi-zierte Präsident Oberst d.R. Ernst-Reinhard Beck MdB in „Wohin sollte die Entwick-lung gehen?“, da sich erfüllende Prognosen recht selten und die mit dem Schlagwort „Globalisierung“ verbundenen Möglich-keiten, Hoffnungen wie Befürchtungen zu vielfältig sind. Sicherheitsvorsorge dürfe sich aber nicht von Wunschdenken, Eupho-rie oder naivem Optimismus leiten lassen, ebenso wenig von destruktivem Pessimis-mus. Die Veränderungen der letzten Jahre erschienen in der Planung jeweils sinnvoll oder zwingend, die Bundeswehr läuft aber in Gefahr, „dass sie zu einer Armee im Auslandseinsatz optimiert wird“ und dabei den Heimatschutz vernachlässigt. Militä-rische Planungen, die davon ausgehen, dass man „von Freunden umgeben“ ist, gelten nur so lange, wie Freunde auch Freunde sind. Die Freiwilligkeit von Wehrübungen führt auch ohne Krise zu bedenklichen Zuständen. Wert und Notwendigkeit der Allgemeinen Wehrpflicht rechtfertigen für

Beck die damit verbundenen zwangsläufigen Härten. Wichtig sei es aber die „gefühlte Wehrungerechtigkeit“ abzubauen, die positiven Erfahrungs- und Erlebniswerte des Wehrdienst zu vermehren sowie die erkannte Sinnhaftigkeit des Wehrdienstes zu steigern. Ein so hohes gesellschaftspolitisches Gut wie die Wehrpflicht darf nicht beim Kampf um Wählerstimmen verloren gehen.

**Dieser Wandel sei notwendig** und ohne Alternative schickte der Stellvertretende Generalinspekteur und Beauftragte für Reservistenangelegenheiten, GenLt Johann-Georg Dora, seinen Ausführungen zu einigen ausgewählten Aspekten der sich stetig

Fragerunde zwischen Vortrag und Abendessen (v.r.): Präsident Oberst d.R. Ernst-Reinhard Beck MdB, Landesvorsitzender Oberstlt d.R. Michael Sihler, Landesvorsitzender GfW BrigGen a.D. Wolfgang Kopp

wandelnden Bundeswehr voraus. Eine Gefahrenabwehr durch die Bundeswehr behindert die aktuelle Gesetzeslage und Rechtsprechung, nicht nur im Inneren. Nicht beim Elbehochwasser oder der Schneekatastrophe in Bayern, wohl aber, wenn spezifisch militärische Waffen einzusetzen wären, weil polizeiliche Mittel nicht hinreichen. Da bei Auslandseinsätzen die Fertigkeiten von Sprachmittlern, Ethnologen, Bauingenieuren, Ärzten u.a. verstärkt gebraucht werden, dürfe sich der Anteil der Reservisten hier weiter erhöhen. Derzeit stellen Reservisten 7 Prozent der Soldaten im Einsatz, Angehörige der Wehrverwaltung eingeschlossen, bei den amerikanischen Heeressoldaten sind es über 50 Prozent. Aus der neuen Mandatsobergrenze von 4.500 Soldaten für den



Fotos: Johann Michael Bruhn

Einsatz in Afghanistan, ergibt sich mehr militärische Flexibilität. Aber erst richtig dann, wenn auch kurzfristig Reservisten zur Verfügung stehen. Dazu sind Maßnahmen erforderlich, die ausscheidende Zeit- und Berufssoldaten verstärkt für eine Beorderung motivieren zu können. Auch Seiteneinsteiger mit höherer Qualifikation sind für die Bundeswehr zu gewinnen, insbesondere bei der abnehmenden Zahl ausscheidender Soldaten. Dabei entscheidet weniger das Fähigkeitsprofil aus dem Grundwehrdienst, sondern vielmehr ihre anschließend erworbenen zivilen Qualifikationen. Die Wehrpflicht sei kein allgemeingültiges ewiges Prinzip, sondern von der konkreten Sicherheitslage ab-

hängig. Für Auslandseinsätze lässt ein neunmonatiger Grundwehrdienst keine ausreichenden Ausbildungs- und Einsatzzeiträume zu. In ihrem Dienst in den Unterstützungskräften bleiben sie aber fester Bestandteil der Streitkräfte und tragen wesentlich zur Einsatzfähigkeit bei. Auch wären weder die Einsätze an Oder und Elbe noch die Unterstützungsleistungen bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 ohne die Grundwehrdienstleistenden in diesem Umfang zu schultern gewesen.

**Auf seinen engeren Aufgabenbereich** beschränken konnte sich der Stellvertretende Befehlshaber im Wehrbereich IV, BrigGen Johann Berger, durch die Ausführungen seiner Vorredner. Die Besetzung der Stellen und die Ausbildung der Beauftragten der Bundeswehr für Zivil-Militärische Zusammenarbeit im Wehrbereich IV sei noch nicht abgeschlossen, gehe aber voran. Praktische Erfahrung ergaben sich aus dem Großbrand der Schredderanlage in Herbertingen im Sommer 2007, als auch bei den Übungen TERREX 07 (Hochwasser) und TERREX 08 (Waldbrand). Dabei war der Führungsprozess über zwei Führungsebenen zu schulen, die Zivil-Militärische Zusammenarbeit zu intensivieren und Erkenntnisse zur Optimierung der Abläufe zu gewinnen.

Johann Michael Bruhn



Kurze Wege zum Rednerpult (v.r.): Leitender Ministerialrat Eberhard Wurster, Stellvertreter des Generalinspektors und Beauftragter für Reservistenangelegenheiten GenLt Johann-Georg Dora, Stellvertretender Befehlshaber im Wehrbereich IV BrigGen Johann Berger, Kommandeur Landeskommando Baden-Württemberg Oberst Franz Arnold

# Teilnehmer am 15. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress

Die Zugehörigkeit zum Reservistenverband wird nicht ausdrücklich aufgeführt; ebensowenig Personen, welche als Begleiter einer der angeführten Personen angemeldet, aber namentlich nicht oder unvollständig erfasst wurden ("... mit Frau" oder "Fahrer des ...").

Amt/Aufgabe/Organisation	Dienstgrad	Vorname	Name	Ort
Bereichsgeschäftsführer I	Oberstlt d.R.	Hubert	Abts	Haby
Vorsitzender RK Bruchsal	Hptm d.R.	Rolf	App	Bruchsal
Kommandeur Landeskommando	Oberst	Franz	Arnold	Stuttgart
Amtschef Innenministerium	Ministerialdirektor	Rainer	Arnold	
Volksbund Dt. Kriegsgräberfürsorge	OStFw a.D.d.R.	Georg	Arnold	Scheer
Leiter AKRO BO	Oberst d.R.	Hans-Bernd	Assheuer	Sigmaringen
Stv. Vorsitzender KrsGrp BSW	Hptm d.R.	Rolf	Baron	Offenburg
RK Heuberg	OStFw d.R.	Rudolf	Baumgartner	Meßstetten
Präsident Reservistenverband e.V.	Oberst d.R.	Ernst-Reinhard	Beck, MdB	Berlin
RK Ulm	StFw	Markus	Beer	Ulm
StvBefh Wehrbereichskommando IV	BrigGen	Johann	Berger	München
Präsident Bund Dt. Fallschirmjäger	GenMaj a.D.	Georg	Bernhardt	Bruchsal
	OLt d.R.	Dr. Alfred	Bittner	Rottenburg a.N.
1. Stv. Landesvorsitzender	StFw d.R.	Hans-Jürgen	Blümlein	Tett nang
Stv. Landesvorsitzender	Oberstlt d.R.	Ralf Alexander	Bodamer	Essingen
DBwV e.V. Bezirksvorsitzender Baden	StFw a.D.	Karl-Heinz	Bög	Phillippsburg
RK Wangen	StFw d.R.	Robert	Boll	Argenbühl
Jugendoffizier Ellwangen	OLt	Christian	Bombelka	Ellwangen
RK Heilbronn	Oberstlt d.R.	Rolf	Bosch	Schwaigern
Stv. Vorsitzender KrsGrp MN	StUffz d.R.	Mathias	Bräuning	Stuttgart
Vorsitzender KrsGrp MO	StFw d.R.	Klaus	Brenner	Linkenheim-Hochstetten
Kassenwart KrsGrp OAD	StUffz d.R.	Georg	Brenner	Aalen
Vorsitzender RK Steinheim	OFw d.R.	Roland	Bröckel	Murr
Landesschriftführer	HptFw d.R.	Johann Michael	Bruhn	Freudental
Junge Union		Stefan	Buhmann	Hausen am Tann
Beauftr SiPol KrsGrp OAD	OFw d.R.	Bernd	Cunitz	Aalen
Landesrevisor	Hptm d.R.	Ottmar	Dauven	Grafenau
Landesgeschäftsstelle		Gisela	De Gori	Sigmaringen
Vorsitzender RK Rastatt	OFw d.R.	Philipp	Degler	Rastatt
Vorsitzender KrsGrp OAD	HptFw d.R.	Frank	Deinhart	Oberkochen
Stv. Vorsitzender RK Heidenheim	StUffz d.R.	Michael	Diekert	Heidenheim
Kassenwart KrsGrp BSW	OGefr d.R.	Manfred	Doll	Kappelrodek
Stv. Generalinspekteur und BeauftrRes	GenLt	Johann-Georg	Dora	Berlin
Stv. KrsVors Junge Union		Jan	Döring	Sigmaringen
RK Sondelfingen	Oberstlt d.R.	Jörg	Ebert	Reutlingen
Vizepräsident	Oberstlt d.R.	Burkhard	Ehrlich	Müllheim
Schriftführer KrsGrp NA	HptFw d.R.	Joachim	Ems	Tübingen
	Oberst a.D.d.R.	Walter	Engelhardt	Wörth
RK Wackerer Schwabe	OStFw d.R.	Karl-Heinz	Faure	Schwendi
Deutscher Bundestag, CDU		Axel E.	Fischer, MdB	Berlin
KrsGrp RNO BeauftrKatHilfe	Oberstlt a.D.d.R.	Karl-Heinz	Flach	Mosbach
	OberstVet d.R.	Hugo Th.	Fürst	Tett nang
Beauftr SiPol NA	OStFw a.D.d.R.	Paul	Gäkle	Trochtelfingen
StvVors KrsGrp SBH	OFw d.R.	Rüdiger	Gall	Spielberg
RK Weingarten/Baienfurt	Hptm d.R.	Karl-Heinz	Geis	Baindt
RK Karlsruhe	Adjutant (H)	Camille	Gérard	Karlsruhe
RK Walldorf	OGefr d.R.	Daniel	Giese	Walldorf
RK Traditionsverein LVR 4	HptFw d.R.	Colin	Gimber	Billigheim-Katzental
Stv Landesvorsitzender Bayern	Oberstlt d.R.	Dr. Eberhard	Grein	München
RK Ubstadt	Oberstlt a.D.	Dr. Waldis	Greiselis	Ubstadt-Weiher
GfW StvLdVors, Sektionsleiter Stuttgart	Oberstlt d.R.	Jochen	Griesinger	Stuttgart
		Irmela	Griesinger	Stuttgart
Leiter KWEA Ravensburg	RegDirektor	Matthias	Grießer	Ravensburg
RK Plankstadt/Ketsch	Schtz d.R.	Kurt	Gund	Oberhausen/Rheinhausen

RK Weingarten/Baienfurt	HptFw d.R.	Kurt	Haas	Ravensburg
Kreisorganisationsleiter Mosbach	HptFw d.R.	Jürgen	Hack	Buchen
RK Nördl. Breisgau	OGefr d.R.	Manuel	Hafner	Riegel
StvVors RK Tübingen	Maat d.R.	Peter	Händler	Burladingen
Vors RK Oberes Linzgau	Uffz d.R.	Josef	Haug	Owingen-Hohenbodman
	Oberstlt d.R.	Jochen	Helbig	Holzgerlingen
LdVors LdGrp Schleswig-Holstein	Oberstlt a.D. d.R.	Rolf	Hellriegel	Böklund
1. Stv Vors KrsGrp MN	OStFw d.R.	Dieter	Helm	Kernen
Sektionsleiter Bodensee-Oberschwaben	Maj d.R.	Georg	Hepperle	Friedrichshafen
LdBeauftr UStLg Bw	Hptm d.R.	Jörg	Hildenbrand	Reutlingen
StvVors KrsGrp OAD	HptFw d.R.	Gerd	Höflacher	Aalen
Adjutant Stv. Generalinspekteur	Oberstlt i.G.	Andreas	Hoppe	Berlin
GfW Sektionsleiter Karlsruhe	Oberstlt d.R.	Rudolf	Horsch	Gaggenau
Bundes-/Landesbeauftragt. Schießsport	Hptm d.R.	Walter	Hoss	Stuttgart
	Oberstlt d.R.	Karl-Friedrich	Hotz	Stuttgart
Vors RK Lahr	OMaat d.R.	Rolf Dieter	Hügel	Lahr
Ehrenlandesvorsitzender	Oberst d.R.	Dr. Ing. Roland	Idler	Backnang
	Lt d.R.	Stefan	Jacob	Heidelberg
Ltd. Regierungsdirektorin KWEA KA		Sylvia	Jahnz	Karlsruhe
RK Geislingen	HptFw d.R.	Peter	Jodat	Gingen
GfW Sektionsleiter Konstanz	Hptm d.R.	Dr. Hans-Christoph	Junge	Konstanz
Sachgebietsleiter SiPol Bundesgesch.	Oberstlt d.R.	Volker	Jungk	Bonn
Vors KrsGrp Franken	Fw d.R.	Anton	Keller	Großbrinderfeld
Vors KrsGrp MN	Oberstlt d.R.	Bernhard	Kempf	Filderstadt-Harh.
	Lieutenant Colonel	Thierry	Klein	Soultz les bains
Kreisorganisationsleiter Ellwangen	HptFw d.R.	Holger	Klöpfer	Ulm
SchrFhr KrsGrp OAD	HptGefr d.R.	Lothar	Klöpfer	Aalen
Beauftr SiPol KrsGrp Franken	Oberst d.R.	Gerhard	Kohout	Wertheim
Landesvorsitzender GfW	BrigGen a.D.	Wolfgang	Kopp	Sigmaringen
	Oberstlt d.R.	Dieter	Krapohl	Triberg i.Schw.
Vors RK Kirnau	OStArzt d.R.	Dr.Claus	Kuhn	Osterburken
	OFw d.R.	Werner	Lang	Rust
Vors RK Ludwigsburg	OStFw d.R.	Siegfried	Lauster	Ludwigsburg
RK Göppingen	Oberstlt d.R.	Reinhard	Laux	Eislingen
Landesvorsitzender Bayern	Maj d.R.	Prof. Dr. Friedwart	Lender	Nürnberg
	Gefr	Egon	Link	Bischofszell
RK Reutlingen	Oberst d.R.	Arne	Lücking	Stuttgart
Vors RK Weil am Rhein	HptFw d.R.	Werner	Lust	Rheinfelden
Vors RK Steinlach-Wiesaz	StGefr d.R.	Eberhard	Luz	Mössingen-Öschingen
GfW Sektionsleiter Ulm	Oberstlt a.D.	Gert	Mack	Ulm
Beauftr SiPol KrsGrp MN	Oberstlt d.R.	Eckhard	Maier	Ilshofen
RK Weinheim	Oberstlt d.R.	Steffen	Maier	Hirschberg
Vors RK Laupertshausen	HptGefr d.R.	Karl	Maucher	Maselheim
	HptFw d.R.	Hans-Joachim	Meier	Efringen-Kirchen
Vors KrsGrp RNO	Oberstlt d.R.	Wilfried	Meissner	Heiligkreuzsteinach
Vors RK Graben	HptFw d.R.	Gerhard	Menger	Stutensee
Vors RK Fronhofen	StFw d.R.	Konrad	Meschenmoser	Fronreute
Landesschatzmeister	StFw d.R.	Jürgen	Mezger	Langenargen
	Oberstlt d.R.	Hans Georg	Minia	Ravensburg
Vors RK Esslingen	OFw d.R.	Hans-Jürgen	Mommendey	Deizisau
GfW Sektionsleiter Tübingen	Hptm d.R.	Alexander	Müller	Pfullingen
1. StvVors KrsGrp NA	PzSchtz	Bernd	Müller	Altenried
RK Ulm	HptFw d.R.	Maximilian	Müller	Dornstadt
Vors RK Markgröningen	StFw d.R.	Hans Georg	Noß	Sachsenheim
	Colonel(R)	Jean-Francois	Peltier	Renchen
Vors RK TradVerbHSchBtl 851	Oberstlt d.R.	Barnim	Piechorowski	Essen
	HptFw d.R.	Horst	Rapp	Remseck

1. StvVors KrsGrp BO	Oberstlt a.D.d.R.	Raimund Georg K.	Rasch Reszcynski	Geislingen Schwaikheim
Vors Beirat Freiw. Reservistenarbeit	GenMaj a.D.	Ekkehard	Richter	Bonn
Vors RK Tübingen	Flg d.R.	Heinz Joachim	Ristau	Tübingen
RK Ubstadt	Uffz d.R.	Dr. Helmut	Ritter	Hambrücken
ehem. BezVors	Oberstlt d.R.	Lothar	Roduch	Heubach
Vors RK Eschach	OStFw d.R.	Toni	Romer	Grünkraut
Vors RK Überlingen	Maj d.R.	Achim	Samland	Überlingen
Kreisorganisationsleiter Stetten a.k.M.	Oberstlt d.R.	Werner	Schick	Stetten a.k.M.
Vors RK Reutlingen	StUffz d.R.	Georg	Schietinger	Tübingen
Stv Vors RK Eberbach	Oberstlt d.R.	Jürgen	Schlager	Waldbrunn
Vors RK Eppingen	OGefr d.R.	Andreas	Schleihauf	Eppingen
GfW Sektionsleiter Sigmaringen	Oberstlt d.R.	Bernhard	Schleyer	Sigmaringen
RK Sondelfingen	Oberstlt d.R.	Jörg	Schlosser	Reutlingen
Ehrenlandesvorsitzender GfW	Oberst a.D. d. R.	Nikolaus	Schmeja	Tübingen
Vors KrsGrp BSW	OStFw d.R.	Richard	Schmieder	Herbolzheim
RK Steinachtal	OFw d.R.	Othmar	Schmitt	Schönau
StvVors KrsGrp RNO	OLt d.R.	Jürgen	Schnabel	Walldorf
GfW Sektionsleiter Freiburg	Fw d.R.	Daniel	Schneider	Freiburg
Stv KrsVors KrsGrp OAD	StFw d.R.	Rüdiger	Scholz	Steinheim
RK Konstanz	Oberstlt d.R. Colonel	Thorsten Robert	Schröder Schweickart	Konstanz Strasbourg
StvVors CDU Arbeitskreis Bw		Michael	Schweickhardt	Bietigheim-Bissingen
RK Wangen	Oberstlt d.R.	Beno	Schweinbenz	Wangen
GfW Sektionsleiter Heidelberg	Oberst a.D.	Lutz-Herbert	Seidel	Nußloch
1. StvKrsVors KrsGrp BSW	HptGefr d.R. Wachtmeister	Thorsten Werner	Seiler Siegfried	Renchen Halden
RK Oberes Linzgau	HptGefr d.R.	Bernhard	Sigg	Herdwangen-Schönach
Landesvorsitzender	Oberstlt d.R.	Michael	Sihler	Boxberg
Kreisorganisationsleiter Karlsruhe	OStFw d.R.	Klaus J.	Silvery	Karlsruhe
Beauftr SiPol KrsGrp MO	Oberstlt d.R.	Ludwig	Simmel	Kürnbach
Vors KrsGrp NA	StFw d.R.	Jörg	Sorge	Münsingen
RK Steinlach-Wiesaz	Oberstlt d.R.	Eckhard	Spanagel	Ofterdingen
Abt.-Präsident a.D.	Oberst d.R. StUffz d.R.	Bernhard Joachim	Steimle Steinhauer	Ravensburg Tettngang
RK Nessenreben	Oberstlt d.R.	Michael Frau	Sterk Sterk	Weingarten Weingarten
RK Karlsruhe		Petra	Sticcotti	Karlsbad
Schriftführer KrsGrp RNO	StUffz d.R.	Ernst	Straub	Obrigheim
Vors RK Wertheim	Oberstlt d.R.	Christian	Stumpe	Weinheim
1. StvVors KrsGrp RNO	Oberstlt d.R.	Gerd	Teßmer	Birnau
RK Pfullendorf	StFw d.R.	Alexander von	Thannhausen	Salem
Schriftführer KrsGrp MO	OFw d.R.	Ludwig	Theis	Karlsruhe
RK Marine Stuttgart	FKpt d.R.	Gerhard	Trinkner	Bretten
AKRO KrsGrp BO	Maj d.R.	Claus Juergen	Tscharntke	Albstadt
Landesgeschäftsstelle		Karin	Vieczenz	Sigmaringen
GfW		Stephan	Wachsmuth	Hohenfels
RK Karlsruhe	StUffz d.R.	Rainer Michael	Warzecha	Karlsbad
RK Sigmaringen		Petra	Weissenfels	Sigmaringen
RK Weil am Rhein	Oberst a.D.d.R.	Walter	Wenning	Weil am Rhein
RK Sigmaringen / Technik	Lt d.R.	Thorsten	Widmer	Sigmaringen
RK Neuried	Oberstlt d.R.	Willibert	Wilkens	Friedrichshafen
Geschäftsführer GfW	Oberstlt a.D.	Manfred	Wistuba	Bonn
Landesgeschäftsführer	Oberstlt d.R.	Siegfried	Wittig	Sigmaringen
Ltd. Ministerialrat Innenminist. BW		Eberhard	Wurster	Stuttgart
StvLdVors, LB SiPol	Maj d.R.	Karlheinz	Würz	Schriesheim
GfW Sektionsleiter Ostwürttemberg		Gerhard	Ziegelbauer	Ellwangen

# Helfen Sie mit Werben Sie ein Mitglied für den Reservistenverband

Geschäftsstelle Stuttgart  
Nürnberger Straße 184  
70374 Stuttgart  
0711/5284613  
0711/524562  
geschst\_stuttgart@vdrbw.de

Geschäftsstelle Ellwangen  
Reinhardt-Kaserne  
73479 Ellwangen  
07961/7481  
07961/7694  
geschst\_ellwangen@vdrbw.de

Geschäftsstelle Walldürn  
Nibelungen-Kaserne  
Dr.-August-Stumpf-Straße 33  
74731 Walldürn  
06282 / 925 925  
06282 / 925 942  
geschst\_wallduern@vdrbw.de

Geschäftsstelle Karlsruhe  
Rintheimer Querallee 11  
76131 Karlsruhe  
0721/606572  
0721/6649297  
geschst\_karlsruhe@vdrbw.de

Geschäftsstelle Mannheim  
Badener Platz 4  
68239 Mannheim  
0621/472446  
0621/4817585  
geschst\_mannheim@vdrbw.de

Geschäftsstelle Mosbach  
Renz-Straße 1  
74821 Mosbach  
06261/18581  
06261/4402  
geschst\_mosbach@vdrbw.de

Geschäftsstelle Freiburg  
Stefan-Meier-Str. 72a  
79104 Freiburg  
0761/36602  
0761/36727  
geschst\_freiburg@vdrbw.de

Geschäftsstelle Immendingen  
Am Bildstöckle 3  
78194 Immendingen  
07462/6538  
07462/924023  
geschst\_immendingen@vdrbw.de

Geschäftsstelle Stetten  
Lager Heuberg  
Gebäude 152  
72510 Stetten a. K. M.  
07573/958106  
07573/958239  
geschst\_stetten@vdrbw.de

Geschäftsstelle Ulm  
Postfach 2540  
89015 Ulm  
0731/32939  
0731/32952  
geschst\_ulm@vdrbw.de

Geschäftsstelle Pfullendorf  
Generaloberst v.Fritsch-Kaserne  
88630 Pfullendorf  
07552/409156  
07552/409157  
geschst\_pfullendorf@vdrbw.de

Reservistenverband  
Landesgruppe Baden-Württemberg

# Der 16. Internationale Sicherheitspolitische Kongress

findet  
am 20./21.11.2009

wieder  
im Best Western Queens-Hotel  
in Karlsruhe  
statt

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.  
Landesgeschäftsstelle Baden-Württemberg  
Graf-Stauffenberg-Kaserne  
72483 Sigmaringen  
Tel.: 07571/681263  
Fax: 07571/681256  
E-Mail: Landesgeschst\_baden-wuerttemberg@vdrbw.de